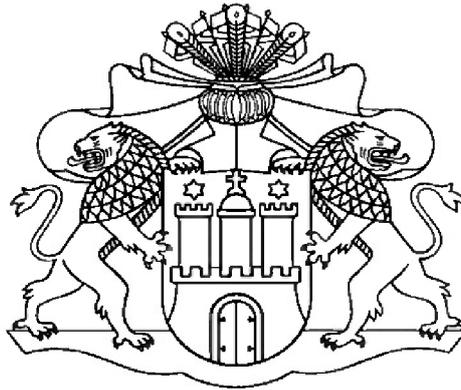


Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan **2007/2008**

Einzelplan 1.1 Senat und Personalamt

(von der Bürgerschaft am 13.12.2006 beschlossener Haushaltsplan 2007/2008)

Inhaltsübersicht

Einzelplan 1.1

	Seite
Kapitel 1100 - Senat -	
Vorwort (weißes Papier)	1 - 6
Produktinformationen (gelbes Papier)	1 - 14
Erläuterungen (grauses Papier)	1 - 4
Kapitel 1140 - Personalamt -	
Vorwort (weißes Papier)	1 - 8
Produktinformationen (gelbes Papier)	1 - 16
Erläuterungen (grauses Papier)	1 - 2
Zahlenwerk Kapitel 1100 + 1140 (weißes Papier)	1 - 29
Kontenrahmen für Dienstbezüge	30 - 33
Kontenrahmen für Versorgung	34 - 38
Anlagen	
1 Stellenplan Kapitel 1100 + 1140 (blaues Papier)	1 - 28
2 Wirtschaftspläne (rosa Papier)	
2.1 Landesbetrieb Rathaus-Service	1 - 14
2.2 Landesbetrieb Zentrale Personaldienste	15 - 32
2.3 Zentrum für Aus- und Fortbildung Hamburg	33 - 48
3 Übersicht über Zuwendungen (weißes Papier)	
Zuwendungen bis 100.000 Euro	1 - 2
4 Übersicht über Deckungskreise (weißes Papier)	1 - 2

Kapitel 1100

Senat

Vorwort zum Kapitel 1100 „Senat“

1. Inhaltliche Schwerpunkte des Kapitels

Die Senatskanzlei unterstützt den Senat und dessen Präsidenten bei der Wahrnehmung ihrer Pflichten und Aufgaben. Aufgabenschwerpunkte bilden dabei insbesondere

- Gestaltung der Beziehungen Hamburgs zur Bundesregierung, zu anderen Bundesländern, zum Ausland (einschließlich Europapolitik, Entwicklungszusammenarbeit und Städtepartnerschaften) und zu den Nachbarländern in der Metropolregion Hamburg,
- Konzeption sowie das Controlling des Regierungsprogramms,
- Ressourcensteuerung im Bereich der Neuen Investitionen,
- Gewährleistung der Regierungsarbeit in Senat und Staatsrätekollegium und in der Verbindung von Senat und Bürgerschaft,
- Vorbereitung und Begleitung der Termine des Ersten Bürgermeisters,
- Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Arbeit von Senat und Verwaltung,
- individuelle Beratung von Bürgerinnen und Bürgern sowie
- Pflege der Beziehungen zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Zielsetzung des Leitbildes „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ ist, Hamburg zu einer wachsenden und pulsierenden Metropole mit internationaler Ausstrahlung zu entwickeln. Mit dem „Innovationsfonds Wachsende Stadt“ werden innovative Vorhaben im Rahmen dieser Wachstumsstrategie gefördert. Sie sollen der Stärkung des Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums und zur Steigerung der Attraktivität und der Internationalität Hamburgs dienen. Dieser Fonds wird jährlich mit 3,6 Mio. Euro ausgestattet. Gleicher Zielsetzung dient auch der im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms „Hamburg 2010“ eingerichtete „Investitionsfonds Hamburg 2010“ (SIP-Fonds), der durch einschlägige Ersuchen der Bürgerschaft vom Senat aufgelöst wird. Dieser Fonds ist mit 5,0 Mio. Euro jährlich ausgestattet.

Als weiterer neuer Schwerpunkt ist die Aufgabe „Gemeinsame Positionierung der Metropolregion Hamburg und Norddeutschlands im internationalen Wettbewerb“ zu erwähnen. Durch die Kooperation mit den Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein sollen die jeweiligen regionalen Stärken allen beteiligten Ländern zugute kommen. Für die Umsetzung gemeinsamer Fördermaßnahmen sind in 2007/2008 und in den Folgejahren Mittel in Höhe von insgesamt jährlich 2,0 Mio. Euro vorgesehen.

In den Haushaltsjahren 2007/2008 wurden für die Projektgruppe „Föderalismusreform II“ in den Einzelplänen 1.1 und 9.1 insgesamt 400 Tsd. Euro (davon 158,8 Tsd. Euro im Kapitel 1100) an Personal- und Sachmitteln veranschlagt, damit die Umsetzung der weiteren Reformschritte übergreifend und sachorientiert weitergeführt werden kann.

Eine Neuerung im Vergleich zum Vorjahr beruht in der Auflösung des Kontenrahmens für Sachausgaben (KRS). Die Titel des KRS wurden in die umbenannte Titelgruppe Z71 „Betriebskonto Sachausgaben für zentrale Aufgaben der Senatskanzlei, für Staatsamt und Planungsstab“ überführt.

Das Gesamtvolumen der Haushaltsausgaben der Senatskanzlei beträgt in 2007 rund 43,0 Mio. und in 2008 44,1 Mio. Euro. Im Rahmen des Personalbudgets der Senatskanzlei mit insgesamt rund 20,9 bzw. 21,0 Mio. Euro werden auch die Bezüge der Senatsmitglieder sowie der Staatsrätinnen und Staatsräte veranschlagt.

Bei den Sach- und Fachausgaben, die ohne den Bereich der sonstigen Betriebsausgaben, insgesamt rd. 11 Mio. bzw. rd. 12 Mio. Euro umfassen, werden die Mittel entsprechend den fachlichen Aufgabenschwerpunkten insbesondere in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit (440 Tsd. Euro), Städtepartnerschaften (440 Tsd. Euro), Europapolitische Interessenvertretung (469 Tsd. Euro), Maßnahmen der Ostseekooperation (330 Tsd. Euro) und Pflege der Beziehungen zu verfolgten ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs sowie ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern (210 Tsd. Euro) eingesetzt. Neu hinzugekommen ist der Titel „Zentrale Verfügungsmittel für Soforthilfen in besonderen Situationen“ mit 1 Mio. Euro.

Mit dem Haushaltsplan 2007/2008 werden wiederum alle Produkte der Senatskanzlei abgebildet; die Gliederung in Produktgruppen entspricht weitgehend der ämterbezogenen Aufbauorganisation. Die Kennzahlen sind überarbeitet worden.

2. Übersicht Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2006	2007	2008	+/- in %	
	in Tsd. Euro			2007:2006	2008:2007
Einnahmen	370	361	361	-2,43	-
Davon:					
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	36	27	27	-25,0	-
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)	334	334	334	-	-
Investitionszuschüsse, etc. (Hgr. 3)	-	-	-	-	-
Ausgaben	40.331	42.984	44.092	+6,58	+2,58
Davon:					
Personalausgaben	19.299	20.856	20.966	+8,07	+0,53
Sach- und Fachausgaben	10.416	10.913	11.911	+4,77	+9,15
Sonstige Betriebsausgaben	8.438	3.600	3.600	-57,34	-
Investitionen	2.178	7.615	7.615	+249,63	-

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2007/2008 (in %)	2007		2008	
	Gesamtplan	Kapitel 1100	Gesamtplan	Kapitel 1100
Personalausgaben	33,1	48,5	33,0	47,6
Sach- und Fachausgaben	44,6	25,4	44,2	27,0
Investitionen	11,5	17,7	11,4	17,3

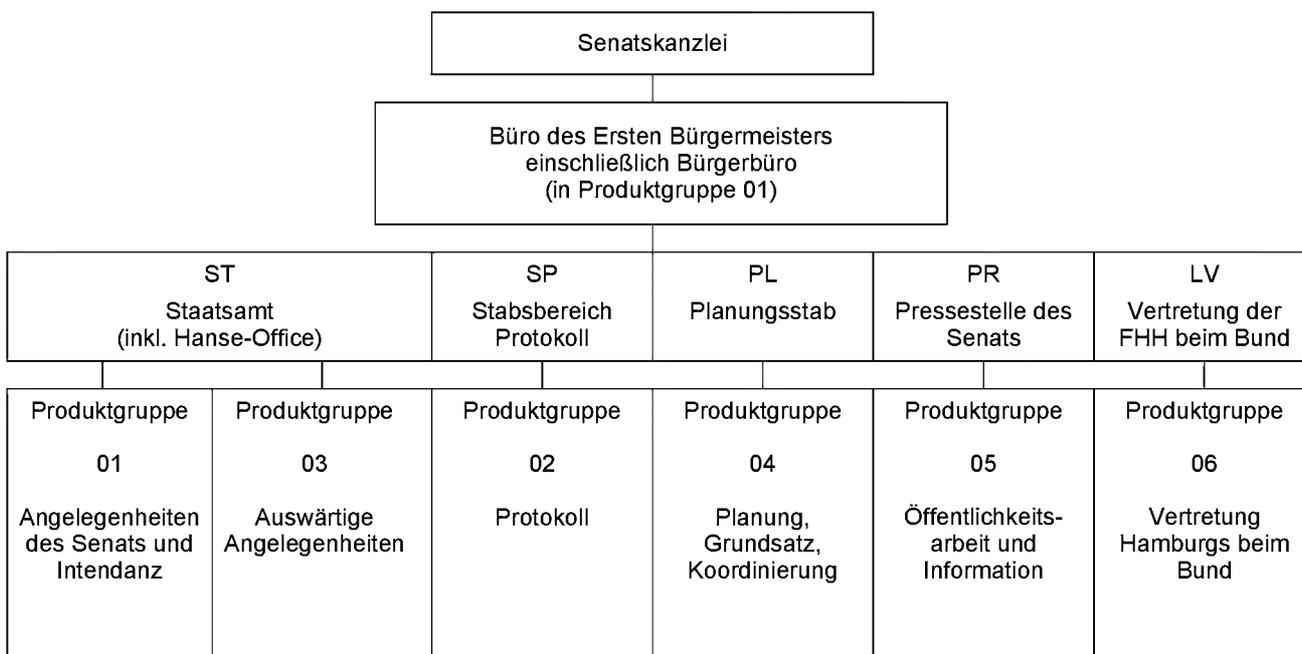
Investitionsrestevolumen der Vorjahre

2004				2005			
Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2005 übertragene Reste		Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2006 übertragene Reste	
in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in %	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in %
1.838	836	996	54,2	23.798	16.603	7.178	30,2

¹ Ansatz einschl. Sollübertragungen, übertragene Reste und Vorgriffe aus Vorjahren

3. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Die Senatskanzlei ist wie folgt organisiert:



4. Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD), Kontenrahmen für Versorgung (KRV) und Stellenplan

KRD

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD des Kapitels 1100 (Titel 4xx.91) sowie in der Titelgruppe Z 61 – *Vertretung der FHH beim Bund* – basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2006, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- altersbedingte Mehr- oder Minderbedarfe gegenüber den bei der Budgetaufstellung 2006 berücksichtigten Werten (Grundlage: Bezügeabrechnungsdaten Monat 12/2005, Altersmodell);
- Beitragsänderungen zur Sozialversicherung, soweit sie bis Ende 2005 feststehen;
- volle Berücksichtigung der Jahreswerte von
 - unterjährigen Mitteltransfers (im Haushaltsjahr 2005), sofern dauerhaft fortwirkend,
 - im Planansatz 2006 nur mit Teiljahresbeträgen berücksichtigten Veränderungen;
- Auswirkungen etwaiger weiterer Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft zum Haushalt 2006;
- im Finanzplan 2005-2009 in den MAP-Raten 2007 und 2008 enthaltene Anpassungen;
- IuK-bedingte Einsparungen;
- Aufgabenverlagerungen durch veränderte Zuständigkeiten.

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
 - an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.91)
 - an den Versorgungsbezügen der Angestellten (Titel 435.91),
 - an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter (Titel 436.91) sowie
 - an den Beihilfen für Aktive (Titel 441.91).

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausgabenbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenzuschnitts.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen im Besoldungs-, Versorgungs- und Tarifbereich bis 2008 werden zentral veranschlagt und ggf. den Budgets im Rahmen der Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Zentral vorgehalten werden auch Mittel für notwendige Korrekturen durch mögliche Veränderungen im Beitragsrecht der Sozialversicherung in den Jahren bis 2008.

KRV

Nach dem Verursacherprinzip werden seit 2004 alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans bei den sachlich zuständigen Titeln (also getrennt nach Statusgruppen) veranschlagt. Die Versorgungsausgaben insgesamt setzen sich zusammen aus

- der Summe der in den KRД, den NSM-Bereichen und den Wirtschaftsplänen (Titel 1100.632.91) als Zuschlag auf die Aktivbezüge veranschlagten Kostenanteile für Versorgung
- und der Differenz, die nach Abzug der o. g. Zuschläge von den zu erwartenden Versorgungsausgaben nach der Versorgungsprognose verbleibt.

Diese Differenz wird zuzüglich der Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger im Kontenrahmen für Versorgung (KRV) veranschlagt. Die Kostenanteile für Versorgung (Zuschläge auf die Aktivbezüge) bleiben hingegen Bestandteil der Budgets (KRД; NSM). Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal 11 v. H. der Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene (Gruppe 432) unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Ein negativer Haushaltsansatz im KRV entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Werte der Versorgungsprognose übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Die Ausgaben in den KRV sind entsprechend der Regelung für die KRД mit Einwilligung der Finanzbehörde einzelplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig (Art. 3 Nr. 1 des Haushaltsbeschlusses).

Durch die dezentrale Veranschlagung werden die Versorgungsausgaben ressortspezifisch abgebildet. Erkennbar werden in den Einzelplänen jetzt auch die modellhaften Wechselwirkungen aus der Altersstruktur. Steigt der Prognosewert für tatsächlich zu leistende Versorgung durch neu in die Versorgung Hineinwachsende an, sinkt zugleich nach dem angewendeten Altersmodell der für die aktiv Beschäftigten zu berücksichtigende Bedarf, sofern die frei gewordenen Stellen mit lebensjüngeren und damit kostengünstigeren Personen nachbesetzt werden.

Für die Behörden ist mit diesem weiteren Schritt zur kosten- und produktorientierten Darstellung keine unmittelbare Budgetverantwortung verbunden, weil sie die entstandenen Versorgungsaufwendungen nicht mehr unmittelbar beeinflussen können.

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan ist in der Anlage 1 zum Einzelplan (blaue Seiten) dargestellt.

Der Stellenplan des Landesbetriebes nach § 26 Absatz 1 LHO – Rathaus-Service – ist im Wirtschaftsplan (rosa Seiten) abgedruckt.

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2006) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2007/2008.

Die vom Senat beantragten Stellenneuschaffungen, -hebungen und -umwandlungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten. Die betreffenden Veränderungen sind in der nachstehenden Tabelle summarisch sowie im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Dies gilt gleichermaßen für ggf. vorgesehene Stellenstreichungen (z.B. im Zusammenhang mit der Umsetzung aufgabekritischer Ansätze), über die der Senat die Bürgerschaft mit gesonderter Vorlage unterrichten wird. Die damit konkret verbundenen Stellenabgänge werden – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen – im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Zur Einsparung vorgesehene Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen – z.B. Stellen noch besetzt – im dezentralen Datenbestand bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2007/2008 nicht vollzogen werden kann, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Stellenplan-Entwurf 2007/2008 (einschl. Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO):

Einzelplan 1.1. Senatskanzlei

Kapitel	Stellenzahl	Neue Stellen		Stellenhebungen		Umwandlungen	
		2007	2008	2007	2008	2007	2008
1100 Senat	166,96	-	-	-	-	2	-
1105 Wirtschaftsplan Rathaus-Service	54,00	-	-	1	-	-	-

5. Sachausgaben (KRS/Titelgruppen)

Der KRS wurde aufgelöst (s. Anmerkung unter 1.).

6. Einzelplandeckungskreise

siehe Anlage 4

7. Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)

Zur Senatskanzlei gehört der folgende Landesbetrieb nach § 26 LHO; das voraussichtliche Jahresergebnis ist wie folgt veranschlagt (Angaben in Tsd. EUR):

Einrichtung	Gesamtaufwand		Zuführung (-) aus dem Haushalt Ablieferung (+) an den Haushalt	
	2007	2008	2007	2008
Landesbetrieb Rathaus-Service (§ 26 Abs. 1 LHO)	6.060	6.014	-226	-224

Wirtschaftsplan, Lagebericht/Produktinformationen und Erläuterungen finden sich in Anlage 2 (rosa Seiten).

8. Bericht über Maßnahmen und Projekte gem. bürgerschaftlichen Ersuchen

entfällt

9. Zuwendungen

siehe Anlage 3 und den Beitrag in den Erläuterungen

10. Aufgabenkritik und Effizienzsteigerung

entfällt

11. Produktinformationen (generelle Hinweise)

Haushaltsplan 2007

	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Sonstige Be- triebsausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
	in Tsd. EUR					
Gesamtbetrag Kapitel 1100 Davon entfallen auf:	361	20.856	10.913	3.600	7.615	42.984
Produktgruppe 01	98	3.652	5.094	-	215	8.961
Produktgruppe 02	-	1.409	1.311	-	-	2.720
Produktgruppe 03	-	1.824	2.131	-	400	4.355
Produktgruppe 04	-	3.813	1.103	3.600	7.000	15.516
Produktgruppe 05	-	1.254	328	-	-	1.582
Produktgruppe 06	263	1.369	946	-	-	2.315
Produktgruppe 07*	-	7.535	-	-	-	7.535

* Bei der Produktgruppe 07 Senat handelt es sich um Overheadkosten für Senatoren und Staatsräte, die keinem Produkt der Senatskanzlei zugeordnet werden können. Die Produktgruppe 07 wird bei den Produktbeschreibungen nicht ausgewiesen

1100

Haushaltsplan 2008

	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Sonstige Be- triebsausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
	in Tsd. EUR					
Gesamtbetrag Kapitel 1100	361	20.966	11.911	3.600	7.615	44.092
Davon entfallen auf:						
Produktgruppe 01	98	3.704	5.092	-	215	9.011
Produktgruppe 02		1.429	2.311	-	-	3.740
Produktgruppe 03	-	1.850	2.131	-	400	4.381
Produktgruppe 04	-	3.868	1.103	3.600	7.000	15.571
Produktgruppe 05	-	1.254	328	-	-	1.582
Produktgruppe 06	263	1.353	946	-	-	2.299
Produktgruppe 07*	-	7.508	-	-	-	7.508

* Bei der Produktgruppe 07 Senat handelt es sich um Overheadkosten für Senatoren und Staatsräte, die keinem Produkt der Senatskanzlei zugeordnet werden können. Die Produktgruppe 07 wird bei den Produktbeschreibungen nicht ausgewiesen

Produktinformationen

Erläuterung des Strukturdatenblatts zu den Produktinformationen:

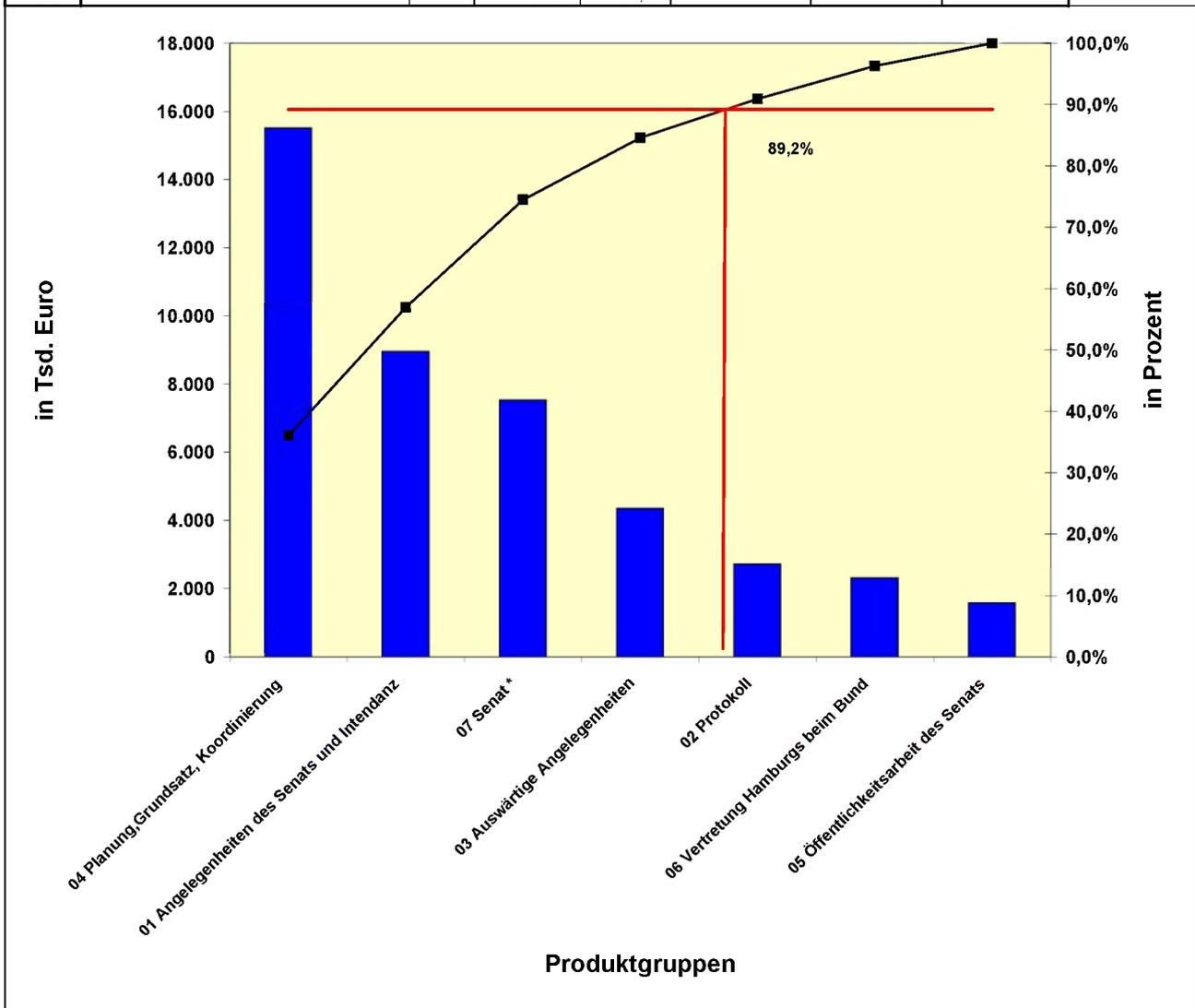
Das **Strukturdatenblatt** auf der nächsten Seite zeigt auf einen Blick die jeweilige finanzielle Relevanz der jeweiligen Produktgruppen und Produktbereiche sowohl in tabellarischer Darstellung als auch als grafische Übersicht. Insbesondere grafisch wird deutlich, welche Produktgruppen vom Finanzvolumen her den Schwerpunkt des Einzelplans bilden.

Die Linie in der Grafik schneidet dabei die Produktgruppe, mit der 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans überschritten werden. Häufig sind es nur zwei oder drei Produktgruppen, auf die mehr als 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans entfallen. Die Grenze wurde bei 80 Prozent gezogen, da es in der Betriebswirtschaftslehre die so genannte 80 : 20 Regel gibt (Beispiel: 80 Prozent des Umsatzes werden mit 20 Prozent der Kunden erwirtschaftet). Idealtypischerweise sollten Ziele, Kennzahlen und Erläuterungen zu Produktgruppen, auf die ein hohes Finanzvolumen entfällt, ausführlicher dargestellt werden als bei Produktgruppen, deren Finanzvolumen im Verhältnis zum gesamten Finanzvolumen des Einzelplans gering ist. Soweit hiervon abgewichen wird, sollte es inhaltliche Gründe geben.

Haushaltsjahr 2007: Einzelplan 1.1 - Kapitel 1100 Senat /Senatskanzlei

Tabelle 1				
1	2	3	gelbe Seiten	
			PG	PB
	Summierungsabgleich in Tsd. EUR	PB	Gesamtausgaben	
			4	5
	01 Angelegenheiten des Senats und Intendanz	01	8.961	
	02 Protokoll	01	2.720	
	03 Auswärtige Angelegenheiten	01	4.355	
	04 Planung, Grundsatz, Koordinierung	01	15.516	
	05 Öffentlichkeitsarbeit des Senats	01	1.582	
	06 Vertretung Hamburgs beim Bund	01	2.315	
	07 Senat *	01	7.535	
	gesamt		42.984	42.984
	Summe		42.984	42.984

Tabelle 2							
1	2	3	Ressourcen		6	7	8
			in Tsd. EUR	in %			
			4	5	in %		
1	04 Planung, Grundsatz, Koordinierung	01	15.516	36,1%	36,1%	6	11
2	01 Angelegenheiten des Senats und Intendanz	01	8.961	20,8%	56,9%	7	36
3	07 Senat *	01	7.535	17,5%	74,5%		
4	03 Auswärtige Angelegenheiten	01	4.355	10,1%	84,6%	4	26
5	02 Protokoll	01	2.720	6,3%	90,9%	2	15
6	06 Vertretung Hamburgs beim Bund	01	2.315	5,4%	96,3%	4	10
7	05 Öffentlichkeitsarbeit des Senats	01	1.582	3,7%	100,0%	4	20
Summe			42.984	100,0%		27	118



Fußnote:

* Bei der Produktgruppe 07 Senat handelt sich um Overheadkosten für Senatoren und Staatsräte, die keinem Produkt der Senatskanzlei zugeordnet werden können. Die Produktgruppe 7 wird bei den Produktbeschreibungen nicht ausgewiesen.

Produktinformationen

Produktbereich 01: Senatskanzlei

Kapitel 1100

Produktbereichskennzahlen	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	678	429	370	361	361
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	678	429	370	361	361
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	19.791	34.473	38.153	35.369	36.477
• Personalausgaben in Tsd. EUR ¹	9.217	21.629	19.299	20.856	20.966
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	10.574	8.094	10.416	10.913	11.911
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	821,90	1.124	1.369	688	688
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	455	559	559	559	559
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	-	4.750	8.438	3.600	3.600
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	3.220	2.082	2.178	7.615	7.615
Stellen ²	169,07	225,03	172,02	166,96	166,96

Ziele des Produktbereichs	
Z 1:	Optimierung der Unterstützung des Senats und dessen Präsidenten bei der Erfüllung ihrer Pflichten und Aufgaben. Dazu gehören insbesondere
Z 2:	Förderung der Beziehungen Hamburgs zum Bund, zu den anderen Bundesländern, zur Europäischen Union und zum Ausland,
Z 3:	Stärkung von Konzeption und Controlling des Regierungsprogramms,
Z 4:	Steuerung der Ressourcen im Bereich der Neuen Investitionen,
Z 5:	Gewährleistung der Regierungsarbeit in Senat und Staatsrätekollegium und in der Verbindung von Senat und Bürgerschaft,
Z 6:	Optimierung der Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Arbeit von Senat und Verwaltung,
Z 7:	Förderung der individuellen Beratung von Bürgerinnen und Bürgern,
Z 8:	Ausbau der Beziehungen zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften.
Produktgruppen - Überblick	
PG 1	Angelegenheiten des Senats und Intendanz
PG 2	Protokoll
PG 3	Auswärtige Angelegenheiten
PG 4	Planung, Grundsatz, Koordinierung
PG 5	Öffentlichkeitsarbeit des Senats
PG 6	Vertretung Hamburgs beim Bund
PG 6	Senat

Produktgruppe 01: Angelegenheiten des Senats und Intendanz

Kapitel 1100

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung	
Z 1:	Schaffung bestmöglicher Rahmenbedingungen zur Erledigung der Fachaufgaben bei angemessener Ressourcenausstattung
Z 2:	Förderung der Fachaufgaben durch Unterstützung der Fachdienststellen
Z 3:	Unterstützung des Ersten Bürgermeisters, des Senats und der Leitung der Senatskanzlei

¹ Einschließlich Senatsmitglieder, Staatsrätinnen und Staatsräte sowie rollierende Referentinnen und Referenten in der Landesvertretung der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund und im Hanse-Office

² Gemäß Stellenplan einschließlich der Stellen für Senatsmitglieder, Staatsrätinnen und Staatsräte, ohne rollierende Referentinnen und Referenten in der Landesvertretung der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund und im Hanse-Office

Produktbereich: 01
Senatskanzlei

Z 4: Rechtsangelegenheiten
<i>Produkte</i>
P 1 Interne Ressourcensteuerung (Personal, Organisation, Haushalt)
P 2 Unterstützung der Fachaufgaben (IuK-Angelegenheiten, Zentrale Dienste)
P 3 Leitungsunterstützung (Bürgermeisterbüro, Bürgerbüro, Geschäftsstelle des Senats)
P 4 Dienstleistungen für die Senatsämter und die Bürgerschaftskanzlei
P 5 Pflege der Beziehungen zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften
P 6 Allgemeine Rechtsangelegenheiten
P 7 10.01.07 Senat

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	122	121	161	98	98
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	122	121	161	98	98
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	8.533	8.948	11.105	8.746	8.796
• Personalausgaben in Tsd. EUR ³	2.405	5.045	4.340	3.652	3.704
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	6.128	3.903	6.765	5.094	5.092
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	25,90	125	370	100	100
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	455	559	559	559	559
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	780	445	209	215	215

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	36	76	77	55	56
- überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	36	76	77	55	56

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Überführung der Titel aus dem aufgelösten Kontenrahmen für Sachausgaben in die entsprechenden Titel des Betriebskontos Z 71 "Sachausgaben für zentrale Aufgaben der Senatskanzlei, für Staatsamt und Planungsstab" (3.444 Tsd. EUR)
Bauunterhaltung für die Räume des Senats und der Senatskanzlei im Rathaus, in der Alten Post, für das Gästehaus des Senats, für den Kupferhof und für den Turm Neuwerk (724 Tsd. EUR Titel 519.71)
Nutzungsentgelte für externe Datenbanken, Informationsdienste u.ä., Aus- und Fortbildung für Bürokommunikationssysteme (132 Tsd. EUR Titel 535.56) und für zentrale Dienstleistungen von Dataport (203 Tsd. EUR Titel 671.56)
Unterstützung der gemeindlichen und kulturellen Arbeit der jüdischen Gemeinde Hamburg (358 Tsd. EUR Titel 684.06)
Mitgliedsbeiträge Hamburgs zum Deutschen Städtetag u.a. (358 Tsd. EUR Titel 685.91)
Pflege und Instandhaltung der jüdischen Friedhöfe (168 Tsd. EUR Titel 534.02)
Förderung von Tagungen und Veranstaltungen aller Behörden der FHH (100 Tsd. EUR Titel 686.05)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen ⁴	37,80	91,31	38,30	38,30	38,30

³ Für die Planjahre sind die Personalausgaben auf der Basis des Personalkostenbudgets berechnet worden.

⁴ Nach Gründung des Landesbetriebes Rathaus-Service sind in den Planjahren 2007/2008 dessen Stellen nicht mehr in der PG 01 enthalten

Fallzahlen	Erg. 2002	Erg. 2003	Erg. 2004	Erg. 2005
P 3: Leitungsunterstützung (Bürgermeisterbüro, Bürgerbüro, Geschäftsstelle des Senats):				
Drucksachen/Vorgänge				
Senatsdrucksachen	1.474	1.675	1.443	1.551
Große und kleine Anfragen	1.035	1.181	1.012	1.099
Mitteilungen an die Bürgerschaft	137	165	164	178
Gesetze	68	36	48	49
Verordnungen	60	67	156	154
Anordnungen	16	23	18	14
Eingaben § 5 Eingabenausschuss	614	808	501	658
Eingaben § 9 Eingabenausschuss	66	44	36	54
Ersuchen	110	99	114	139
Individuelle Beratung von Bürgerinnen und Bürgern				
Schriftliche Anfragen	1.976	2.234	2.836	2.563
Beratungsgespräche Besucherinnen / Besucher	437	463	446	369
Telefonische Anfragen / Anregungen / Beschwerden	7.169	9.787	9.066	7.255
P 6: Allgemeine Rechtsangelegenheiten:				
Staatskirchenrechtliche Genehmigungen, Vermittlungen, Beratungen	90	90	70	70

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 1: Interne Ressourcensteuerung (Personal, Organisation, Haushalt):					
Durchschnittliche Fortbildungskosten je Beschäftigten in EUR ⁵	-	180	180	180	180
Durchschnittliche Personalbetreuungskosten pro Beschäftigten in EUR	826	804	804	785	785
Davon:					
- durchschnittliche Personalverwaltungskosten pro Beschäftigten in EUR	491	469	469	408	408
- durchschnittliche Personalentwicklungskosten pro Beschäftigten in EUR	335	335	335	377	377
Anteil der Personalkosten der Intendanz an den gesamten Personalkosten der Senatskanzlei in % ⁶	7,68	19,34	6,68	6,36	6,36
Titelgruppen	3	3	3	3	3
Anzahl der Haushaltstitel (ohne KRS, KRD und KRN)	87	63	63	75	75
- Davon in Titelgruppen	26	22	22	26	26
Anzahl der betreuten SAP- Anwenderinnen und Anwender	39	36	36	38	38
Anzahl der Fortbildungstage	-	450	450	450	450
Anzahl der fortgebildeten Beschäftigten	-	180	180	180	180
Durchschnittliche Fortbildungstage pro Beschäftigten	-	1,71	1,71	1,71	1,71
Anteil der fortgebildeten Beschäftigten an der Gesamtzahl der Beschäftigten in %	-	68,20	68,20	68,20	68,20
P 2: Unterstützung der Fachaufgaben (IuK-Angelegenheiten, Zentrale Dienste):					
Anzahl der Bildschirmarbeitsplätze	205	205	205	220	220
Jährliches Finanzvolumen der Bauunterhaltung in Tsd. EUR	395	957	957	724	724
gemietete Nutzfläche in m ²	2.347	2.347	2.347	2.347	2.347

⁵ Nach Einrichtung des Zentrums für Fortbildung und der damit verbundenen Neuorganisation ist für 2005 keine eindeutige Darstellung des Ist möglich. Dies gilt ebenso für die nachfolgenden Kennzahlen im Bereich Fortbildung.

⁶ Die Intendanzfunktionen im Bereich Infrastruktur (z.B. Bau- und Hausverwaltung, Druckerei, Poststelle, Telefonzentrale, Gebäudemanagement) werden nunmehr durch den Rathaus-Service wahrgenommen.

Produktbereich: 01
Senatskanzlei

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gesamtreinigungsfläche in m ²	16.373	16.373	16.373	16.373	16.373
Anteil der Bildschirmarbeitsplätze an d. bildschirmfähigen Arbeitsplätzen in %	100	100	100	100	100
gemietete Nutzfläche pro Beschäftigten in m ² ⁷	30,05	30,09	30,09	30,05	30,05
P 4: Dienstleistungen für die Senatsämter und die Bürgerschaftskanzlei :					
Anzahl des betreuten Personals ⁸	192	262	-	-	-

Produktgruppe 02: Protokoll

Kapitel 1100

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Unterstützung des Senats und dessen Präsidenten bei der Förderung und Pflege inländischer und auswärtiger Beziehungen sowie Sicherstellung des reibungslosen Ablaufs der protokollarischen Notwendigkeit entsprechenden Repräsentanz des Senats bei Senatsverpflichtungen
<i>Produkte</i>
P 1 Auswärtiges, Veranstaltungen und Besuchsprogramme des Senats Schwerpunkte: Staatsbesuche, Besuche des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers, von Regierungsmitgliedern und Wirtschaftsvertretern sowie Repräsentanten nationaler und internationaler Organisationen Matthiae Mahlzeit, Konsularenmpfang und andere Senatsveranstaltungen Botschafterbesuche und Betreuung der Konsulate in Hamburg Reisen des Ersten Bürgermeisters und von Senatsdelegationen ins Ausland Beteiligung des Senats an nationalen und internationalen Kongressen/Tagungen in Hamburg
P 2 Auszeichnungen, Ehrungen, Glückwünsche und Kondolenzbezeugungen Schwerpunkte: Hamburgische Ehrungen, Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland, ausländische Ordensangelegenheiten

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	9	40	0	0	0
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	9	40	0	0	0
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.367	4.186	3.320	2.720	3.740
• Personalausgaben in Tsd. EUR ⁹	928	3.307	2.846	1.409	1.429
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	439	879	474	1.311	2.311

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	194	693	273	111	112
• innerbehördlich in Tsd. EUR	180	643	223	90	91
• überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	14	50	50	21	21

⁷ Beschäftigte der Senatskanzlei, die in gemieteten Räumen arbeiten

⁸ Übergang der Personalverwaltung der Senatsämter von der Senatskanzlei auf das Personalamt.

⁹ In den Personalkosten bis 2006 sind noch Mitarbeiterkosten aus dem Bereich Rathaus-Service enthalten

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Veranstaltungen im Rathaus (837 Tsd. EUR Titel 543.02) Verfüungsmittel des Senats (462 Tsd. EUR Titel 529.01)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	12	12	12	14	14

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2002	Erg. 2003	Erg. 2004	Erg. 2005
P 1: Auswärtiges, Veranstaltungen und Besuchsprogramme des Senats:				
Sonstige Gästegruppen und Besuche (ausländische Botschafter und Konsulatsleiter)	143	56	132	132
Auslandsreisen des Ersten Bürgermeisters	4	8	6	4
- Senatsveranstaltungen mit Essen	242	273	283	248
Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Senatsveranstaltungen	66.267	68.743	51.903	46.818
Veranstaltungen und Übernachtungen im Gästehaus	42	64	36	118
Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Rathausführungen	87.744	72.490	78.301	79.223
Zahl der betreuten Konsulate	95	96	97	99
P 2: Auszeichnungen, Ehrungen, Glückwünsche und Kondolenzbezeugungen:				
Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland	34	29	13	24
Hamburgische Auszeichnungen	335	328	342	253
Alters- und Ehejubiläen	4.142	4.309	4.366	4.381
Ausländische Orden	8	-	11	8

Produktgruppe 03: Auswärtige Angelegenheiten

Kapitel 1100

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Ausbau und Pflege der Beziehungen Hamburgs ins Ausland Z 2: Stärkung der Interessenvertretung Hamburgs in europapolitischen Angelegenheiten
<i>Produkte</i>
P 1 Städtepartnerschaften mit Chicago, Dresden, Léon, Marseille, Prag, Osaka, Shanghai und St. Petersburg P 2 Entwicklungszusammenarbeit, Maßnahmen der Zusammenarbeit mit dem Ostseeraum, Ost- und Südostasien sowie der arabischen Welt P 3 Europa-Politik des Senats in Hamburg P 4 Kontaktpflege zu verfolgten ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs und ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.567	3.810	3.439	3.955	3.981
• Personalausgaben in Tsd. EUR ¹⁰	1.201	1.850	1.579	1.824	1.850
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.366	1.960	1.860	2.131	2.131
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	796	999	999	588	588
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	0	-	0	0	0
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	350	-	350	400	400

¹⁰ Ohne Personalkosten für die rollierenden Referentinnen und Referenten im Hanse-Office

Produktbereich: 01
Senatskanzlei

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	250	384	152	143	146
· innerbehördlich in Tsd. EUR	232	356	124	116	118
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	18	28	28	27	28

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Europapolitische Interessenvertretung (469 Tsd. EUR Titel 632.01)
Förderung der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern (440 Tsd. EUR Titel 681.03)
Städtepartnerschaften (440 Tsd. EUR Titel 547.01)
Maßnahmen der Ostseekooperation (330 Tsd. EUR Titel 547.03)
Pflege der Beziehungen zu verfolgten ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern sowie Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern (210 Tsd. EUR Titel 534.03)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	19,50	19,50	19,50	19,70	19,70

<i>Fallzahlen</i>	Erg. 2002	Erg. 2003	Erg. 2004	Erg. 2005
P 1: Städtepartnerschaften				
Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Schüler- und Studentenaustausch	656	513	567	630
Projekte (Experten-Austausch, kulturelle Ereignisse, Begegnungen etc.)	60	40	69	59
Besuche aus Partnerstädten	57	39	57	48
P 2: Entwicklungspolitik, Maßnahmen der Ostseekooperation				
Sitzungsvorbereitung				
Gremien der Ostseekooperation	20	21	22	24
P 3: Europa-Politik des Senats				
Veranstaltungen	12	9	10	12
Sitzungsvorbereitungen				
Ausschuss der Regionen (Plenum und Fachkommissionen)	11	13	6	6
Europaminister (Konferenzen und Arbeitsgruppen)	22	23	18	14
Europaausschuss der Bürgerschaft	11	8	8	11
Hanse-Office:				
Betreute Besucherinnen und Besucher	2.310	1.580	1.532	2.649
Veranstaltungen	69	55	66	88
P 4: Kontaktpflege zu verfolgten ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs und ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern				
Gesamtzahl der betreuten verfolgten ehemaligen Bürgerinnen und Bürger	1.835	1.875	1.834	1.708

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 2: Entwicklungszusammenarbeit, Maßnahmen der Zusammenarbeit mit dem Ostseeraum, Ost- und Südostasien sowie der arabischen Welt:					
Entwicklungspolitik					
Projekte und Maßnahmen im Ausland ¹¹	10	30	30	20	20
Stipendien	7	20	20	20	20
Maßnahmen zur Bildung und Öffentlichkeitsarbeit	24	30	30	25	25
Institutionelle Förderung	0	0	0	0	0
Beratung und Koordinierung innerhalb und außerhalb der Verwaltung	780	800	800	800	800
Maßnahmen der Ostseekooperation					
Projekte und Einzelmaßnahmen	26	20	20	20	20
Stipendien	46	54	54	54	54
Beratung, Koordinierung, Veranstaltung	1.560	2.000	2.000	1.560	1.560
P 4: Kontaktpflege zu verfolgten ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs und ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern:					
Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Besuchsprogramm für verfolgte ehemalige Bürgerinnen und Bürger	38	40	40	40	40
Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Besuchsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ¹²	78	75	30	30	30

Produktgruppe 04: Planung, Grundsatz, Koordinierung

Kapitel 1100

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung
Z 1: Effiziente Unterstützung des Senats und dessen Präsidenten bei der Konzeption, Steuerung und Koordination der Regierungsarbeit
Produkte
P 1 Planungs- und Grundsatzarbeiten einschließlich des Projekts „Wachsende Stadt“ P 2 Konzeption und Controlling des Regierungsprogramms P 3 Ressourcensteuerung der Neuen Investitionen P 4 Assistenzleistungen für den Ersten Bürgermeister und den Senat P 5 Koordination von Bundes- und Länderangelegenheiten P 6 Gemeinsame Landesplanung

Haushaltsdaten	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	114	-	-	-	-
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	114	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.977	8.081	11.282	8.516	8.571
• Personalausgaben in Tsd. EUR	2.512	3.220	2.768	3.813	3.868
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	465	111	76	1.103	1.103
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	-	4.750	8.438	3.600	3.600
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	2.090	1.637	1.619	7.000	7.000

¹¹ Ab 2002 einschließlich Humanitäre Hilfe.

¹² Die Erhöhung der Teilnehmerzahl 2005 resultiert aus der neben dem Besuchsprogramm stattgefundenen Gedenkveranstaltung zur Wiedereröffnung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Produktbereich: 01
Senatskanzlei

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	524	626	250	300	304
- innerbehördlich in Tsd. EUR	486	581	204	243	246
- überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	38	45	46	57	58

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Innovationsfonds Wachsende Stadt (4.000 Tsd. EUR Titel 971.03, neu im EP 1.1 nach Verlagerung aus EP 9.2) Zentrale Verfügungsmittel für Soforthilfen in besonderen Situationen (1.000 Tsd. EUR Titel 529.03) Investitionsausgaben (Kostenbeiträge) für Maßnahmen aus den Förderfonds Hamburg/Schleswig-Holstein und Hamburg/Niedersachsen (2.000 Tsd. EUR Titel 882.03 Folgetitel von 882.01 und 882.02)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen ¹³	37	39,45	39,45	34	34

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 6: Gemeinsame Landesplanung:					
Anzahl der eingereichten Förderanträge im Rahmen der bilateralen Förderfonds	46	50	55	50	50
- bis zur Höhe von 50 Tsd. EUR (vereinfachtes Verfahren)	20	24	27	22	22
- über 50 Tsd. EUR	26	26	28	28	28
Beantragtes Fördervolumen in Mio. EUR	4,58	7	7,50	7	7
Fördervolumen der bewilligten Fördermaßnahmen in Mio. EUR gesamt (davon hamburgischer Anteil jeweils 50%)	2,03	3,27	3,17	2,94	2,94
Anteil der bewilligten Förderanträge an der Gesamtzahl der gestellten Anträge in %	43	70	69	60	60
Gesamtbetrag des durch die Förderung angeschobenen Investitionsvolumens in Mio. EUR	13	9	8,30	10	10

Produktgruppe 05: Öffentlichkeitsarbeit des Senats

Kapitel 1100

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Verstärkung der Unterrichtung der Öffentlichkeit, des Senats und der Behörden über die Arbeit von Senat und Verwaltung
<i>Produkte</i>
P 1 Medieninformation P 2 Information der weiteren Öffentlichkeit P 3 Informationsservice für Senat und Behörden P 4 Internet-Seitenpflege und Koordination der Behördenauftritte

¹³ Insbesondere wegen der Verlagerung der Abteilung "Medienrecht" zur BWA zum 01.01.2006

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	15	-	0	0	0
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	15	-	0	0	0
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.039	1.608	1.441	1.582	1.582
• Personalausgaben in Tsd. EUR	812	1.280	1.113	1.254	1.254
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	227	328	328	328	328

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	169	270	107	99	99
- innerbehördlich in Tsd. EUR	157	251	87	80	80
- überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	12	19	20	19	19

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Öffentlichkeitsarbeit (u.a. Ausstellungen), 171 Tsd. EUR Titel 531.62

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	14,71	14,71	14,71	13,96	13,96

<i>Fallzahlen</i>	Erg. 2002	Erg. 2003	Erg. 2004	Erg. 2005
Internet-Meldungen	1.250	1.575	1.660	1.680
Internet-Dokumente	450	520	585	580
Internet-Dokumente besonderen Umfangs	40	60	80	105

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2002	Erg. 2003	Erg. 2004	Erg. 2005
P 1: Medieninformation:				
Ausgabe der Täglichen Pressemeldungen	1.251	1.575	1.663	1.245
Terminmeldungen	721	824	937	922
Pressekonferenzen	90	97	96	92
Betreuung auswärtiger Journalistinnen und Journalisten (Gruppen)	0	5	5	7
Pressemäßige Betreuung von Rathausterminen	120	228	217	224
P 2: Information der weiteren Öffentlichkeit:				
Wochendienst	49	50	51	51
Berichte und Dokumente	2	2	1	0
Plakataktionen	4	2	2	3
Ausstellungen	10	13	15	11
Davon:				
Eigene Ausstellungen	1	2	2	2
Fremde Ausstellungen	9	11	13	9
P 3: Informationsservice für Senat und Behörden:				
Tägliche Pressespiegel	249	241	247	251
Koordinierung und fachliche Beratung der Pressestellen der Behörden (Referentenrunden)	45	42	47	46

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Optimierung der Berücksichtigung Hamburger Interessen an der Bundesgesetzgebung
Z 2:	Maximierung von Bundeszuschüssen für Hamburger Projekte
Z 3:	Verbesserung der Darstellungsmöglichkeiten für Hamburger Unternehmen und Institutionen
<i>Produkte</i>	
P 1	Beteiligung an der Bundesgesetzgebung, Einbringung Hamburger Interessen in die Bundespolitik
P 2	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Werbung für den Standort Hamburg (Wirtschaftsstandort, Medien- und Kulturstadt)
P 3	Pflege der Beziehungen zwischen dem Senat und der Bundesregierung, den Abgeordneten des Bundestages, dem diplomatischen Corps und in Bonn ansässigen Verbänden und Organisationen
P 4	Verwaltungsservice (vor Ort)

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	418	268	263	263	263
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	418	268	263	263	263
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.308	3.001	2.728	2.315	2.299
• Personalausgaben in Tsd. EUR	1.359	2.088	1.815	1.369	1.353
• Sach- und Sachausgaben gesamt in Tsd. EUR	949	913	913	946	946

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
• Raumkosten in Tsd. EUR	-	46	46	-	-
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	283	442	174	108	106
• innerbehördlich in Tsd. EUR	263	410	142	87	86
• überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	20	32	32	21	20

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>	
Durchführung von Eigen- und Fremdveranstaltungen (383 Tsd. EUR Titel 547.61)	

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	25,06	25,06	25,06	24	24

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2002	Erg. 2003	Erg. 2004	Erg. 2005
P 2: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Werbung für den Standort Hamburg (Wirtschaftsstandort, Medien- und Kulturstadt):				
Fremdveranstaltungen	123	167	124	109
Eigenveranstaltungen	153	164	215	200
Veranstaltungen unter 50 Teilnehmern	195	231	255	250
Veranstaltungen 50 Teilnehmer und mehr	81	100	84	59
P 4: Verwaltungsservice (vor Ort):				
Übernachtungen in Gästezimmern	1.114	1.111	1.179	1.108
Übernachtungen pro Gästezimmer	159	148	131	123

1100 Erläuterungen zum Kapitel 1100 - Senat

1. Zuwendungen

Die Senatskanzlei vergibt Zuwendungen zur Förderung:

- von Maßnahmen zur Pflege der Beziehungen zu verfolgten ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs. Vorrangig gilt es, junge Menschen unterschiedlicher Kultur und Religionsgemeinschaften zu gegenseitiger Akzeptanz hin zu führen und ihnen möglichst über persönliche Begegnungen mit Zeitzeugen gelebte Geschichte zu verdeutlichen.
- Aufgrund bürgerschaftlichen Ersuchens werden dem Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Neuengamme e. V. seit 2001 Zuwendungen zur Organisation und Durchführung von Besuchsprogrammen ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern gewährt. Hiermit soll ein kleiner Beitrag zur Wiedergutmachung des schweren Unrechts, das den Millionen Menschen, die während des zweiten Weltkrieges Zwangsarbeit leisten mussten, zugefügt wurde, geleistet werden.
- der Städtepartnerschaften
Mittel im Rahmen von Städtepartnerschaften sollen helfen, die Beziehungen Hamburgs zu seinen Partnerstädten einschließlich direkter Kontakte zwischen den Bürgerinnen und Bürgern zu fördern. Dabei soll der Gedanke der internationalen Verständigung, Zusammenarbeit und des friedlichen Interessenausgleichs gestärkt werden.
- von Maßnahmen der Ostseepolitik
Die Fördermittel werden für Maßnahmen im Rahmen der dynamischen ostseepolitischen Konzeption eingesetzt. Oberziel ist die Positionierung Hamburgs im Ostseeraum. Das Zukunftspotential des Ostseeraums soll für Hamburg erschlossen und die Drehscheibenfunktion der Stadt mit ihren Institutionen gestärkt werden.
- der europapolitischen Interessenvertretung
Im Zuge des fortschreitenden Zusammenwachsens Europas sollen Bürgerinnen und Bürger in Hamburg durch Veranstaltungen, Besuchsprogramme zu europäischen Institutionen, Seminare, Publikationen etc. über Fragen der europäischen Integration informiert und für den Europagedanken geworben werden.
- entwicklungspolitischer Maßnahmen
Das Ziel sind hierbei Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, um im Globalisierungsprozess positive Entwicklungen zu stärken und negative Effekte für Menschen in Entwicklungsländern zu reduzieren.
- von Tagungen und sonstigen Veranstaltungen
Mit dem Zusammenwachsen europäischer Räume, der weltweiten Verflechtung von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, dem Wettbewerb der Standorte um Investitionen und Arbeitsplätze ist die Pflege der internationalen, nationalen und auch regionalen Beziehungen sowie ein akzentuierter Wissens- und Erfahrungstransfer notwendig. Neben der wirksamen Präsentation des Standortes im In- und Ausland ist die Durchführung von Kongressen und Tagungen ein wichtiges Instrument, um für Hamburg relevante Erkenntnisse über neue Entwicklungen, Trends und Modellvorhaben in wichtigen Politikfeldern zu erschließen, die für eine moderne, zukunftsorientierter Gestaltung der Stadt unverzichtbar sind.

2. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen sind geprägt durch:

- Zuschuss des Bundes zu den Kosten der Instandhaltung der jüdischen Friedhöfe (1100.231.02) und
- Zuschuss des Bundes für die Durchführung der Feier zum 3. Oktober 2008 (1100.231.03) sowie
- Einnahmen aus Veranstaltungen der Vertretung Hamburgs beim Bund (1100.281.61).

Ausgaben

Personalausgaben

siehe Vorwort zum Kapitel 1100

- 461.20 Im Epl. 9.2 ist mit dem Haushaltsplan 2005/2006 ein Fonds zur Zwischenfinanzierung von Maßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung (Modernisierungsfonds) eingerichtet worden, um die Umsetzung aufgabenkritischer Maßnahmen zu fördern und die möglichst reibungslose Weiterbeschäftigung freiwerdenden Personals zu sichern. Um die Kostentransparenz zu erhöhen und das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass die Sicherung der Beschäftigung eine Aufgabe ist, für die die gesamte Verwaltung verantwortlich ist, werden die Beiträge der Behörden zur Finanzierung des Fonds, die im Haushalt 2005/2006 bereits nachrichtlich im Epl. 9.2 veranschlagt waren (Titel 9700.461.06 bis 461.17), beginnend mit dem Haushaltsjahr 2007 dezentral in den Einzelplänen veranschlagt.

Sach- und Fachausgaben

- 529.03 Neuer Titel
Veranschlagt sind Mittel für Soforthilfen, um auf besondere Ausnahmesituationen durch nicht vorhersehbare Ereignisse kurzfristig und nachhaltig reagieren zu können.
- 542.01 Durchführung der Veranstaltung zum 3. Oktober 2008
Der Tag der Deutschen Einheit findet gem. Beschluss der Regierungschefs von Bund und Ländern vom 15.5.1991 jeweils in dem Bundesland statt, aus dem der Bundesratspräsident kommt. Der Erste Bürgermeister wird Ende Oktober 2007 mit der Amtszeit vom 1.11.2007 bis 31.10.2008 zum Bundesratspräsidenten gewählt. Vom Bund ist ein Kostenbeitrag von 184 Tsd. EUR zu erwarten.
Zur Minderung der Kosten soll versucht werden, Sponsoren zu gewinnen.
- 543.02 Neuer Titel
Veranschlagt sind die Aufwendungen für Sachkosten (bisher bei 686.05) und Dienstleistungen des Rathaus-Service für Senatsempfänge, Tagungen und andere Veranstaltungen im Rathaus oder dem Gästehaus des Senats.
- 547.02 Maßnahmen der Internationalen Zusammenarbeit
Die ersten Erfahrungen mit dem bislang als Leertitel veranschlagten Titel haben gezeigt, dass die Internationalisierungsstrategie des Senats der Ausstattung mit Mitteln im Haushalt bedarf. In den Jahren 2005/2006 wurden benötigte Mittel aus den übertragenen Resten des Titels „Städtepartnerschaften“ bereitgestellt, was aufgrund wünschenswerter Städtepartnerschaftsprojekte weiterhin nicht möglich ist.
Zudem hat der Senat durch Einrichtung eines Vertretungsbüros in Dubai und zahlreiche Einzelaktivitäten zu dieser Region sein Engagement in Bezug auf die arabische Welt deutlich erhöht.
- 681.03 Durch Änderung in der Prioritätenfestsetzung wurde der Ansatz um 80 Tsd. EUR aufgestockt.
- 682.01 siehe Bemerkung unter Z71
- 686.05 Nach Änderung der Zweckbestimmung werden bei diesem Titel Mittel zur Förderung von Veranstaltungen wie Tagungen, Kongresse, Symposien (Zuschüsse, Kostenbeteiligung/-übernahme), an deren Durchführung Hamburg ein erhebliches Interesse hat, veranschlagt.
- Z71 Betriebskonto Sachausgaben für zentrale Aufgaben der Senatskanzlei, für Staatsamt und Planungsstab
Die Veranschlagung der Titelgruppe Z 71 im Haushaltsplan 2005/2006 stellte einen Zwischenschritt zur Erstellung des für den geplanten § 26-LHO Betrieb erforderlichen Wirtschaftsplanes dar. Der Landesbetrieb Rathaus - Service wurde 2005 gegründet. Mit dem Haushalt 2007/2008 wird die Titelgruppe zu einem Betriebskonto für die Senatskanzlei umgewandelt, in das auch die Titel des jetzt aufgelösten Kontenrahmens für Sachausgaben übergeleitet werden. Es ist vorgesehen, dass der Landesbetrieb ab 2007 sämtliche Dienstleistungen seinen Abnehmern vollständig in Rechnung stellt. In das Betriebskonto sind deshalb die Haushaltsmittel für die Abrechnung sämtlicher Aufwendungen einschließlich der Dienstleistung (Sach- und Personalaufwand) eingeflossen. Diese wurden bis 2006 im Wesentlichen über den Betriebskostenzuschuss abgerechnet. Mit dem Haushaltsplan 2007/2008 ist jetzt die Zuordnung auf die Abnehmer vorgenommen worden. Dazu wurden die bisher beim Titel 1100.682.01 „Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan Landesbetrieb Rathaus-Service“ veranschlagten Mittel auf die Abnehmer Bürgerschaft (Kapitel 1000), Senat (Kapitel 1100) und Personalamt (Kapitel 1140) aufgeteilt.

Bei der Aufstellung des Wirtschaftsplans 2007/2008 ist der Landesbetrieb von einer Abrechnung und damit auch von einer Kostendeckung ausgegangen. Ein Betriebskostenzuschuss zum Ausgleich eines Fehlbetrages ist daher nicht mehr vorgesehen.

- 511.71 Erhöhter Ansatz gegenüber dem Vorjahr wegen Zusammenfassung mit dem KRS-Titel 1100.511.99 und Veranschlagung der Dienstleistungen des Rathaus-Service.
Veranschlagt sind die Kosten für Geschäftsbedarf, wie Verbrauchmaterial, Gerätebeschaffung und -unterhaltung, Telefon, Porto und die Kosten der Drucksachen (Mitteilungen des Senats). Hinzukommen die Dienstleistungen für die Beschaffungen des Geschäftsbedarfs und für den Post- und Telefonservice.
- 517.71 Veranschlagt sind die Sachaufwendungen für die Bewirtschaftung der Gebäude Rathaus, Alte Post, Gästehaus des Senats (Schöne Aussicht), des Turmes auf der Insel Neuwerk entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf und die Dienstleistungen des Rathaus-Service für die Gebäudebewirtschaftung .
- 518.71 Veranschlagt sind die Miete für die von der Senatskanzlei angemieteten Gebäudeteile der Alten Post, die Büro-Kopiergeräte und die Hochleistungskopierer in der Druckerei im Rathaus einschließlich der Dienstleistungen für den Betrieb der Druckerei.
- 519.71 Veranschlagt sind die Kosten der Bauunterhaltung für das Rathaus, das Gästehaus des Senats, des Turmes Neuwerk, des Verwaltungsseminars Kupferhof und des angemieteten Gebäudes Alte Post (anteilig) entsprechend den Veranschlagungsrichtsätzen. Mehr wegen teilweiser Anpassung des Ansatzes an die Richtsatzveranschlagung.
- 543.71 Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Dienstleistungen des Rathaus-Service für Rathausführungen des Senats und den Diendienst sowie den Betrieb des Gästehauses.

Investitionen

- 791.01 Investitionsfonds Hamburg 2010 (SIP-Fonds)
Mit der Drs. 18/1577 wurde der „Investitionsfonds Hamburg 2010“ (SIP-Fonds) im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms konkretisiert. Der Fonds soll die Durchführung kleinerer Investitionsprojekte ermöglichen, die die Ziele des Leitbildes Metropole Hamburg – Wachsende Stadt vorantreiben und die notwendige Flexibilität für eine – auch kurzfristige – Finanzierung wichtiger Vorhaben schaffen. Dazu setzt der Senat einschlägige Ersuchen der Bürgerschaft zur Durchführung der Projekte um.
- 882.03 Fördermaßnahmen von überregionaler Bedeutung innerhalb Norddeutschlands
Die Titel 1100.882.01 „Kostenbeitrag zu Fördermaßnahmen von überregionaler Bedeutung mit Schleswig-Holstein“ und 1100.882.02 „Kostenbeitrag zu Fördermaßnahmen von überregionaler Bedeutung mit Niedersachsen“ wurden im neuen Titel 1100.882.03 zusammengefasst. Mit der Reorganisation der Metropolregion Hamburg ist die Beschlussfassung über Fördermaßnahmen in der Metropolregion (Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein) auf den Lenkungsausschuss der Metropolregion übertragen worden. Die vorherige Trennung in zwei Förderausschüsse Hamburg/Schleswig-Holstein und Hamburg/Niedersachsen wurde aufgegeben.
Der Ansatz dient der Mitfinanzierung von Maßnahmen im schleswig-holsteinischen und niedersächsischen Teil der Metropolregion Hamburg sowie in Hamburg, die zur Verbesserung der Struktur und zur Entwicklung der Metropolregion beitragen. Außerdem sollen Projekte mit weiteren Partnern in Norddeutschland gefördert werden.
- 893.02 Mit der Einrichtung des Titels „Erhöhung des Stiftungsvermögens der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte“, der bereits in den Jahren 2005 und 2006 mit je 250 Tsd. Euro ausgestattet wurde, beabsichtigt der Senat eine mittelfristige Grundsicherung der Stiftung. Für die Jahre 2007 und 2008 ist eine weitere Beteiligung von jeweils 250 Tsd. Euro vorgesehen.

Besondere Finanzierungsausgaben

- 971.03 Zielsetzung des Leitbildes „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ ist, Hamburg zu einer wachsenden und pulsierenden Metropole mit internationaler Ausstrahlung zu entwickeln. Mit dem „Innovationsfonds Wachsende Stadt“ werden innovative Vorhaben im Rahmen dieser Wachstumsstrategie gefördert. Sie sollen der Stärkung des Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums und zur Steigerung der Attraktivität und der Internationalität Hamburgs dienen.
Dieser Fonds soll jährlich mit 3,6 Mio. EUR ausgestattet werden.

Kapitel 1140

Personalamt

Vorwort

1. Inhaltliche Schwerpunkte des Kapitels

Das Personalamt nimmt zentral unmittelbar für den Senat Aufgaben wahr, die im Bereich des Personalwesens von grundsätzlicher und übergeordneter Bedeutung sind und erbringt zentrale Dienstleistungen. Zugleich ist es oberste Dienstbehörde im Sinne des Dienst- und Disziplinarrechts sowie Sozialpartner im Sinne des Tarifrechts. Diese Aufgaben werden aus Gründen der Einheitlichkeit, der Rechts- oder Verfahrenssicherheit und der Wirtschaftlichkeit sowie zum Teil wegen ihres steuernden Charakters zentral wahrgenommen.

Das Personalamt entwickelt – in steter Diskussion und einem institutionalisierten Strategiefindungsprozess mit den Behörden und Ämtern – für die hamburgische Verwaltung zukunftsorientierte personalpolitische und personalwirtschaftliche Konzepte und Instrumente für ein strategisches und ganzheitliches Personalmanagement.

Alle Ansätze und Konzepte sind darauf ausgerichtet, das Wissen und die Methoden- sowie die Handlungskompetenz der Beschäftigten bzw. die soziale und Steuerungskompetenz der Führungskräfte zu fördern und zu stärken. Der Personalentwicklung kommt dabei – auch in Bezug auf die Förderung der Chancengleichheit – ein besonderer Stellenwert zu. Inhaltliche Schwerpunkte sind z.B. die Entwicklung und Umsetzung von Konzepten zur Gesundheitsförderung und zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Erstellung eines jährlich erscheinenden Personalstruktur- und Personalmanagementberichts sowie die Etablierung von Auswahl- und Entwicklungsassessments, die Einführung und Evaluation eines neuen Beurteilungswesens, die Pilotierung von Führungsfeedback, Mentoring, Coaching- und Netzwerkangebote und die inhaltliche sowie strukturelle Weiterentwicklung der (Führungs-) Fortbildung. Das Personalamt nimmt an Auswahlverfahren für die Spitzenfunktionen im Bereich des höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes teil und rekrutiert die Nachwuchskräfte für den allgemeinen mittleren und gehobenen Verwaltungsdienst (über das ZAF für die Ausbildung an der Verwaltungsschule bzw. der Hochschule für angewandte Wissenschaften/HAW) sowie für den allgemeinen höheren Verwaltungsdienst. Mit dem Justitiariat nimmt das Personalamt weitere Aufgaben für den gesamten Öffentlichen Dienst der FHH wahr.

Zur personalpolitischen Flankierung aufgabenkritischer Prozesse agiert das „Projekt Interner Arbeitsmarkt“ (PIA) als interne Beratungs- und Vermittlungseinrichtung. Es steht sowohl den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als auch den Behörden und Ämtern als Ansprechpartner für alle Fragen der strukturellen und individuellen Mobilität zur Verfügung.

Das zum 1.7.2005 als Einrichtung des Personalamtes nach § 15 LHO gegründete Zentrum für Aus- und Fortbildung (ZAF) bietet die fach- und ressortübergreifende Fortbildung (einschließlich der IuK-Fortbildung) für die Beschäftigten der hamburgischen Verwaltung "aus einer Hand" an, indem es im Auftrag des Personalamtes einerseits und der Behörden und Ämter andererseits z.B. Seminare, Workshops, Coaching- und Teamentwicklungsmaßnahmen plant und organisiert. Im Bereich der IuK-Fortbildung arbeitet das ZAF mit dataport training als strategischem Partner zusammen. Außerdem steuert das ZAF die Ausbildung und die Auswahl der Nachwuchskräfte für den mittleren und gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst auf der Basis strategischer Vorgaben von Senat und Bürgerschaft. Im mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst leistet die zum ZAF gehörende Verwaltungsschule die theoretische Ausbildung, im gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst ist die Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) der duale Partner in der Berufsausbildung.

Das Personalamt bereitet für den Senat Entscheidungen zur Anwendung und Fortentwicklung des öffentlichen Dienst- und Tarifrechts vor und stellt die einheitliche Anwendung sicher. Schwerpunkte sind dabei die inhaltliche Gestaltung von hamburgischen Gesetz- und Verordnungsentwürfen unter Berücksichtigung zeitgemäßer Entwicklungen und Anforderungen, die Gestaltung des Tarifrechts und die Teilnahme an Tarifverhandlungen. Zu den Aufgaben des Personalamtes gehört auch die Bewertung und Vorlage von Entscheidungsvorschlägen zu bundesrechtlichen Vorhaben sowie die kundenorientierte Aufbereitung bestehender Rechtsvorschriften und Problemlagen für deren Anwendung und Bewältigung in den Behörden. Im Zuge der Föderalismusreform ist u.a. vorgesehen, dass Bund und Länder die Besoldung, Versorgung sowie das Laufbahnrecht ihrer Beamten künftig jeweils eigenständig regeln können.

Durch den Arbeitsmedizinischen Dienst erfolgt die Beratung und Betreuung aller Einrichtungen und Beschäftigten der hamburgischen Verwaltung sowie zahlreicher öffentlich-rechtlicher Unternehmen in der Trägerschaft der FHH. Durch den Personalärztlichen Dienst werden die Untersuchungen und Begutachtungen nach dem Dienstrecht durchgeführt.

Für das Personalamt selbst werden die Bereiche Haushalt, Organisation, Personal und Infrastruktur durch die Abteilung Service und Steuerung als interne Dienstleisterin wahrgenommen. Die Abteilung ist zuständig für den Ressourceneinsatz und die Ressourcensteuerung sowie für die Globalsteuerung ausgegliederter Einheiten. Sie gewährleistet eine den rechtlichen, organisatorischen und technischen Anforderungen gerecht werdende Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Personalamtes und des Zentrums für Aus- und Fortbildung. Die Aufgaben Personal und Organisation werden in der Abteilung sowohl für das Personalamt als auch für die Senatskanzlei wahrgenommen.

Dem Landesbetrieb „Zentrum für Personaldienste“ (ZPD) als Teil des Personalamts obliegt die Gesamtverantwortung für die Verfahren zur Abrechnung und Zahlung der Bezüge. Das ZPD unterstützt die Behörden und selbstständigen Organi-

sationseinheiten in übergreifenden Angelegenheiten der Personalverwaltung und stellt auf der Basis einheitlicher Methodik Informationen und Analysen für das zentrale und dezentrale Personalcontrolling inkl. eines umfassenden Berichtswesens hinsichtlich der Personalstruktur und der Personalkosten bereit. Das ZPD ist federführend verantwortlich für die Erstellung des zentralen Personalstrukturberichts und zentral zuständig für die Personalverwaltung für Versorgungsberechtigte (incl. Bezügeabrechnung), die Versorgungsberatung, die Beihilfe sowie die Familienkasse der FHH. Das ZPD stellt luK-Verfahren für die dezentrale und zentrale Personalverwaltung, die zentrale Bezügeabrechnung und die laufende Durchführung aller Abrechnungsprozesse für die Beschäftigten der FHH in enger Zusammenarbeit mit luK-Dienstleistern sowie externen Softwareherstellern bereit und entwickelt diese laufend weiter. Zusätzlich bietet das ZPD den Dienststellen im Rahmen eines umfassenden „shared services“-Angebots weitere Unterstützungsleistungen im Rahmen der Personalverwaltung und der Lohnbuchhaltung an sowie dezentrale Personalberichtsdatenbanken, Schulungsveranstaltungen für Personalsachbearbeiter und -controller, Organisations- und Technikberatung oder spezielle personalwirtschaftliche Verfahren (z.B. Zeitwirtschaft). Diese zentralen Leistungen werden auch anderen Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes – z.B. selbstständigen Organisationseinheiten der FHH und Kommunen – angeboten.

2. Übersicht Gesamteinnahmen und -ausgaben

Das Personalamt erzielt Einnahmen insbesondere, weil verselbstständigte ehemalige Verwaltungsbereiche (Einrichtungen der Stadt wie Landesbetriebe, netto-veranschlagte Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 Landeshaushaltsordnung [LHO]) und Dritte (Anstalten öffentlichen Rechts, Vereine etc.) gegen Kostenerstattung die Dienstleistungen des Arbeitsmedizinischen Dienstes in Anspruch nehmen.

Aufgrund der Aufgabenstellung des Personalamts prägen weit überwiegend Personalausgaben die Ausgabenstruktur / den Mittelbedarf. Die Sach- und Fachausgaben beschränken sich im Wesentlichen auf die Deckung der für den Geschäftsgang erforderlichen sächlichen Ressourcen sowie auf die für die Bewirtschaftung und Unterhaltung der Diensträume und für die luK-Ausstattung erforderlichen Mittel.

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2006	2007	2008	+/- in %	
	in Tsd. EUR			2007:2006	2008:2007
Einnahmen	1.143	1.310	1.309	13,8	0,0
davon:					
Verwaltungseinnahmen etc.	1.143	1.310	1.309	13,8	0,0
Zuweisungen, Zuschüsse					
Investitionszuschüsse					
Ausgaben	52.764	52.216	52.503	-1,0	0,5
davon:					
Personalausgaben	28.430	26.533	26.924	-6,7	1,5
davon					
- Beschäftigte des Personalamtes	15.217	14.146	14.441	-7,0	2,1
- Nachwuchs mittlerer u. gehobener Dienst	4.585	4.229	4.316	-7,8	2,0
- Nachwuchs höherer Dienst	1.800	1.836	1.845	2,0	0,5
- Budget Schwerbehindertenprogramm	4.949	4.541	4.541	-8,2	0,0
- Budget prüfungsgebundener Aufstieg	452	354	354	-21,7	0,0
- Budget PIA/Mobilitätsförderung	1.375	1.375	1.375 ¹	0,0	0,0
- Aufwandsentschädigungen u.ä.	52	52	52	0,0	0,0
Sach- und Fachausgaben	24.236	25.585	25.481	5,6	0,4
davon					
- zentrale Erstattungen an das Zentrum für Personaldienste	19.697	18.148	18.140	-7,9	0,0
- Zuschüsse an das Zentrum für Aus- und Fortbildung	0	4.333	4.231	100	- 2,4
Sonstige Betriebsausgaben					
Investitionen	98	98	98	0	0

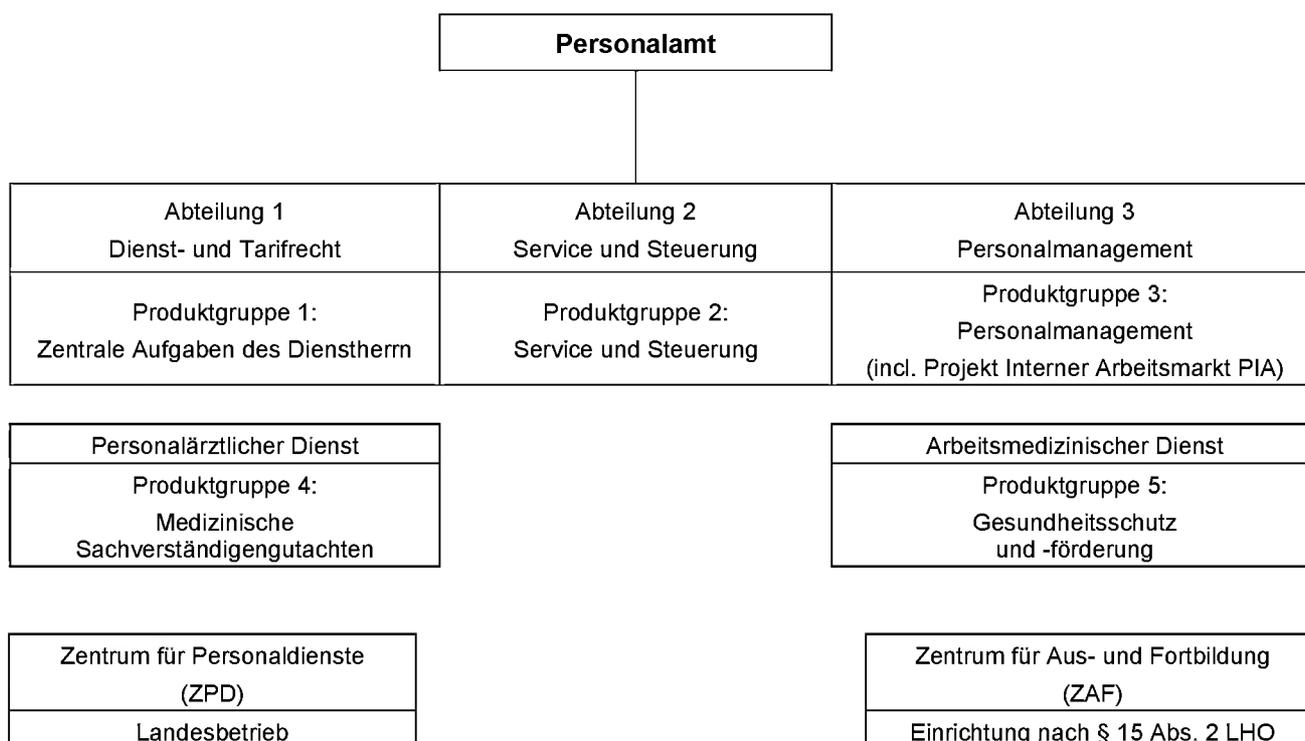
¹Die veranschlagten Mittel stehen unter dem Vorbehalt der Verlängerung des Projektes PIA über den 31.12.2007 hinaus.

Investitionsrestevolumen der Vorjahre:

2004				2005			
Gesamtsoll ²	Ist	auf 2005 übertragene Reste		Gesamtsoll ²	Ist	auf 2006 übertragene Reste	
In Tsd. EUR	In Tsd. EUR	In Tsd. EUR	In %	In Tsd. EUR	In Tsd. EUR	In Tsd. EUR	In %
1.153	829	308	26,7	1.882	1.485	397	21,1

3. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Das Personalamt ist als ein Produktbereich organisiert (vgl. das nachfolgende Schaubild) Durch die Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung (ZAF) und die Auflösung des Fachbereiches Allgemeine Verwaltung der FHÖV mit gleichzeitiger Überführung des Studiengangs Allgemeine Verwaltung an die HAW haben sich umfangreiche Änderungen in der Produktgruppe 3 ergeben.



Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD), Kontenrahmen für Versorgung (KRV) und Stellenplan

KRD

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD des Kapitels 1140 (Titel 4xx.91) basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2006, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- altersbedingte Mehr- oder Minderbedarfe gegenüber den bei der Budgetaufstellung 2006 berücksichtigten Werten (Grundlage: Bezügeabrechnungsdaten Monat 12/2005, Altersmodell);
- Beitragsänderungen zur Sozialversicherung, soweit sie bis Ende 2005 feststehen;
- volle Berücksichtigung der Jahreswerte von
 - unterjährigen Mitteltransfers (im Haushaltsjahr 2005), sofern dauerhaft fortwirkend,
 - im Planansatz 2006 nur mit Teiljahresbeträgen berücksichtigten Veränderungen;
- Auswirkungen etwaiger weiterer Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft zum Haushalt 2006;
- im Finanzplan 2005-2009 in den MAP-Raten 2007 und 2008 enthaltene Anpassungen;
- IuK-bedingte Einsparungen;
- Aufgabenverlagerungen durch veränderte Zuständigkeiten.

² Ansatz inkl. Sollübertragungen, zufließende Einnahmen, übertragene Reste und Vorgriffe aus Vorjahren

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
 - an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.91)
 - an den Versorgungsbezügen der Angestellten (Titel 435.91),
 - an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter (Titel 436.91) sowie
 - an den Beihilfen für Aktive (Titel 441.91).

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausgabenbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenzuschnitts.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen im Besoldungs-, Versorgungs- und Tarifbereich bis 2008 werden zentral veranschlagt und ggf. den Budgets im Rahmen der Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Zentral vorgehalten werden auch Mittel für notwendige Korrekturen durch mögliche Veränderungen im Beitragsrecht der Sozialversicherung in den Jahren bis 2008

Der KRД des Personalamts setzt sich aus den Personalausgaben der Beschäftigten des Personalamts zusammen. Die Personalausgaben der Nachwuchskräfte für den mittleren, gehobenen und höheren allgemeinen Verwaltungsdienst werden in eigenen Titelgruppen ausgewiesen; auch die Sonderbudgets für das Programm zur zusätzlichen Beschäftigung von Schwerbehinderten in den Hamburger Behörden, für Teilnehmerinnen und Teilnehmer am prüfungsgebundenen Aufstieg an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Studiengang Public Management und das Sonderbudget PIA/Mobilitätsförderung sind nicht im KRД enthalten.

KRV

Nach dem Verursacherprinzip werden seit 2004 alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans bei den sachlich zuständigen Titeln (also getrennt nach Statusgruppen) veranschlagt. Die Versorgungsausgaben insgesamt setzen sich zusammen aus

- der Summe der in den KRД, den NSM-Bereichen und den Wirtschaftsplänen (Titel 1140.632.91) als Zuschlag auf die Aktivbezüge veranschlagten Kostenanteile für Versorgung
- und der Differenz, die nach Abzug der o.g. Zuschläge von den zu erwartenden Versorgungsausgaben nach der Versorgungsprognose verbleibt.

Diese Differenz wird zuzüglich der Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger im Kontenrahmen für Versorgung (KRV) veranschlagt. Die Kostenanteile für Versorgung (Zuschläge auf die Aktivbezüge) bleiben hingegen Bestandteil der Budgets (KRД; NSM). Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal 11 v. H. der Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene (Gruppe 432) unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Ein negativer Haushaltsansatz im KRV entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Werte der Versorgungsprognose übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Die Ausgaben in den KRV sind entsprechend der Regelung für die KRД mit Einwilligung der Finanzbehörde einzelplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig (Art. 3 Nr. 1 des Haushaltsbeschlusses).

Durch die dezentrale Veranschlagung werden die Versorgungsausgaben ressortspezifisch abgebildet. Erkennbar werden in den Einzelplänen jetzt auch die modellhaften Wechselwirkungen aus der Altersstruktur. Steigt der Prognosewert für tatsächlich zu leistende Versorgung durch neu in die Versorgung Hineinwachsende an, sinkt zugleich nach dem angewendeten Altersmodell der für die aktiv Beschäftigten zu berücksichtigende Bedarf, sofern die frei gewordenen Stellen mit lebensjüngeren und damit kostengünstigeren Personen nachbesetzt werden.

Für die Behörden ist mit diesem weiteren Schritt zur kosten- und produktorientierten Darstellung keine unmittelbare Budgetverantwortung verbunden, weil sie die entstandenen Versorgungsaufwendungen nicht mehr unmittelbar beeinflussen können.

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan ist in der Anlage 1 zum Einzelplan (blaue Seiten) dargestellt.

Die Stellenpläne der netto-veranschlagten Einrichtungen nach § 15 Absatz 2 LHO sowie der Landesbetriebe nach § 26 Absatz 1 LHO sind in den Wirtschaftsplänen (rosa Seiten) abgedruckt.

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2006) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2007/2008.

Die vom Senat beantragten Stellenneuschaffungen, -hebungen und -umwandlungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten. Die betreffenden Veränderungen sind in der nachstehenden Tabelle summarisch sowie im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Dies gilt gleichermaßen für ggf. vorgesehene Stellenstreichungen (z.B. im Zusammenhang mit der Umsetzung aufgabenkritischer Ansätze), über die der Senat die Bürgerschaft mit gesonderter Vorlage unterrichten wird. Die damit konkret verbundenen Stellenabgänge werden – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen – im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Zur Einsparung vorgesehene Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen – z.B. Stellen noch besetzt – im dezentralen Datenbestand bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2007/2008 nicht vollzogen werden kann, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Stellenplan-Entwurf 2007/2008 (einschl. netto-veranschlagten Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO und Landesbetrieben nach § 26 Abs. 1 LHO):

Stellenplan

Kapitel	Stellenzahl ³	Neue Stellen ⁴		Stellenhebungen ⁴		Umwandlungen ⁴	
		2007	2008	2007	2008	2007	2008
1140 Personalamt	778,26	4		2		1	
1145 Wirtschaftsplan Zentrum für Personaldienste	311,17	16		3		0	
1146 Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung	48,1					6	

5. Sachausgaben (KRS/Titelgruppen)

Der Kontenrahmen Sachausgaben (KRS) des Personalamts wurde durch die Einführung von Titelgruppen (Sachmittelbudgets der Produktgruppen) abgelöst. Dadurch ist ein weiterer Schritt zur Modernisierung und zur Verselbstständigung der Produktgruppen realisiert worden. Um Zuordnungsfehler und Ungenauigkeiten bei der Ansatzermittlung unterjährig berichtigen zu können und um, da es sich um jeweils relativ kleine Bereiche handelt, unterjährig Steuerungsmöglichkeiten zu erhalten, ist die Deckungsfähigkeit zwischen den Titelgruppen im Haushaltsbeschluss eingerichtet worden.

6. Einzelplandeckungskreise

Im Einzelplan 1.1 ist für das Personalamt der Deckungskreis 02 – Hochbauinvestitionen – relevant. Eine Übersicht der dazugehörigen Titel befindet sich in der Anlage 4 zum Zahlenwerk.

7. Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)

Zum Personalamt gehören die folgenden Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO und netto-veranschlagte Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO:

Einrichtung	Gesamtaufwand		Zuführung (-) aus dem Haushalt Ablieferung (+) an den Haushalt	
	2007	2008	2007	2008
Zentrum für Personaldienste (ZPD)	22.740	22.854	- 662	- 283
Zentrum für Aus- und Fortbildung (ZAF)	6.113	6.011	- 4.333	- 4.231

Wirtschaftspläne, Lageberichte/Produktinformationen und Erläuterungen befinden sich in Anlage 2 (rosa Seiten).

³ Stellenbestand gemäß Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Stellenplanverfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2007/2008

⁴ wie vom Senat beantragt

8. Bericht über Maßnahmen und Projekte gem. bürgerschaftlichen Ersuchen

entfällt

9. Zuwendungen

entfällt

10. Aufgabenkritik und Effizienzsteigerung**Maßnahmen im Haushaltsplan-Entwurf 2007**

keine

Maßnahmen im Haushaltsplan-Entwurf 2008

keine

11. Produktinformationen (generelle Hinweise)

Das Personalamt ist als ein Produktbereich organisiert, vgl. das nachfolgende Schaubild. Durch die Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung (ZAF) und die Auflösung des Fachbereiches Allgemeine Verwaltung der FHÖV mit gleichzeitiger Überführung des Studiengangs Allgemeine Verwaltung an die HAW haben sich umfangreiche Änderungen in der Produktgruppe 3 ergeben.

Die Kennzahlen wurden auf ihre Steuerungsrelevanz hin geprüft und soweit möglich angepasst. Die beibehaltenen, eher statistischen Kennzahlen beziehen sich auf die ministeriellen Bereiche und vermitteln dort zusätzlich Informationen zu den erstellten Produkten und Leistungen. Die Kennzahlen zum Landesbetrieb Zentrum für Personaldienste und zum Zentrum für Aus- und Fortbildung finden sich nicht in den Angaben zum Produktbereich Personalamt, sondern sind in den entsprechenden Wirtschaftsplänen gesondert ausgewiesen.

Die Gesamtzahlen des Produktbereichs im Überblick:

Haushaltsplan 2007	Gesamt- einnahmen	Personalausgaben (inkl. KRV bei PG 2)	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
	Tsd. Euro				
Gesamtbetrag Kapitel 1140	1.310	26.533	25.585	98	52.216
Davon entfallen auf:					
Produktgruppe 1		7.027	756		7.783
Produktgruppe 2	228	5.949	22.985	98	29.032
Produktgruppe 3	16	9.609	688		10.297
Produktgruppe 4	18	1.286	456		1.742
Produktgruppe 5	1.047	2.662	700		3.362
<i>nachrichtlich:</i>					
<i>Wirtschaftsplan ZPD (als zentrale Erstattung in PG 2 enthalten)</i>			18.148	39	18.187
<i>Wirtschaftsplan ZAF (als Zuschuss in PG 2 enthalten)</i>			4.333		4.333

Haushaltsplan 2008	Gesamteinnahmen	Personalausgaben (incl. KRV bei PG 2)	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamtausgaben
	Tsd. Euro				
Gesamtbetrag Kapitel 1140	1.309	26.924	25.481	98	52.503
Davon entfallen auf:					
Produktgruppe 1		7.045	764		7.809
Produktgruppe 2	227	6.183	22.879	98	29.160
Produktgruppe 3	16	9.719	685		10.404
Produktgruppe 4	18	1.295	454		1.749
Produktgruppe 5	1.047	2.682	699		3.381
<i>Nachrichtlich:</i>					
<i>Wirtschaftsplan ZPD (als zentrale Erstattung in PG 2 enthalten)</i>			18.140	39	18.180
<i>Wirtschaftsplan ZAF (als Zuschuss in PG 2 enthalten)</i>			4.231		4.231

Produktinformationen

Erläuterung des Strukturdatenblatts zu den Produktinformationen:

Das **Strukturdatenblatt** auf der nächsten Seite zeigt auf einen Blick die jeweilige finanzielle Relevanz der jeweiligen Produktgruppen und Produktbereiche sowohl in tabellarischer Darstellung als auch als grafische Übersicht. Insbesondere grafisch wird deutlich, welche Produktgruppen vom Finanzvolumen her den Schwerpunkt des Einzelplans bilden.

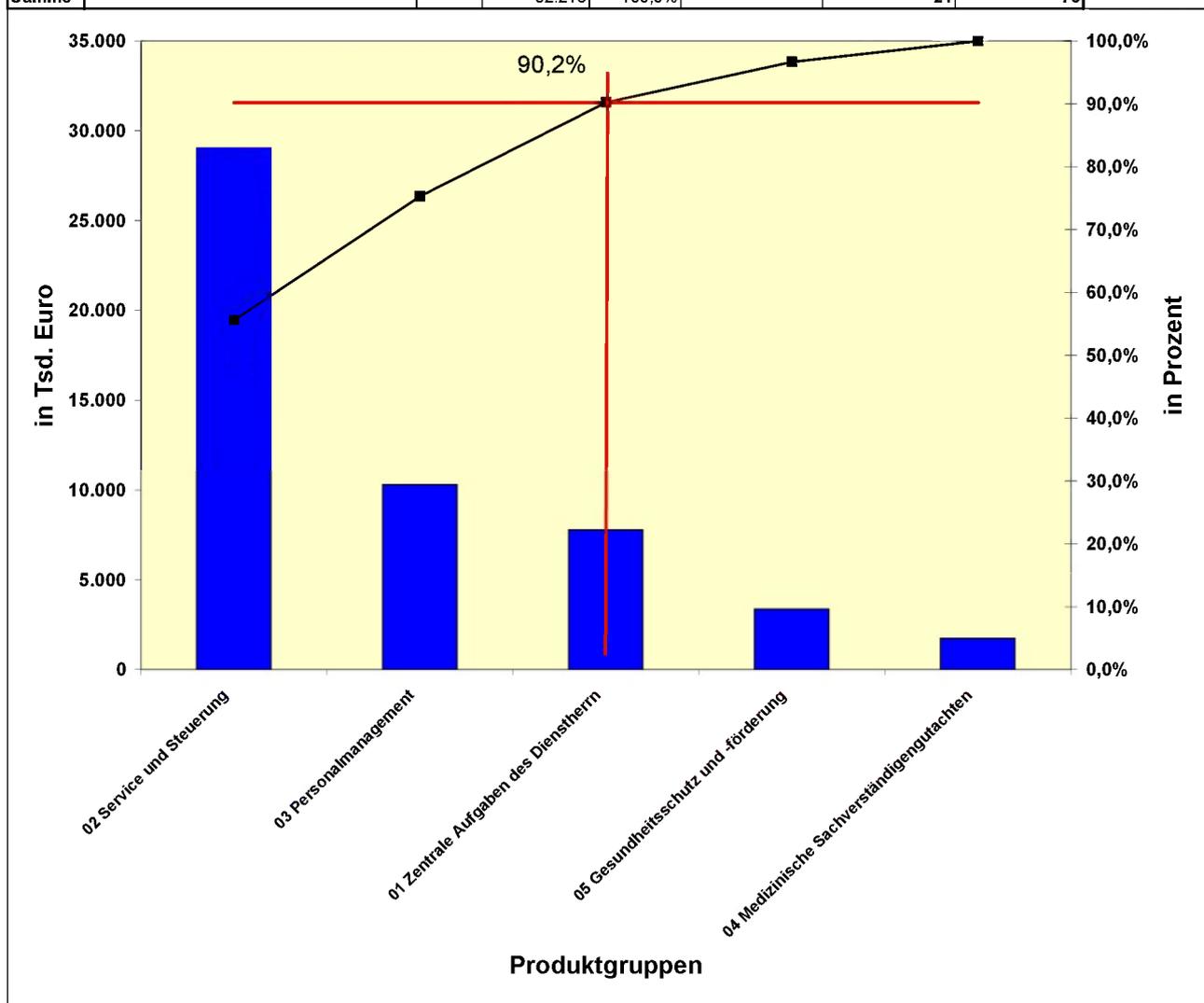
Die Linie in der Grafik schneidet dabei die Produktgruppe, mit der 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans überschritten werden. Häufig sind es nur zwei oder drei Produktgruppen, auf die mehr als 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans entfallen. Die Grenze wurde bei 80 Prozent gezogen, da es in der Betriebswirtschaftslehre die so genannte 80 : 20 Regel gibt (Beispiel: 80 Prozent des Umsatzes werden mit 20 Prozent der Kunden erwirtschaftet). Idealtypischerweise sollten Ziele, Kennzahlen und Erläuterungen zu Produktgruppen, auf die ein hohes Finanzvolumen entfällt, ausführlicher dargestellt werden als bei Produktgruppen, deren Finanzvolumen im Verhältnis zum gesamten Finanzvolumen des Einzelplans gering ist. Soweit hiervon abgewichen wird, sollte es inhaltliche Gründe geben.

Strukturdatenblatt

Haushaltsjahr 2007: Einzelplan 1.1, Kapitel 1140 - Personalamt

Tabelle 1				
1	Summierungsabgleich in Tsd. EUR	PB	gelbe Seiten Gesamtausgaben	
			PG	PB
1	2	3	4	5
	01 Zentrale Aufgaben des Dienstherrn	01	7.783	
	02 Service und Steuerung	01	29.032	
	03 Personalmanagement	01	10.297	
	04 Medizinische Sachverständigengutachten	01	1.742	
	05 Gesundheitsschutz und -förderung	01	3.362	
	gesamt		52.216	52.216
	Summe		52.216	52.216

Tabelle 2							
Rang	PG	PB	Ressourcen		Ressourcen kumuliert	Anzahl Produkte	Anzahl Kennzahlen
			in Tsd. EUR	in %			
1	2	3	4	5	6	7	8
1	02 Service und Steuerung	1	29.032	55,6%	55,6%	4	12
2	03 Personalmanagement	1	10.297	19,7%	75,3%	5	25
3	01 Zentrale Aufgaben des Dienstherrn	1	7.783	14,9%	90,2%	7	15
4	05 Gesundheitsschutz und -förderung	1	3.362	6,4%	96,7%	2	10
5	04 Medizinische Sachverständigengutachten	1	1.742	3,3%	100,0%	3	11
Summe			52.216	100,0%		21	73



Produktinformationen

Produktbereich 01: Personalamt

Kapitel 1140

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.406	1.142	1.143	1.310	1.309
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.391	1.142	1.142	1.310	1.309
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	15	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	47.485	28.311	27.625	52.118	52.405
• Personalausgaben in Tsd. EUR ¹	20.460	23.693	23.024	26.533	26.924
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ²	27.025	4.618	4.601	25.585	25.481
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.484	98	98	98	98
Stellen ³	819,47	963,26	963,26	778,26	778,26

Ziele des Produktbereichs

- Z 1: Unterstützung des Senats als oberste Dienstbehörde in der Wahrnehmung seiner personalpolitischen, personalrechtlichen und personalwirtschaftlichen Gesamtverantwortung gegenüber allen Beschäftigten der Freien und Hansestadt Hamburg.
- Z 2: Umsetzung und Durchsetzung von Konzepten und Strategien von personalpolitischer Bedeutung.
- Z 3: Gestaltung effizienter und zukunftsorientierter Rahmenbedingungen des Personalwesens.
- Z 4: Erstellung ärztlicher Untersuchungen und Begutachtungen sowie Unterstützung beim betrieblichen Gesundheitsschutz und bei der Unfallverhütung.

Produktgruppen - Überblick

- PG 1 Zentrale Aufgaben des Dienstherrn
- PG 2 Service und Steuerung
- PG 3 Personalmanagement
- PG 4 Medizinische Sachverständigengutachten
- PG 5 Gesundheitsschutz und -förderung

¹ Planwerte incl. KRV. Die Planwerte 2007/2008 beinhalten neben den Personalausgaben für Nachwuchskräfte (s. Produktgruppe 03) erstmalig die Sonderbudgets für die Unterbringung von Schwerbehinderten (Titel 461.02 - Produktgruppe 1), für das Sonderprogramm Laufbahnaufsteiger (Titel 461.03 - Produktgruppe 3) und das Sonderbudget PIA/Mobilitätsförderung (Titel 461.04 - Produktgruppe 3).

² Ansatz für den gesamten Produktbereich Personalamt; das Ergebnis 2005 sowie die Planwerte 2007 und 2008 beinhalten auch die Betriebszuschüsse an die Wirtschaftspläne (s. Produktgruppe 02).

³ Die Stellen beinhalten auch die Stellen für Nachwuchskräfte sowie das Projekt Interner Arbeitsmarkt (s. Produktgruppe 03). Die ausgewiesenen Stellen entsprechen dem Buchungsstand zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2006) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2007/2008.

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Entwicklung und Anpassung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften. Wahrung der Einheitlichkeit des Arbeitgebers und Dienstherrn FHH durch Gewährleistung der Umsetzung und einheitlichen Anwendung von Dienst-, Arbeits- und Tarifrecht einschließlich der Fürsorgebestimmungen und damit Sicherstellung der Gleichbehandlung der Beschäftigten. Maßgebliche Prägung der Zielverwirklichung durch ständigen Anschauungs-, Werte- und Normenwandel und zukünftig durch die Ergebnisse der Föderalismusreform (Übergang der Zuständigkeiten für das Besoldungs-, Versorgungs- und Laufbahnrecht auf die Länder).
<i>Produkte</i>
P 1 Rechtsgrundlagen für Bedienstete und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger P 2 Leitungsunterstützung (Stellungnahmen, Vorbereitung von Senatsentscheidungen) P 3 Fürsorgeleistungen (Schwerbehinderten- und Wohnraumfürsorge) P 4 Einzelfallentscheidungen (z.B. in Fällen grds. Bedeutung und bei gesetzlicher Kompetenzregelung, u.a. in Disziplinarangelegenheiten) P 5 Grundsatzkommentierungen P 6 Entscheidungshilfen (z.B. Stellungnahmen zu Anfragen anderer Behörden sowie zu Eingaben) P 7 Geschäftsstellenführung (Einigungsstellen)

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.992	3.584	3.578	7.783	7.809
• Personalausgaben in Tsd. EUR	2.281	2.832	2.826	7.027	7.045
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	711	752	752	756	764
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	8	-	-	-	-
<i>Aufschlüsselung der Personalausgaben</i>					
- davon für die Beschäftigten der Abteilung in Tsd. EUR ⁴	2.281	2.832	2.826	2.486	2.504
- davon für Sonderprogramm für Schwerbehinderte in Tsd. EUR ⁵	-	-	-	4.541	4.541

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen ⁶	38	40	40	38	38

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2003	Erg. 2004	Erg. 2005
P 1: Rechtsgrundlagen für Bedienstete und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger:			
Normsetzungsverfahren	57	36	49
- davon abgeschlossen	23	25	35
Zusammenarbeit überregionale Gremien (Anzahl der Sitzungen)	51	27	33
P 2: Leitungsunterstützung (Stellungnahmen, Vorbereitung von Senatsentscheidungen):			
Vorlagen für die Behördenleitung	142	106	157
P 3: Fürsorgeleistungen (Schwerbehinderten- und Wohnraumfürsorge):			
Auf Schwerbehinderten-Programmstellen beschäftigte Schwerbehinderte im Jahresdurchschnitt ⁷	166	166	162

⁴ Reduzierung der Planwerte 2007/2008 aufgrund zentraler Darstellung des KRV in der PG 2.

⁵ Erstmalige Darstellung in der Produktinformation zum Haushalt 2007/2008.

⁶ Incl. der Stellen für die Leitung des Personalamts und den Personalrat bei den Senatsämtern.

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2003	Erg. 2004	Erg. 2005
Besetzungsverfahren Schwerbehinderten- Programmstellen	5	10	11
P 4: Einzelfallentscheidungen (z.B. in Fällen grds. Bedeutung und bei gesetzlicher Kompetenzregelung, u.a. in Disziplinarangelegenheiten):			
Disziplinarangelegenheiten	212	204	214
- davon abgeschlossen	114	121	99
Einzelfall- und Vorbehaltsentscheidungen	529	354	384
P 5: Grundsatzkommentierungen:			
Verwaltungsvorschriften	37	29	21
- davon abgeschlossen	29	25	20
P 6: Entscheidungshilfen (z.B. Stellungnahmen zu Anfragen anderer Behörden sowie zu Eingaben):			
Eingaben	45	4	27
P 7: Geschäftsstellenführung (Einigungsstellen):			
Einigungsstellenverfahren	52	70	52
Zahl der darin behandelten Einzelfälle	178	251	85

⁷ Die Finanzierung der Personalausgaben zur verstärkten Unterbringung Schwerbehinderter im öffentlichen Dienst und zur Beschäftigung Schwerbehinderter aus Werkstätten für Behinderte erfolgt aus dem entsprechenden Sonderbudget des Personalamtes (siehe Fußnote 5)

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Gewährleistung eines effektiven und effizienten Ressourceneinsatzes sowie eine dementsprechende Ressourcensteuerung im Personalamt.
Z 2:	Einführung und Weiterentwicklung von Elementen der Verwaltungsmodernisierung im Personalamt.
Z 3:	Gewährleistung einer den rechtlichen, organisatorischen und technischen Anforderungen gerecht werdenden Unterstützung der Beschäftigten im Personalamt bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.
Z 4:	Gewährleistung einer effektiven, den rechtlichen und persönlichen Anforderungen gerecht werdenden Personalsachbearbeitung für die Senatoren, Staatsräte und Bezirksamtsleiter sowie die Beschäftigten des Personalamtes und der Senatskanzlei.
Z 5:	Gewährleistung kundenorientierter Dienstleistungen für die Senatskanzlei in den Bereichen Organisation und Personal.
<i>Produkte</i>	
P 1	Prozess- und Ressourcensteuerung (Planung, Aufstellung und Steuerung der Personal-, Sachmittel- und IuK-Budgets; Controlling; Prozessoptimierung und Organisation; Personalplanung und -entwicklung)
P 2	Betrieb und Betreuung der Infrastruktur (IuK-Infrastruktur und -Anwendungen; Telekommunikation; Geräte- und Materialverwaltung; Gebäudemanagement)
P 3	Interne Dienstleistungen (Personalbetreuung; IuK-Benutzerbetreuung und -beratung; Erstellung von IuK-Anwendungen; Allgemeine Verwaltung und Innere Dienste; Bücherei und elektronische Informationsdienste; Postverteilung; Registratur; ServiceCenter)
P 4	Dienstleistungen für die Senatskanzlei in den Bereichen Organisation, Personalsachbearbeitung, Personalentwicklung und Personalbudget

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ⁸	37	9	9	228	227
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	22	9	9	228	227
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	15	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	28.262	2.482	2.478	28.934	29.062
• Personalausgaben in Tsd. EUR	4.771	2.091	2.087	5.949	6.183
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ⁹	23.491	391	391	22.985	22.879
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ¹⁰	1.388	5	83	98	98
<i>Aufschlüsselung Personalausgaben</i>					
- davon für die Beschäftigten der Abteilung Service und Steuerung in Tsd. EUR ¹¹	1.685	2.091	2.087	1.934	1.948
- davon KRV in Tsd. EUR ¹²	3.086	-	-	4.015	4.235
<i>Aufschlüsselung der Sach- und Fachausgaben</i>					
- davon Ausgaben für die Abteilung Service und	432	391	391	504	508

⁸ Die Einnahmen Plan 2007 und Plan 2008 beinhalten erstmals auch die Erstattungen des Zentrums für Aus- und Fortbildung für Intendantleistungen des Personalamts (interne Erstattungen nach § 61 LHO; Plan 2007: 219 Tsd. EUR; Plan 2008: 218 Tsd. EUR).

⁹ Im Ergebnis 2005 sowie im Plan der Jahre 2007 und 2008 sind erstmalig auch die Erstattungen an für das Zentrum für Personaldienste und die Zuschüsse an das Zentrum für Aus- und Fortbildung enthalten.

¹⁰ In den Investitionen Plan 2007 und 2008 sind 39 Tsd. EUR als Zuschuss an das Zentrum für Personaldienste enthalten. Das Ist-Ergebnis 2005 beinhaltet Investitionszuschüsse an das Zentrum für Personaldienste (1.000 Tsd. EUR) und an das Zentrum für Aus- und Fortbildung (350 Tsd. EUR).

¹¹ Reduzierung der Planwerte 2007/2008 aufgrund zentraler Darstellung des KRV

¹² Der KRV für das Kapitel 1140 wird zentral bei der PG 2 ausgewiesen.

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Steuerung in Tsd. EUR					
- davon Erstattung an das Zentrum für Personaldienste in Tsd. EUR ¹³	20.461	-	-	18.148	18.140
- davon Zuschuss an das Zentrum für Aus- und Fortbildung in Tsd. EUR ¹⁴	2.643	-	-	4.333	4.231

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	43,23	39,08	39,08	43,23	43,23

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 1: Prozess- und Ressourcensteuerung (Planung, Aufstellung und Steuerung der Personal-, Sachmittel- und IuK-Budgets; Controlling; Prozessoptimierung und Organisation; Personalplanung und -entwicklung):					
Betriebsausgaben für das Produkt Prozess- und Ressourcensteuerung (geschätzt) in Tsd. EUR	517	583	583	580	580
P 2: Betrieb und Betreuung der Infrastruktur (IuK-Infrastruktur und -Anwendungen; Telekommunikation; Geräte- und Materialverwaltung; Gebäudemanagement):					
Betriebsausgaben für das Produkt Infrastruktur (geschätzt) in Tsd. EUR	419	328	328	307	307
P 3: Interne Dienstleistungen (Personalbetreuung; IuK-Benutzerbetreuung und -beratung; Erstellung von IuK-Anwendungen; Allgemeine Verwaltung und Innere Dienste; Bücherei und elektronische Informationsdienste; Postverteilung; Registratur; ServiceCenter):					
Betriebsausgaben für das Produkt Interne Dienstleistungen (geschätzt) in Tsd. EUR	861	905	905	884	884
P 4: Dienstleistungen für die Senatskanzlei in den Bereichen Organisation, Personalsachbearbeitung, Personalentwicklung und Personalbudget:					
Betriebsausgaben für das Produkt Dienstleistungen für die Senatsämter (geschätzt) in Tsd. EUR	332	347	347	313	313
Standardkennzahlen					
Anzahl der (aktiv und passiv) Beschäftigten	261	279	279	261	261
nachrichtlich: Anzahl der aktiv Beschäftigten	245	246	246	245	245
Anteil der Personalkosten der Intendanz an den gesamten Personalkosten in %	11,80	11,60	11,60	12,40	12,40
Durchschnittliche Personalbetreuungskosten pro Beschäftigten in EUR	734	757	757	718	718
davon durchschnittliche Personalverwaltungskosten pro Beschäftigten in EUR	425	393	393	408	408
davon durchschnittliche Personalentwicklungskosten pro Beschäftigten in EUR	309	364	364	310	310
Anteil der Bildschirmarbeitsplätze an den bildschirmgeeigneten Büroarbeitsplätzen in %	100	100	100	100	100

¹³ Erstmalige Darstellung in der Produktinformation zum Haushaltsplan-Entwurf 2007/2008

¹⁴ Erstmalige Darstellung in der Produktinformation zum Haushaltsplan-Entwurf 2007/2008

Produktgruppe 03: Personalmanagement

Kapitel 1140

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Entwicklung und Sicherstellung zeitgemäßer Personalmanagementkonzepte Z 2: Förderung der Wissens-, Handlungs- und Führungskompetenz der Beschäftigten Z 3: Sicherstellung des Personalbedarfs des höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes Z 4: Förderung der individuellen und strukturellen Mobilität, Steuerung des internen Arbeitsmarktes Z 5: Sicherstellung von Assistenzleistungen in Personalangelegenheiten für den Senat Anmerkung: Durch die Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung (ZAF), netto-veranschlagte Einrichtung des Personalamtes nach § 15 LHO, und die Auflösung des Fachbereichs Allgemeine Verwaltung an der FHÖV samt Überführung des Studienganges Allgemeine Verwaltung an die HAW haben sich umfangreichere Änderungen innerhalb der Produktgruppe ergeben.
<i>Produkte</i>
P 1 Konzeptionelles Personalmanagement P 2 Behördenübergreifende Personalentwicklung und -steuerung P 3 Unterstützung der Behörden bei Auswahlverfahren P 4 Gewinnung, Ausbildung und Einführung der Nachwuchskräfte für den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst P 5 Assistenzleistungen für den Senat

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	353	16	16	16	16
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	353	16	16	16	16
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	11.343	15.635	15.023	10.297	10.404
• Personalausgaben in Tsd. EUR	9.512	13.235	12.623	9.609	9.719
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.831	2.400	2.400	688	685
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	73	18	15	-	-
<i>Aufschlüsselung der Personalausgaben</i>					
- davon für die Beschäftigten der Abteilung Personalmanagement in Tsd. EUR ¹⁵	3.287	6.250	6.238	1.815	1.829
- davon für die Ausbildung mittlerer und gehobener Dienst in Tsd. EUR	4.538	5.185	4.585	4.229	4.316
- davon für die Ausbildung höherer Dienst in Tsd. EUR	1.687	1.800	1.800	1.836	1.845
- davon für das Projekt Interner Arbeitsmarkt (PIA) in Tsd. EUR ¹⁶	-	-	-	1.375	1.375
- davon für das Sonderprogramm Laufbahnaufsteiger in Tsd. EUR ¹⁷	-	-	-	354	354

¹⁵ Verringerung bei den Planwerten 2007/2008 und dem Ergebnis 2005 u.a. durch die Gründung des "Zentrum für Aus und Fortbildung (ZAF)" sowie die Auflösung des Fachbereichs Allgemeine Verwaltung an der FHÖV samt Überführung des Studienganges Allgemeine Verwaltung an die HAW.

¹⁶ Erstmalige Darstellung in der Produktinformation zum Haushalt 2007/2008. Planung 2008 unter Vorbehalt der Verlängerung des Projektes Interner Arbeitsmarkt über den 31.12.2007 hinaus.

¹⁷ Erstmalige Darstellung in der Produktinformation zum Haushalt 2007/2008

Quantitätskennzahlen	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	664,24	803,68	803,68	623,03	623,03
- davon Stellen der Abteilung Personalmanagement ¹⁸	26,74	88,18	88,18	26,53	26,53
- davon Stellen im Projekt Interner Arbeitsmarkt (PIA) ¹⁹	11,50	11,50	11,50	13,50	13,50
- davon für Ausbildung mittlerer und gehobener Dienst (einschl. Aufstiegslehrgang)	573	651	651	530	530
- davon für Ausbildung höherer Dienst	53	53	53	53	53

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2003	Erg. 2004	Erg. 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 2: Behördenübergreifende Personalentwicklung und -steuerung:						
Anzahl erfolgreicher Vermittlungen ²⁰	103	218	158	-	-	-
Anzahl ausgeschriebener Stellen	970	1.149	1.691	1.700	1.750	-
Anzahl durchgeführter Entwicklungs-Assessment-Center (EAC)	-	1	0	2	3	2
P 3: Unterstützung der Behörden bei Auswahlverfahren:						
Bewerbungen pro Auswahlverfahren bei Stellenausschreibungen ab Stellenbewertungen Besoldungsgruppe A15	-	576	591	-	-	-
Teilnahme an Auswahlverfahren bei Stellenbesetzungen ab Stellenbewertung Besoldungsgruppe A15	-	72	99	-	-	-
Anzahl durchgeführter Auswahl-Assessment-Center (AC) ²¹	7	7	14	12	12	12
P 4: Gewinnung, Ausbildung und Einführung der Nachwuchskräfte für den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst:						
Bewerbungen pro Einstellung im Auswahlverfahren des höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes	24	25	24	25	25	25
Anzahl durchgeführter Vorstellungstermine im Rathaus (Rathaus-AC)	6	6	7	7	7	7
Anzahl der Einstellungen im höheren allgemeinen Verwaltungsdienst (incl. Wirtschaftsreferendariat)	19	19	13	21	21	21
- davon Anzahl der Einstellungen in das Wirtschaftsreferendariat	6	4	5	6	6	6
Anzahl der betreuten Nachwuchskräfte im höheren allgemeinen Verwaltungsdienst	36	45	37	40	40	40
P 5: Assistenzleistungen für den Senat:						
Anzahl erledigter Rechtsverfahren	468	491	549	-	-	-
- davon Widerspruchsverfahren	348	350	432	-	-	-
- davon öffentlich- und sozialrechtliche Gerichtsverfahren	85	110	121	-	-	-
- davon zivil- und arbeitsrechtliche Gerichtsverfahren	28	31	15	-	-	-
Durchschnittliche Verfahrensdauer im Widerspruchsverfahren in Monaten	6	6	6	-	-	-
Anzahl Widersprüche pro Bearbeiterin bzw. Bearbeiter	78	80	75	-	-	-
Anzahl Gerichtsverfahren pro Bearbeiterin bzw. Bearbeiter	27	30	30	-	-	-
Anteil bestandskräftiger Bescheide im Widerspruchsverfahren in %	33	31	18	-	-	-

¹⁸ Verringerung bei den Planwerten 2007/2008 und dem Ergebnis 2005 durch die Gründung des "Zentrum für Aus und Fortbildung (ZAF)" sowie die Auflösung des Fachbereichs Allgemeine Verwaltung an der FHÖV samt Überführung an die HAW.

¹⁹ Vorbehaltlich der Verlängerung des Projektes Interner Arbeitsmarkt über den 31.12.2007 hinaus. Zwei Stellen sind zur Besetzung gesperrt.

²⁰ Die Anzahl der zu erzielenden Vermittlungen hängt u.a. von der Umsetzung der Verwaltungsmodernisierung ab.

²¹ Das Personalamt führt im Auftrag der Behörden Auswahl-Assessment-Center überwiegend im Rahmen von Besetzungsentscheidungen bei Stellen ab Besoldungsgruppe A 16 durch.

Produktbereich: 01
Personalamt

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2003	Erg. 2004	Erg. 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Anteil gewonnener Gerichtsverfahren in %	63	74	69	-	-	-
Anteil verlorener Gerichtsverfahren in %	8	3	6	-	-	-
Anteil der durch Vergleich o. Erledigung beendeten Gerichtsverfahren in %	29	20	28	-	-	-
Anzahl Ernennungen	7.974	7.354	7.087	-	-	-
Anzahl Zuweisungen, Versetzungen, Abordnungen und Übernahmen (Beamte)	508	787	582	-	-	-

Produktgruppe 04: Medizinische Sachverständigengutachten

Kapitel 1140

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
<p>Z 1: Im Rahmen der Rechts- und Verwaltungsvorschriften werden auf Anforderung von Behörden und befugten Dienststellen ärztliche Untersuchungen durchgeführt und medizinische Gutachten angefertigt.</p> <p>Anmerkung: Die Anzahl der Begutachtungen ist nicht steuerbar, weil sie abhängig ist von den internen Gegebenheiten der anfordernden Behörden (Zahl der Neubesetzungen und der ggf. Ausscheidenden, Krankenstandshöhe, Eigenanträge der Bediensteten etc.). Bei allen Begutachtungen sind derzeit - speziell in den Vollzugslaufbahnen - stark ansteigende qualitative (z.B. Teildienstfähigkeit), nicht quantitative Anforderungen festzustellen. Dies korrespondiert zu dem generell gestiegenen dienstrechtlichen Handlungsbedarf der personalführenden Stellen.</p> <p>Gegenwärtig gewinnt die Begutachtung von Beamten und Arbeitnehmern auch deshalb an Gewicht, weil die medizinischen Gutachten des Personalärztlichen Dienstes zunehmend Grundlage für weit reichende, auch einschneidende verwaltungsrechtliche Entscheidungen sind.</p>
<i>Produkte</i>
<p>P 1 Medizinische Begutachtungen vor der Einstellung/Übernahme</p> <p>P 2 Medizinische Begutachtungen von Beschäftigten unter dienst-, beihilfe- oder versorgungsrechtlichen Fragestellungen</p> <p>P 3 Beratung der personalführenden Dienststellen</p>

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	18	17	17	18	18
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	18	17	17	18	18
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.605	2.265	2.261	1.742	1.749
• Personalausgaben in Tsd. EUR ²²	1.237	1.865	1.861	1.286	1.295
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	368	400	400	456	454
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	4	75	-	-	-

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	26	26	26	26	26

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2003	Erg. 2004	Erg. 2005
P 1: Medizinische Begutachtungen vor der Einstellung/Übernahme:			
Anzahl der Einstellungsuntersuchungen	2.400	1.999	1.999
Anzahl der Einstellungsuntersuchungen pro Internistin / Internist pro Jahr	533	444	333
P 2: Medizinische Begutachtungen von Beschäftigten unter dienst-, beihilfe- oder versorgungsrechtlichen Fragestellungen:			
Anzahl der Dienstfähigkeitsuntersuchungen	3.008	2.857	2.329
- davon internistische	832	746	608
- davon orthopädische	1.153	1.052	673
- davon neurologische	1.023	1.059	1.048
Anzahl der internistischen Dienstfähigkeitsuntersuchungen pro Internistin / Internist pro Jahr	185	166	103

²² Reduzierung der Planwerte 2007/2008 aufgrund zentraler Darstellung des KRV in der PG 2

Produktbereich: 01
Personalamt

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2003	Erg. 2004	Erg. 2005
Anzahl der orthopädischen Dienstfähigkeitsuntersuchungen pro Orthopädin / Orthopäde pro Jahr	577	526	336
Anzahl der neurologischen Dienstfähigkeitsuntersuchungen pro Neurologin / Neurologe pro Jahr	409	424	524

Produktgruppe 05: Gesundheitsschutz und -förderung

Kapitel 1140

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Beratung bei der Gestaltung gesunder Arbeitsbedingungen. Z 2: Unterstützung in allen Fragen der betrieblichen Gesundheitsförderung.
Erläuterung: Zum 01.09.2004 hat das Universitätsklinikum Eppendorf (UKE) den Betreuungsvertrag mit dem Arbeitsmedizinischen Dienst (AMD) beendet. Dies führte zu einem Abbau von 3 Arztstellen im AMD, einer Verminderung der Gesamteinsatzzeiten und einem Rückgang der durchgeführten Vorsorgeuntersuchungen. Die Kennzahlen sind vor diesem Hintergrund zu betrachten.
<i>Produkte</i>
P 1 Arbeitsmedizinische Beratung P 2 Arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	998	1.100	1.100	1.048	1.048
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	998	1.100	1.100	1.048	1.048
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.283	4.345	4.285	3.362	3.381
• Personalausgaben in Tsd. EUR ²³	2.659	3.670	3.627	2.662	2.682
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	624	675	658	700	699
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	11	-	-	-	-

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	48	54,50	54,50	48	48
davon ärztliches Personal	23	26,50	26,50	23	23
davon Assistenzstellen	25	28	28	25	25

<i>Fallzahlen</i>	Erg. 2003	Erg. 2004	Erg. 2005
Einsatzzeit alle Betriebe	41.404	38.628	35.822
Einsatzzeit zahlende Betriebe	14.233	16.199	13.225

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2003	Erg. 2004	Erg. 2005
P 1: Arbeitsmedizinische Beratung:			
Arbeitsplatzbegehungen in Stunden ²⁴	-	-	1.784
Arbeitsmedizinische Beratung vor Ort, Einsatzzeit in Stunden ²⁴	-	-	3.156
Gesundheitsförderung, Einsatzzeit in Stunden ²⁴	-	-	1.636
P 2: Arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen:			
Anzahl Vorsorgeuntersuchungen	30.088	32.051	23.524
davon vor Ort	14.213	16.657	7.337
davon Wiedereingliederungen ²⁵	-	-	66
Anzahl Impfungen gesamt	8.204	8.389	11.867
davon Gripeschutzimpfungen	3.516	4.661	6.941

²³ Reduzierung der Planwerte 2007/2008 aufgrund zentraler Darstellung des KRV in der PG 2

²⁴ Kennzahl wurde erstmals 2005 eingeführt; Vergleichszahlen von 2003 und 2004 liegen daher nicht vor.

²⁵ Wiedereingliederungen gemäß § 74 SGB V werden erst seit 2005 statistisch erfasst.

Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Das Personalamt erzielt insbesondere Einnahmen, weil verselbständigte ehemalige Verwaltungsbereiche (Einrichtungen der Stadt wie Landesbetriebe, netto-veranschlagte Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 Landeshaushaltsordnung [LHO]) und Dritte (Anstalten öffentlichen Rechts, Vereine etc.) gegen Kostenerstattung die Dienstleistungen des Arbeitsmedizinischen Dienstes in Anspruch nehmen (Titel 119.10 und 119.11).

- 119.10 Zum 01.09.2004 hat das Universitätsklinikum Eppendorf (UKE) den Betreuungsvertrag mit dem AMD beendet. Der Einnahmerückgang gegenüber dem Planwert 2006 in den Jahren 2007 und 2008 ist insbesondere auf diese Tatsache zurückzuführen.
- 119.11 Einrichtung eines neuen Titels für Erstattungen der Einrichtungen nach § 15 LHO für medizinische Dienstleistungen. In den Jahren 2005 und 2006 wurden die Einnahmen über einen außerplanmäßigen Titel (261.91) erfasst.

Ausgaben

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben des Personalamtes werden einerseits geprägt durch die Erstattungen und Zuschüsse an den Landesbetrieb Zentrum für Personaldienste und das Zentrum für Aus- und Fortbildung (Einrichtung des Personalamtes nach § 15 LHO) und andererseits durch zentral für alle Behörden und Ämter veranschlagte Mittel. Im Einzelnen sind dies:

- Erstattungen an das Zentrum für Personaldienste (Titel 632.91, 682.01, 682.56, 891.01, 891.56)
- Zuschüsse an das Zentrum für Aus- und Fortbildung (Titel 632.91, 685.02, 685.56)
- Mitgliedsbeitrag der FHH zur Arbeitsrechtlichen Vereinigung Hamburg (AVH) (Titel 685.91) und Beiträge zu gemeinschaftsfinanzierten Einrichtungen wie die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TDL) und die Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (Titel 685.01).

Die übrigen Sach- und Fachausgaben des Personalamtes beinhalten die für den Geschäftsbetrieb sowie die für die Bewirtschaftung und Unterhaltung der Diensträume und die IuK-Ausstattung erforderlichen Mittel.

Durch die Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung sowie die Auflösung des Fachbereiches Allgemeine Verwaltung der FHÖV mit gleichzeitiger Überführung des Studiengangs Allgemeine Verwaltung an die Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Studiengang Public Management, haben sich verschiedene Veränderungen (Absenkungen) bei bisherigen Titeln und Titelsätzen ergeben (s.a. Bürgerschaftsdrucksache 18/2302 vom 24.05.2005). Dies betrifft insb. die folgenden Titel: 511.61, 517.61, 518.61, 519.61, 525.02, 539.01, 671.56; die Titelgruppen Z67 (Betriebskonto der Verwaltungsschule) und Z68 (Betriebskonto der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung) sind weggefallen.

H A U S H A L T S P L A N
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
FÜR DIE HAUSHALTSJAHRE 2007 / 2008

Einzelplan 01.1

Senat und Senatsämter

Deckungskreise
Deckungskreis im Einzelplan 01.1

02 Hochbauinvestitionen

Deckungskreis im Kapitel 1100

01 Protokoll und Auswärtige Angelegenheiten

eplanübersicht - Einnahmen - (in Tsd. EUR)

KAPITEL	Steuern 0 ohne 09 Steuerähnliche Abgaben (A) 09			Gebühren (G) 111 übrige Verwaltungseinnahmen 1 ohne 111		
	2006	2007	2008	2006	2007	2008
Bezeichnung	1	2	3	4	5	6
0 Senat	-	-	-	- G	- G	- G
	- A	- A	- A	36	27	27
0 Personalamt	-	-	-	- G	- G	- G
	- A	- A	- A	1.143	1.310	1.309
Gesamteinnahmen 2006 / 2007 / 2008	-	-	-	- G	- G	- G
	- A	- A	- A	1.179	1.337	1.336
Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		-	-		- G	- G
		- A	- A		158+	157+

Laufende Übertragungen 2			Schuldenaufnahmen 31, 32 Zuschüsse für Investitionen (Z)			Besondere Finanzierungseinnahmen 35 - 38			
2006	2007	2008	2006	2007	2008	2006	2007	2008	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	13	14	15	
334	334	334	-	-	-	-	-	-	1100
			- Z	- Z	- Z				
-	-	-	-	-	-	-	-	-	1140
			- Z	- Z	- Z				
334	334	334	-	-	-	-	-	-	Ges. einn.
			- Z	- Z	- Z				
	-	-		-	-		-	-	+/-
				- Z	- Z				

KAPITEL		Gesamteinnahmen		
Kap. Nr.	Bezeichnung	2006	2007	2008
		16	17	18
1100	Senat	370	361	361
1140	Personalamt	1.143	1.310	1.309
	Gesamteinnahmen 2006 / 2007 / 2008	1.513	1.671	1.670
	Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		158+	157+

KAPITEL		Personalausgaben 4			Sächliche Verwaltungsausgaben 51 - 54		
		2006	2007	2008	2006	2007	2008
.	Bezeichnung	1	2	3	4	5	6
0	Senat	19.313	20.856	20.966	5.233	8.579	9.579
		-	-	-	582	1.601	601
0	Personalamt	28.430	26.533	26.924	3.526	2.289	2.285
		-	-	-	-	-	-
	Gesamtausgaben 2007 / 2006	47.743	47.389	47.890	8.759	10.868	11.864
	Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		354-	147 +		2.109 +	3.105 +
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	582	1.601	601
	Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		-	-		1.019+	19 +

Laufende Übertragungen 6 ohne 62, 66			Schuldendienst 56 - 59 und -hilfen (H) 62, 66			
2006	2007	2008	2006	2007	2008	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	
5.183	2.334	2.332	-	-	-	1100
624	520	520	-	-	-	
20.710	23.296	23.196	-	-	-	1140
-	-	-	-	-	-	
25.893	25.630	25.528	-	-	-	Ges. Aus.
			- H	- H	- H	
	263-	365-		-	-	+/-
				- H	- H	
624	520	520	-	-	-	Ges. VE
			- H	- H	- H	
	104-	104-		-	-	+/-
				- H	- H	

KAPITEL		Besondere Finanzierungs- ausgaben 9			Gesamtausgaben ohne Investitionen		
		2006	2007	2008	2006	2007	2008
.	Bezeichnung						
		13	14	15	16	17	18
0	Senat	8.438	3.600	3.600	38.167	35.369	36.477
		3.750	3.600	4.000	4.956	5.721	5.121
0	Personalamt	-	-	-	52.666	52.118	52.405
		-	-	-	-	-	-
	Gesamtausgaben 2007 / 2006	8.438	3.600	3.600	90.833	87.487	88.882
	Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		4.838-	4.838-		3.346-	1.951-
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	3.750	3.600	4.000	4.956	5.721	5.121
	Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		150-	250 +		765 +	165 +

Ausgaben für Investitionen 7 (B), 8			Gesamtausgaben			
2006	2007	2008	2006	2007	2008	Kap. Nr.
19	20	21	22	23	24	
2.164	7.615	7.615	40.331	42.984	44.092	1100
3.800	2.000	2.000	8.756	7.721	7.121	
98	98	98	52.764	52.216	52.503	1140
-	-	-	-	-	-	
206 B	5.189 B	5.189 B	93.095	95.200	96.595	Ges. Aus.
2.056	2.524	2.524				
	4.983 +B	4.983 +B		2.105 +	3.500 +	+/-
	468 +	468 +				
- B	- B	- B	8.756	7.721	7.121	Ges. VE
3.800	2.000	2.000				
	- B	- B		1.035-	1.635-	+/-
	1.800--	1.800--				

apitel	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
l	2	3	4	5	6
100	Senat				
011)	----- EINNAHMEN				
11.71	Eintrittsgelder (Rathaus-Service) (Weggefallener Ansatz)	4	0		
19.61	Sonstige Einnahmen der Vertretung Hamburgs beim Bund Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1100.539.61.	75	13	13	13
19.62 013)	Einnahmen der Staatlichen Pressestelle Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1100.531.62.	15	0	-	-
19.71 012)	Kostenbeteiligungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1100.527.71.	0	0	-	-
19.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	0	0	-	-
19.98	Vermischte Einnahmen	35	23	14	14
31.01	Ersatzleistungen des Bundes für die Durchführung von Veranstaltungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1100.543.02.	10	0	-	-
31.02 244)	Zuschuss des Bundes zu den Kosten der Instandhaltung der jüdischen Friedhöfe Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 01.1.1100.534.02.	83	84	84	84
31.03	Zuschuss des Bundes für die Durchführung der Feier zum 03. Oktober 2008 Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1100.542.01.	0	0	-	-
32.01 422)	Zweckgebundene Einnahmen für den Arbeitsstab der Gemeinsamen Landesplanung Hamburg/Niedersachsen/ Schleswig-Holstein Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1100.526.01.	114	0	-	-
72.01	Beteiligung der EU an europapolitischen Maßnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1100.632.01.	0	0	-	-

apitel	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
l	2	3	4	5	6
100					
81.61	Einnahmen aus Veranstaltungen der Vertretung Hamburgs beim Bund Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 01.1.1100.547.61.	343	250	250	250
82.91	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen	0	0	-	-
	Gesamteinnahmen		370	361	361
	AUSGABEN				
RD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	12.663 569 R	11.963	11.693	11.779
RN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	2-	0	-	0
RN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	50	0	-	0
RV	Kontenrahmen für Versorgung	7.303	5.967	7.710	7.750
59.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens	4	0	-	-
61.01	Zentral veranschlagte Personalausgaben des Kapitels 1100 Übertragbar Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellungsbundenen Personalausgaben im KR/NSM-Bereich des Kapitels	0	0	-	-
61.20	Beitrag zur Finanzierung des Modernisierungsfonds Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 09.2.9700.461.20.	0	0	104	104
25.91	Aus- und Fortbildung Übertragbar	20 41 R	35	26	26
25.92	Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung	0	0	15	15
26.01 440)	Arbeitsstab der Gemeinsamen Landesplanung Hamburg/Niedersachsen/Schleswig-Holstein Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.232.01.	137 175 R	51 26 VE	51 26 VE	51 26 VE
29.01	Verfügungsmittel des Senats Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.1.1100.543.02.	428 211 R	462	462	462

apitel	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
l	2	3	4	5	6
100					
29.02	Verfüungsmittel des Präsidenten des Senats Übertragbar	13 10 R	13	13	13
29.03	Zentrale Verfügungsmittel für Soforthilfen in besonderen Situationen Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen Mittel bis zur Höhe von 4 Mio. Euro dürfen von 9890.971.03 übertragen werden.	0	0	1.000	1.000
34.02 244)	Pflege und Instandhaltung der jüdischen Friedhöfe Übertragbar GB 2007 84 GB 2008 84 Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.231.02.	67 285 R	168	168	168
34.03	Pflege der Beziehungen zu verfolgten ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs sowie ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern Übertragbar Zuwendungsanteil 45% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .	341 60 R	210 150 VE	210 150 VE	210 150 VE
35.56	IuK-Folgekosten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.1.1100.671.56.	104 10 R	133	132	132
42.01	Durchführung der Veranstaltung zum 03.Oktober 2008 Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.231.03.	0	0	1.000 VE	1.000
43.02	Veranstaltungen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 01.1.1100.529.01. Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.231.01.	0	0	837	837
46.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen Übertragbar	0 5 R	0	-	-
47.01	Städtepartnerschaften Übertragbar Zuwendungsanteil 30% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis	336 177 R	420 256 VE	440 200 VE	440 200 VE

apitel	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
l	2	3	4	5	6
100					
47.02	KDK-011-1100-01 . Maßnahmen der Internationalen Zusammenarbeit Übertragbar Zuwendungsanteil 40% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .	87 20 R	0	150 75 VE	150 75 VE
47.03	Maßnahmen der Ostseekooperation Übertragbar Zuwendungsanteil 20% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .	356 125 R	330 150 VE	330 150 VE	330 150 VE
32.01	Europapolitische Interessenvertretung Übertragbar Zuwendungsanteil 16% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.272.01.	468 72 R	448 120 VE	469 200 VE	469 200 VE
32.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne Übertragbar	0 221 R	219	187	185
71.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs Übertragbar	77	66	66	66
71.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 01.1.1100.535.56.	209	203	203	203
81.02	Ehrenrenten und dgl. Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .	11 7 R	12	12	12
81.03 023)	Förderung der Zusammenarbeit mit den Entwick- lungsländern Übertragbar Zuwendungsanteil 50% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .	409 76 R	360 304 VE	440 220 VE	440 220 VE
81.92	Schadenersatzleistungen (ohne Kraftfahrzeughaftpflichtschäden)	30	33	33	33
82.01	Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan Rathaus-Service Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	2.684	2.666		

apitel	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
l	2	3	4	5	6
100					
82.56	Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan Rathaus-Service für IuK-Ausgaben Übertragbar	0 16 R	16	16	16
84.01 249)	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .	92 1 R	92	92	92
84.06 199)	Unterstützung der gemeindlichen und kulturellen Arbeit der Jüdischen Gemeinde Hamburg	358	358	358	358
85.91	Mitgliedsbeiträge Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .	345 26 R	358	358	358
86.05	Förderung von Tagungen und sonstigen Veranstaltungen Übertragbar Zuwendungsanteil 29%	337 116 R	352 200 VE	100 100 VE	100 100 VE
	Titelgruppe(n) -----				
61	Betriebskonto Vertretung der FHH beim Bund -----				
22.61	Bezüge der Beamtinnen und Beamten Übertragbar	392	381	380	369
25.61	Vergütungen der Angestellten Übertragbar	762	636	636	635
26.61	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter Übertragbar	99	115	115	114
27.61	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige Übertragbar	7	41	8	8
32.61 018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten Übertragbar	118	115	115	112
35.61 018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten Übertragbar	70	57	57	57
36.61 018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter Übertragbar	9	10	10	10

apitel	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
l	2	3	4	5	6
100					
41.61 940)	Kostenanteil an den Beihilfen Übertragbar	16	15	15	15
14.61	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung Übertragbar	11 5 R	14	14	14
17.61	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar	234 2 R	225	225	225
19.61	Unterhaltung der Grundstücke und bauliche Anlagen Übertragbar	92 26 R	110	110	110
39.61	Sächliche Verwaltungsausgaben Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 01.1.1100.119.61.	244 119 R	214	214	214
47.61	Veranstaltungskosten Übertragbar GB 2007 133 GB 2008 133 Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.281.61.	319 275 R	350	383	383
	Summen für Z61	2.372 427 R	2.283	2.282	2.266
62	Betriebskonto Staatliche Pressestelle				
27.62 013)	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige Übertragbar	6 21 R	13	13	13
31.62 013)	Öffentlichkeitsarbeit Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.119.62.	80 288 R	171	171	171
39.62 013)	Sächliche Verwaltungsausgaben Übertragbar	147 45 R	157	157	157
	Summen für Z62	232 353 R	341	341	341
71	Betriebskonto Sachausgaben für zentrale Aufgaben der Senatskanzlei, für Staatsamt und Planungsstab				

apitel	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
l	2	3	4	5	6
100					
11.71	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände (Rathaus-Service) Übertragbar	371 25 R	396	687	687
14.71	Haltung von Dienstfahrzeugen Übertragbar	25 6 R	30	30	30
17.71	Bewirtschaftung der Grundstücke (Rathaus-Service) Übertragbar	672	600	770	770
18.71	Mieten und Pachten (Rathaus-Service) Übertragbar	368	302	459	459
19.71	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (Rathaus-Service) Übertragbar	255 494 R	567	724	724
26.71	Sachverständigen-, Gerichts- und andere Kosten Übertragbar	37 44 R	59	59	59
27.71	Dienstreisen Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.119.71.	254 3 R	203	217	217
39.71	Vermischte Verwaltungsausgaben Übertragbar	3 12 R	13	13	13
43.71	Ausgaben für Dienstleistungen (Rathaus-Service) Übertragbar	0	0	512	512
	Summen für Z71	1.986 583 R	2.170	3.471	3.471
01.01	Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-011-02.	21 151 R	128	150	150
03.02	Fassadenbeleuchtung öffentlicher Gebäude Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	274	0		
91.01	Investitionsfonds Hamburg 2010 (SIP-Fonds) Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 3.927 R	0	5.000	5.000

apitel	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
l	2	3	4	5	6
100					
99.01	Realisierung der Elbphilharmonie Hamburg - Konzertthalle auf dem Kaispeicher A Übertragbar	13.377 5.123 R	0		
12.01	Ersatzbeschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen Übertragbar	13 94 R	53	45	45
12.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.1.1100.812.56.	0 15 R	0	-	-
12.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in der Senatskanzlei Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 01.1.1100.812.54.	473 60 R	0	-	-
82.03 692)	Fördermaßnahmen von überregionaler Bedeutung innerhalb Norddeutschlands Übertragbar	2.090 1.114 R	1.619 3.800 VE	2.000 2.000 VE	2.000 2.000 VE
91.01	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Rathaus-Service Übertragbar	0 28 R	14	20	20
91.56	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Rathaus-Service für den Einsatz von IuK-Technik Übertragbar	0	0		
93.01 199)	Zuschuss an die Jüdische Gemeinde Hamburg für Baumaßnahmen Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 594 R	0		
93.02	Erhöhung des Stiftungsvermögens der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte Übertragbar	250	250	250	250
93.04	Beitrag zur Kapitalausstattung der internationalen Stiftung für Seerecht Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0	0		
93.05	Zuschüsse für die Hamburger Stiftung für Ent- wicklungszusammenarbeit für Projekte in Asien Übertragbar	100	100	150	150
71.02	Durchführung einer internationalen Marketingkam- pagne Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1100.971.02 09.2.9890.791.05 09.2.9890.971.10 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 1.320 R	4.750		

apitel	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
l	2	3	4	5	6
100					
71.03	Innovationsfonds Wachsende Stadt Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 1.046 R	3.688 3.750 VE	3.600 3.600 VE	3.600 4.000 VE
72.01	Globale Minderausgabe 2004 zu Lasten 01.1.1100.971.02 (Weggefallener Ansatz)	0	0		
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		40.331 8.756 VE	42.984 7.721 VE	44.092 7.121 VE
140	Personalamt				
012)	EINNAHMEN				
19.02	Erstattungen der Museumsstiftungen für Leistungen der Zentralen Personaldienste (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 03.3.3800.682.02 03.3.3800.682.03 03.3.3800.682.04 03.3.3800.682.05 03.3.3800.682.06 03.3.3800.682.07 03.3.3800.682.08.	0	0	-	-
19.03	Erstattung für spezielle Veranstaltungen im Bereich der zentralen Fortbildung (Weggefallener Ansatz)	0	0	-	-
19.04	Erstattung für zusätzliche Leistungen im Bereich Personalmanagement- und Teamentwicklung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.461.01 01.1.1140.525.09.	139	0	-	-
19.10	Erstattungen der §26 LHO-Betriebe und Anstalten für zentrale medizinische Dienstleistungen	794	1.118	797	797
19.11	Erstattungen der Einrichtungen nach § 15 LHO für zentrale medizinische Dienstleistungen	0	0	269	269
19.12	Erstattungen des Zentrums für Aus- und Fortbil- dung für Intendanzleistungen des Personalamtes	0	0	219	218
19.56	Einnahmen im Zusammenhang mit IuK Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.535.56.	0	0	-	-
19.61	Erstattung von Verwaltungsgebühren und Verfahrenskosten Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 01.1.1140.526.61.	12	16	16	16

apitel	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
l	2	3	4	5	6
140					
19.64	Einnahmen für zusätzliche Leistungen der Zentralen Personaldienste (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.511.64.	0	0	-	-
19.65	Einnahmen für zusätzliche Leistungen des Personalärztlichen Dienstes Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.541.65.	0	0	-	-
19.66	Einnahmen für zusätzliche Leistungen und Vorleistungen des Arbeitsmedizinischen Dienstes Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.541.66.	45	0	-	-
19.67 127)	Erstattung der Behörden und Ämter an die Verwaltungsschule für die Durchführung von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.525.67.	1	0	-	-
19.68 133)	Erstattungen für die Durchführung von Weiterbildungsmaßnahmen u. Gebühren für sonstige Dienstleistungen der FHÖV -FB Allgemeine Verwaltung- (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.525.68.	0	0	-	-
19.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	1	0	-	-
19.98	Vermischte Einnahmen	2	3	3	3
24.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.518.61.	15	6	6	6
29.64	Einnahmen aus Werbemaßnahmen (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.511.64. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	0	0	-	-
82.02	Erstattung von Personalkosten durch Dritte	0	0	-	-
82.91 011)	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen	0	0	-	-

apitel	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
l	2	3	4	5	6
140					
42.01	Einnahmen zur Ausstattung behindertengerechter Arbeitsplätze Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.812.02.	15	0	-	-
	Gesamteinnahmen		1.143	1.310	1.309
	AUSGABEN				
RD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	11.128 1.424 R	12.078	10.008	10.083
RN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	472	0	-	0
RN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	17	0	-	0
RV	Kontenrahmen für Versorgung	3.086	3.139	4.015	4.235
12.01	Aufwandsentschädigungen und andere Ausgaben für Deputierte, ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer usw.	12	26	26	26
22.01 011)	Jubiläumswendungen (Portugaleser)	9	26	26	26
59.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens	0	0	-	-
61.01	Zentral veranschlagte Personalausgaben des Kapitels 1140 Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.119.04. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0	0	-	-
61.02	Sonderbudget Unterbringung von Schwerbehinderten Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0	4.949	4.541	4.541
61.03	Sonderprogramm Laufbahnaufsteiger Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0	452	354	354
61.04	Sonderbudget PIA / Mobilitätsförderung Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 763 R	1.375	1.375	1.375

apitel	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
l	2	3	4	5	6
140					
61.20	Beitrag zur Finanzierung des Modernisierungsfonds Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 09.2.9700.461.20.	0	0	123	123
25.02	Kosten der Ausbildung des höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1140.525.02 01.1.1140.525.09 .	597 10 R	1.180	35	35
25.09	Personalmanagement (Konzeption und Umsetzung) Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1140.525.02 01.1.1140.525.09 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.119.04.	112 81 R	49	49	49
25.92	Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung	0	0	66	66
35.56	IuK-Betriebskosten inklusive Fortbildung der DV-Administratoren Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.1.1140.671.56. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.119.56.	132	163	139	139
39.01	Kosten der Personalgewinnung und des Personal- marketings Übertragbar	37 38 R	78	28	28
46.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen Übertragbar	0	0	-	-
32.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne Übertragbar	2.436 3 R	2.057	2.523	2.521
71.53	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme zentraler IuK-Administration von Dataport Übertragbar	0	0	-	-
71.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs Übertragbar	100	85	100	100
71.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 01.1.1140.535.56.	319	360	279	279

apitel	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
l	2	3	4	5	6
140					
82.01	Zentrale Erstattung für Leistungen des Zentrums für Personaldienste Übertragbar	13.727	13.112	11.559	11.551
82.02	Zuschuss an den Wirtschaftsplan des Landesbetriebes "Personalverwaltung Rückkehrer"	0	0	-	-
82.56	Zentrale Erstattung für Leistungen des Zentrums für Personaldienste (IuK-Ausgaben) Übertragbar	4.528	4.528	4.558	4.558
85.01	Beiträge für gemeinschaftsfinanzierte Einrichtungen Übertragbar	134	128	137	139
85.02	Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan Zentrum für Aus- und Fortbildung Übertragbar	2.702 59 R	177	3.734	3.634
85.56	Betriebszuschuss für IuK-Ausgaben des Zentrums für Aus- und Fortbildung Übertragbar	54	0	107	107
85.91	Mitgliedsbeiträge Übertragbar	262	263	299	307
	<u>Titelgruppe(n)</u> -----				
61	Betriebskonto für Dienst- und Tarifrecht, Service und Steuerung sowie Personalmanagement -----				
11.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar	186 3 R	161	138	138
14.61	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung Übertragbar	0 1 R	1	1	1
17.61	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar	28- 18 R	120	101	101
18.61	Mieten und Pachten Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.124.91.	751 19 R	770	653	653
19.61	Bauunterhaltung Übertragbar	53 5 R	35	29	29

apitel	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
l	2	3	4	5	6
140					
25.61	Aus- und Fortbildung	47 14 R	18	8	8
	Übertragbar				
26.61	Sachverständigen-, Gerichts- u. ähnliche Kosten	44 7 R	59	43	43
	Übertragbar				
	GB 2007 27				
	GB 2008 27				
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.119.61.				
27.61	Dienstreisen	15	15	13	13
	Übertragbar				
35.61	Erstattungen für Leistungen des Landesbetriebs Rathaus-Service	0	0	32	32
	Übertragbar				
39.61	Vermischte Verwaltungsausgaben	2 1 R	12	4	3
	Übertragbar				
	Summen für Z61	1.069 67 R	1.191	1.022	1.021
65	Betriebskonto des Personalärztlichen Dienstes				
11.65	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	23 31 R	31	31	31
	Übertragbar				
17.65	Bewirtschaftung der Grundstücke	49 25 R	43	53	53
	Übertragbar				
18.65	Mieten und Pachten	152 21 R	164	158	158
	Übertragbar				
19.65	Bauunterhaltung	5 32 R	12	12	12
	Übertragbar				
25.65	Aus- und Fortbildung	3 8 R	5	3	3
	Übertragbar				
27.65	Dienstreisen	0 7 R	2	2	2
	Übertragbar				

apitel	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
l	2	3	4	5	6
140					
35.65	Erstattungen für Leistungen der Behörde für Wirtschaft und Arbeit Übertragbar	0	0	42	42
39.65	Vermischte Verwaltungsausgaben Übertragbar	1 8 R	3	3	3
41.65	Sachmittelbedarfe des Personalärztlichen Dienstes Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.119.65. Summen für Z65	64 98 R 297 231 R	94	84	82
66	Betriebskonto des Arbeitsmedizinischen Dienstes				
11.66	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar	86 41 R	51	51	51
14.66	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung Übertragbar	5 13 R	8	8	8
17.66	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar	87 58 R	68	91	91
18.66	Mieten und Pachten Übertragbar	240 78 R	240	234	234
19.66	Bauunterhaltung Übertragbar	13 52 R	16	16	16
25.66	Aus- und Fortbildung Übertragbar	20 51 R	20	17	17
27.66	Dienstreisen Übertragbar	1 17 R	5	5	5
35.66	Erstattungen für Leistungen der BWA Übertragbar	0	0	60	60
39.66	Vermischte Verwaltungsausgaben Übertragbar	4 30 R	5	5	5

apitel	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
l	2	3	4	5	6
140					
41.66	Sachmittelbedarf des Arbeitsmedizinischen Dienstes	62 174 R	98	75	74
	Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.119.66.				
	Summen für Z66	518 513 R	511	562	561
67	Betriebskonto der Verwaltungsschule				
11.67 127)	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
17.67 127)	Bewirtschaftung der Grundstücke	0	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
18.67 127)	Mieten und Pachten	0	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
19.67 127)	Bauunterhaltung	0	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
25.67 127)	Lehr- und Lernmittel, Projektarbeit und Tagungen, Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen im Personalwesen, Aus- und Fortbildung Lehrpersonal	0	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.119.67.				
27.67 127)	Dienstreisen	0	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
39.67 127)	Vermischte Verwaltungsausgaben	0	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
	Summen für Z67	0	0	0	0

apitel	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
l	2	3	4	5	6
140					
70	Nachwuchskräfte mittlerer und gehobener Dienst				
22.70	Bezüge der Beamtinnen und Beamten	2.768 700 R	2.772	2.522	2.585
	Übertragbar				
25.70	Vergütungen der Angestellten	726 75 R	801	789	792
	Übertragbar				
26.70	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	0	0	-	-
	Übertragbar				
27.70	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	0	0	-	-
	Übertragbar				
32.70 018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten	865 200 R	831	740	758
	Übertragbar				
35.70 018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten	64 8 R	72	78	78
	Übertragbar				
36.70 018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter	0	0	-	-
	Übertragbar				
41.70 940)	Kostenanteil an den Beihilfen	115 25 R	109	100	103
	Übertragbar				
	Summen für Z70	4.538 1.009 R	4.585	4.229	4.316
71	Nachwuchskräfte höherer Dienst				
22.71	Bezüge der Beamtinnen und Beamten	1.226	1.343	1.370	1.377
	Übertragbar				
25.71	Vergütungen der Angestellten	28	0	-	-
	Übertragbar				
26.71	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	0	0	-	-
	Übertragbar				
27.71	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	0	0	-	-
	Übertragbar				
32.71 018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten	380	403	411	413
	Übertragbar				

apitel	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
l	2	3	4	5	6
140					
35.71 018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten Übertragbar	2	0	-	-
36.71 018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter Übertragbar	0	0	-	-
41.71 940)	Kostenanteil an den Beihilfen Übertragbar Summen für Z71	51 1.687	54 1.800	55 1.836	55 1.845
01.01	Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-011-02.	0 102 R	78	39	39
01.56	IuK-gerechte Herrichtung und Ausstattung im Personalamt Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0	0		
02.56	Projektbedingte IuK-gerechte Herrichtung und Ausstattung in den Behörden Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0	0	-	-
12.02	Einrichtung von Arbeitsplätzen für Schwerbehinderte Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.342.01.	9 29 R	5	5	5
12.04	Beschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Aus- rüstungsgegenständen Übertragbar	0 20 R	15	15	15
12.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.1.1140.812.56.	46 64 R	0	-	-
12.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informa- tions- und Kommunikationstechnik im Personalamt Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 01.1.1140.812.54.	79 6 R	0	-	-
91.01	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan ZPD Übertragbar	0	0	39	39

apitel r	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
l	2	3	4	5	6
140					
91.56	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan ZPD für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik Übertragbar	1.000 176 R	0	-	-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		52.764	52.216	52.503

Rahmen für Dienstbezüge -in Tsd. EUR- (KRD)

1.1 Senat und Senatsämter

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
100	Senat -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	11.693	2.006	3.881
140	Personalamt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	10.008	---	1.724
	Summe Gesamtansatz 2007	21.701	2.006	5.605
	Summe Vergleichszahl 2006	24.041	2.006	6.642
	Summe (Vergleichs-) Ist 2005	23.791	1.903	9.258
	Summe Rest 2005			

01.1 Senat und Senatsämter

Titel	425.91	426.91	427.91	432.91	435.91	436.91	441.91
Kap. Nr.	Vergütungen der Angestellten	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	Beschäftigungsentgelte an den Versorgungsbezüglern für nebenamtlich u. nebenberuflich Tätige	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten	Kostenanteil an den Versorgungsbez. d. Arbeiterinnen und Arbeiter	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11	12	13
1100	3.744	357	15	1.164	336	33	157
1140	7.015	39	---	519	637	4	70
	10.759	396	15	1.683	973	37	227
	11.600	408	36	1.994	1.049	38	268
	8.650	207	6	2.623	756	19	370

ontenrahmen für Dienstbezüge -in Tsd. EUR- (KRD)

1.1 Senat und Senatsämter

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
100	Senat -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	11.779	2.006	3.931
140	Personalamt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	10.083	---	1.776
	Summe Gesamtansatz 2008	21.862	2.006	5.707
	Summe Vergleichszahl 2007	21.701	2.006	5.605
	Summe (Vergleichs-) Ist 2005	23.791	1.903	9.258
	Summe Rest 2005			

01.1 Senat und Senatsämter

Titel	425.91	426.91	427.91	432.91	435.91	436.91	441.91
Kap. Nr.	Vergütungen der Angestellten	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	Beschäftigungsentgelte an den Versorgungsbezugnehmern für nebenamtlich u. nebenberuflich Tätige	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten	Kostenanteil an den Versorgungsbez. d. Arbeiterinnen und Arbeiter	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11	12	13
1100	3.761	357	15	1.179	338	33	159
1140	7.020	39	---	535	637	4	72
	10.781	396	15	1.714	975	37	231
	10.759	396	15	1.683	973	37	227
	8.650	207	6	2.623	756	19	370

ontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

1.1 Senat und Senatsämter

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
100	Senat -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	7.710	3.064	3.767
140	Personalamt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	4.015	---	2.639
	Summe Gesamtansatz 2007	11.725	3.064	6.406
	Summe Vergleichszahl 2006	9.106	3.064	4.226
	Summe (Vergleichs-) Ist 2005	10.390	3.696	4.188
	Summe Rest 2005			

01.1 Senat und Senatsämter

Titel	435.93	436.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Angestellten	Versorgungs- bezüge der Arbeiterinnen und Arbeiter	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8	9
1100	304	17	558
1140	714	6-	668
	1.018	11	1.226
	798	4	1.014
	1.139	74	1.294

ontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

1.1 Senat und Senatsämter

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
100	Senat -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	7.750	3.064	3.798
140	Personalamt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	4.235	---	2.845
	Summe Gesamtansatz 2008	11.985	3.064	6.643
	Summe Vergleichszahl 2007	11.725	3.064	6.406
	Summe (Vergleichs-) Ist 2005	10.390	3.696	4.188
	Summe Rest 2005			

01.1 Senat und Senatsämter

Titel	435.93	436.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Angestellten	Versorgungs- bezüge der Arbeiterinnen und Arbeiter	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfinger
6	7	8	9
1100	307	18	563
1140	701	6-	695
	1.008	12	1.258
	1.018	11	1.226
	1.139	74	1.294

**Haushaltsplan
Freie und Hansestadt Hamburg**

Haushaltsjahr 2007/2008

Stellenplan und Stellenübersichten

Einzelplan 1.1

Senat und Senatsämter

Einzelplan	Senat und Senatsämter
-------------------	------------------------------

. Stellenbestand

kw 2007/08	kw 2009	kw 2010	kw 2011	kw >2011	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
						6,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten
						6,50 Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	12,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte	Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer				Gesamt ohne *
			Planstellen	andere Amtsstellen	Nach- wuchs *	Angestellte	Nachwuchs Ang. *	Arbeiterin- nen/Arbeiter	Nachwuchs Arb. *	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
100	Senat	2007/08	88,50			72,18	2,00	6,28		166,96
		2006	87,00			129,24	0,00	8,84		225,08
140	Personalamt	2007/08	133,25	6,00	396,00	102,01	140,00	1,00		242,26
		2006	173,50	6,00	457,00	125,38	200,00	1,38		306,26
150	Staatsarchiv (alt)	2007/08	0,00			0,00				0,00
		2006	21,00			25,94				46,94
	gesamt:	2007/08	221,75	6,00	396,00	174,19	142,00	7,28	0,00	409,22
		2006	281,50	6,00	457,00	280,56	200,00	10,22	0,00	578,28

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2006) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2007/08.

Die vom Senat beantragten Stellenveränderungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten; sie werden im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Mit vorgesehenen Einsparungen konkret verbundene Stellenabgänge werden – soweit sie im vorliegenden Druck nicht bereits vollzogen sind – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen (z.B. Stellen noch besetzt) bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung nicht vollzogen werden kann, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Einzelplan

Senat und Senatsämter

II. Erläuterungen

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kapitel	Anzahl der Stellen 2006	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2006				Stellenplan 2007/ 08	Diffe- renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen- abgänge	Anzahl der Stellen 2007/ 08	
				Zugang	Abgang				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1.1	1100 Senat	225,08		5,75	-65,33	8,82	-7,36	166,96	-58,12
	1140 Personalamt	306,26	-1,00	11,60	-47,10	7,67	-35,17	242,26	-64,00
	1150 Staatsarchiv (alt)	46,94		1,00	-47,94			0,00	-46,94
	Summe:	578,28	-1,00	+18,35	-160,37	+16,49	-42,53	409,22	-169,06

Einzelplan 1.1 Senat und Senatsämter
Kapitel 1100 Senat

kw 2007/08	kw 2009	kw 2010	kw 2011	kw >2011	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
					1,00	Bereich der Beamtinnen/ Beamten
					1,00	Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Die bei der Vertretung der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund tätigen Angestellten erhalten eine Ausgleichszulage in entsprechender Anwendung von § 2 r. 1 Satz 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Besoldungsgesetzes. Die Arbeiter erhalten eine Aufwandsentschädigung von 15,34 EUR monatlich.

Die Inhaber folgender Stellen erhalten Aufwandsentschädigungen:

3 Staatsrätin / Staatsrat	B 10	230,08 EUR mtl.
1 Senatsdirektorin / Senatsdirektor	B 6	153,39 EUR mtl.
1 Oberregierungsrätin/Oberregierungsrat	A 14	102,26 EUR mtl.

. Stellenbestand

Wertigkeit	2007/08			2006	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Senatorinnen/ Senatoren					
Einzelbezüge	10,00	10,00	1)	10,00	Die Senatorinnen/ Senatoren erhalten Amtsbezüge und eine Aufwandsentschädigung nach dem Senatsgesetz.
Summe:	10,00			10,00	

Einzelbezüge Senatorin/ Senator (10,00)

Wertigkeit	2007/08			2006	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte anstellen					
10	13,00			13,00	
6	3,00			3,00	
4	1,00			1,00	
3	2,00			3,00	
2	1,00			1,00	
16	10,00	1,00	2)	9,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 16 Professorin und Direktorin/ Professor und Direktor des Helms-Museums nach Freiwerden der Stelle</i>
15	9,00			9,00	
14	10,00			9,00	
13	8,00	1,00	3)	6,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach VergGr. II a hD</i>
13	7,00			7,00	
12	4,00			5,00	
11	5,50			8,00	

- 10 Staatsrätin/ Staatsrat (13,00)
- 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (3,00)
- 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
- 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
- 2 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (9,00), Professorin und Direktorin/ Professor und Direktor des Helms-Museums (1,00)
- 15 Baudirektorin/ Baudirektor (1,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (8,00)
- 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (1,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (9,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (0,00)
- 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (7,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst (1,00)
- 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (7,00)
- 12 Amtsrätin/ Amtsrat (4,00)
- 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (5,50)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 3										
A 16				1,00	-1,00					-1,00 Verlagerung an Kapitel 1140; Stellentausch
A 16					-1,00					1,00 Verlagerung von Kapitel 1140; Stellentausch
A 16										-1,00 Verlagerung an Kapitel 7100; Verlagerung der Abteilung für Medienangelegenheiten
A 16				1,00						1,00 Verlagerung von Kapitel 3809; Stellentausch Kulturbehörde/Senatskanzlei
A 14						1,00				1,00 gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 14						1,00				1,00 gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 14						-1,00				-1,00 Verlagerung an Kapitel 7100; Verlagerung der Abteilung für Medienangelegenheiten
A 13						-1,00				-1,00 gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13						1,00				1,00 gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13						1,00				1,00 gem. Art. 8 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
A 13						1,00				1,00 gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 12				1,00						1,00 Verlagerung von Kapitel 9020; zur Stärkung der Bereiche Protokoll u. auswärtige Beziehungen/Städtepartnerschaften in der SK
A 12						-1,00				-1,00 Verlagerung an Kapitel 1105; Stellentausch
A 12						-1,00				-1,00 Verlagerung an Kapitel 1140; Übertragung der Geschäftsfelder Personal und Organisation von der Senatskanzlei an das Personalamt
A 11						-2,00				-2,00 Verlagerung an Kapitel 1105; Gründung des Landesbetriebs Rathaus-Service
A 11				1,00						1,00 Verlagerung von Kapitel 1105; Stellentausch
A 11						-1,50				-1,50 Verlagerung an Kapitel 1140; Übertragung der Geschäftsfelder Personal und Organisation von der Senatskanzlei an das Personalamt

Vemerkeänderungen

Wertigkeit	Vemerke gültig ab 2007/08	alter Vemerke 2006
A 16	2) kw: 1,00 BesGr. A 16 Professorin und Direktorin/ Professor und Direktor des Helms-Museums nach Freiwerden der Stelle	
A 13	3) ku: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach VergGr. II a hD	

Einzelplan 1.1
Kapitel 1100

Senat und Senatsämter
Senat

. Stellenbestand

Wertigkeit	2007/08			2006	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
eamtinnen/ Beamte anstellen					
10	3,00			3,00	
9	2,00	1,00	4)	0,00	ku: 1,00 BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor nach VergGr. V b gD
		1,00	5)		ku: 1,00 BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor nach VergGr. V b gD
umme:	78,50			77,00	

10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (3,00)
9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (2,00)

Wertigkeit	2007/08			2006	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
erstellen (kw) *					
16	0,00			1,00	
15	1,00			2,00	
14	1,00			1,00	
13	1,00			0,00	
13	1,00			3,00	
12	2,00			2,00	
11	2,00			3,00	
10	0,00			1,00	
9	1,00			1,00	
umme:	9,00			14,00	

16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (1,00)
12 Amtsärztin/ Amtsarzt (2,00)
11 Regierungsamtsfrau/ Regierungsamtsmann (2,00)
10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)
9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)

Einzelplan 1.1	Senat und Senatsämter
Kapitel 1100	Senat

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2007/ 08			2006	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		Anzahl	§ 50a (1)
A 16	0,00			1,00	Nr. 5	
A 15	0,00			1,00	Nr. 5	
A 15	1,00			1,00	Nr. 5	
A 14	1,00			1,00	Nr. 5	
A 13	1,00			0,00	Nr. 7	
A 13	1,00			2,00	Nr. 7	
A 13	0,00			1,00	Nr. 5	
A 12	2,00			2,00	Nr. 7	
A 11	1,00			1,00	Nr. 8	
A 11	1,00			2,00	Nr. 7	
A 10	0,00			1,00	Nr. 5	
A 9	1,00			1,00	Nr. 7	
gesamt	9,00			14,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	4,00	-8,50	4,00	0,00	0,00	-0,50	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,50	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	2,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	0,00	0,50	-0,50	4,00	-8,50	6,00	0,00	0,00	1,50	

Einzelplan 1.1
Kapitel 1100

Senat und Senatsämter
Senat

. Stellenbestand

Wertigkeit	2007/08			2006	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
AV Ang.hD	2,00	1,00	6)	2,00	<i>Vermerk weggefallen Besetzt entsprechend Bezügen BAT I Bezüge nach BesGr. B 4</i>
		1,00	7)		
		1,00	8)		
a	2,25			1,00	
b	3,00			3,00	
I a hD	5,00			9,50	
II	5,75			6,00	
V a	3,00			3,00	
V b	5,70			7,00	
b gD	3,50			4,00	
b mD	5,00			7,78	
c	1,00			1,00	
I b	14,00	1,00	9)	19,28	ku: 1,00 VergGr. V c nach VergGr. VI b nach Freiwerden der Stelle
II	9,80			18,00	
X b/VII	5,00	1,00	10)	12,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
III	4,00			7,50	
sonderregel.mD	2,00	1,00	11)	7,00	kw: 1,00 VergGr. VIII nach Freiwerden der Stelle
X b	0,00			20,00	
Richtl. Ang.eD	0,00			0,50	
umme:	1,00			0,00	
	0,18			0,18	
umme:	72,18			129,24	
achwuchskräfte (Angestellte)*					
achwuchs mD	2,00			0,00	
umme:	2,00			0,00	

Einzelplan 1.1
Kapitel 1100
Senat und Senatsämter
Senat
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
SAV Ang.hD			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung auf Leitungsebene
SAV Ang.hD		1,00							1,00	Leitung des Planungsstabes
I								1,00	1,00	Für die stellvertretende Leitung der Pressestelle des Senats
I b						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
I b						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
I b						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1105; Gründung des Landesbetriebs Rathaus-Service
I b								-1,00	-1,00	Für die stellvertretende Leitung der Pressestelle des Senats
I b							-1,00		-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
I b							-1,00		-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
II a hD									-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
II a hD		1,00							1,00	gem. Art. 8 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
II a hD							-1,00		-1,00	gem. Art. 8 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
IV b						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1105; Gründung des Landesbetriebs Rathaus-Service
V b gD						-2,00			-2,00	Verlagerung an Kapitel 1105; Gründung des Landesbetriebs Rathaus-Service
V b gD		1,00							1,00	Für die Sachbearbeitung im Stabsbereich Protokoll
V b mD						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1105; Gründung des Landesbetriebs Rathaus-Service
V c						-6,50			-6,50	Verlagerung an Kapitel 1105; Gründung des Landesbetriebs Rathaus-Service
V c						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1140; Übertragung der Geschäftsfelder Personal und Organisation von der Senatskanzlei an das Personalamt
VI b						-7,00			-7,00	Verlagerung an Kapitel 1105; Gründung des Landesbetriebs Rathaus-Service
VII						-6,50			-6,50	Verlagerung an Kapitel 1105; Gründung des Landesbetriebs Rathaus-Service
VII						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1105; Rathaus Service LHO
IX b/VII			-1,00						-1,00	Korrekturbuchung
VIII						-5,00			-5,00	Verlagerung an Kapitel 1105; Gründung des Landesbetriebs Rathaus-Service
Sonderregel.mD						-19,00			-19,00	Verlagerung an Kapitel 1105; Gründung des Landesbetriebs Rathaus-Service
X		1,00							1,00	Zusammenfassung von Stellenanteilen zu einer Stelle AiluA
Summe Angestellte	0,00	4,00	-2,00	0,00	-51,00	-4,00	0,00	0,00	-53,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	4,32	-4,30	0,68	-2,76	0,00	0,00	0,00	-2,06	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	0,00	0,00	-2,00	
Summe Angestellte insgesamt	0,00	8,32	-6,30	0,68	-53,76	-6,00	0,00	0,00	-57,06	
Nachwuchs mD		2,00							2,00	Neue Ausbildungsstelle
Summe Nachwuchskräfte (Angestellte)*	0,00	2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	

Vemerkeänderungen

Wertigkeit	Vemerke gültig ab 2007/ 08	alter Vermerk 2006
SAV Ang.hD	6) weggefallen	1,00 Besetzt entsprechend Bezügen nach BesGr. B 3
SAV Ang.hD	7) 1,00 Besetzt entsprechend Bezügen BAT I	1,00 Besetzt entsprechend Bezügen nach BesGr. B 2
SAV Ang.hD	8) 1,00 Bezüge nach BesGr. B 4	

Einzelplan 1.1
 Kapitel 1100

Senat und Senatsämter
 Senat

. Stellenbestand

Wertigkeit	2007/08			2006	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
	5,00			5,00	
	0,00			1,00	
(R)	1,02			2,58	
ichtfl. Arb.	0,26			0,26	
umme:	6,28			8,84	
umme (ohne *)	166,96			225,08	
nsgesamt					

Einzelplan 1.1	Senat und Senatsämter
Kapitel 1100	Senat

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
2					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1105; Gründung des Landesbetriebs Rathaus-Service
1 (R)					-2,02				-2,02	
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,02	0,00	0,00	0,00	-3,02	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	-0,56	1,07	-0,05	0,00	0,00	0,00	0,46	
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt</i>										
	0,00	0,00	-0,56	1,07	-3,07	0,00	0,00	0,00	-2,56	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	8,82	-7,36	5,75	-65,33	0,00	0,00	0,00	-58,12	

Einzelplan 1.1
Kapitel 1140

Senat und Senatsämter
Personalamt

. Stellenbestand

kw 2007/08	kw 2009	kw 2010	kw 2011	kw >2011	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
					5,00	Bereich der Beamtinnen/ Beamten
					5,50	Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Wertigkeit	2007/08			2006	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
eamtinnen/ Beamte anstellen					
6	1,00			1,00	
3	2,00			1,00	
16	4,00	1,00	1)	5,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	2)		<i>ku: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor nach BesGr. A 14 Obermedizinalrätin/ Obermedizinalrat nach Freierwerden der Stelle</i>
15	9,00	1,00	3)	11,00	<i>ku: 1,00 BesGr. A 15 Medizinaldirektorin/ Medizinaldirektor nach BesGr. A 14 Obermedizinalrätin/ Obermedizinalrat nach Freierwerden der Stelle</i>
14	22,00	1,00	4)	30,00	<i>Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle</i>

- 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
- 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
- 16 Direktorin/ Direktor der Verwaltungsschule (0,00), Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor (2,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
- 15 Medizinaldirektorin/ Medizinaldirektor (4,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (5,00), Studiendirektorin/ Studiendirektor (0,00)
- 14 Akademische Oberrätin/ Akademischer Oberrat (0,00), Obermedizinalrätin/ Obermedizinalrat (5,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (17,00), Oberstudienrätin/ Oberstudienrat (0,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (0,00)

Einzelplan 1.1
Kapitel 1140

Senat und Senatsämter
Personalamt

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1100; Stellentausch
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1146; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2300; Stellentausch
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1100; Stellentausch
A 16							1,00		1,00	für die Leitung des Referats Allgemeines Beamtenrecht
A 16									-1,00	Verlagerung an Kapitel 1146; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
A 15							-1,00		-1,00	für die Leitung des Referats Allgemeines Beamtenrecht
A 15									-1,00	Verlagerung an Kapitel 1146; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
A 14			-1,00						-1,00	Verlagerung an Kapitel 3526; Übertragung des Fachbereichs Allgemeine Verwaltung der FHÖV an die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg
A 14							-2,00		-2,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 14			-1,00						-1,00	Verlagerung an Kapitel 3526; Übertragung des Fachbereichs Allgemeine Verwaltung der FHÖV an die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

Vemerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2007/08	alter Vermerk 2006
A 16	1)	weggefallen	ku: 1,00 BesGr. A 16 Direktorin/ Direktor der Verwaltungsschule nach BesGr. A 15 Studiendirektorin/ Studiendirektor nach Freiwerden der Stelle
A 16	2)	ku: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor nach BesGr. A 14 Obermedizinalrätin/ Obermedizinalrat nach Freiwerden der Stelle	

Einzelplan 1.1
Kapitel 1140

Senat und Senatsämter
Personalamt

. Stellenbestand

Wertigkeit	2007/08			2006	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
eamtinnen/ Beamte lanstellen					
13	28,00	2,00	5)	38,00	Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
3	0,00			6,00	
2	0,00			5,00	
13	6,00	1,00	6)	7,00	Freigestelltes Personalratsmitglied
12	25,00	5,00	7)	20,00	<i>kw: 5,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsrat nach Beendigung des Projekts Interner Arbeitsmarkt (PIA)</i>

13 Medizinalrätin/ Medizinalrat (1,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (27,00), Studienrätin/ Studienrat (0,00)
 3 Professorin/ Professor (0,00)
 2 Professorin/ Professor (0,00)
 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (6,00)
 12 Amtsärztin/ Amtsrat (25,00)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-2,00	2,00	-4,00	-2,00			-6,00	
A 14					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 1146; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1146; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
A 13						-3,00			-3,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1146; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
A 13							1,00		1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13						-7,00			-7,00	Verlagerung an Kapitel 1146; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 3210; Personalwirtschaftliche Maßnahme
A 13						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1146; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
C 3			-6,00						-6,00	Verlagerung an Kapitel 3526; Übertragung des Fachbereichs Allgemeine Verwaltung der FHÖV an die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg
C 2			-5,00						-5,00	Verlagerung an Kapitel 3526; Übertragung des Fachbereichs Allgemeine Verwaltung der FHÖV an die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg
A 13						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1146; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
A 12							3,00		3,00	für Beraterfunktionen im Projekt Interner Arbeitsmarkt (PIA)
A 12		2,00							2,00	gem. Artikel 8 Nr. 8 Haushaltsbeschluss, für eine Beraterfunktion im Projekt Interner Arbeitsmarkt (PIA)
A 12						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1146; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
A 12						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1146; Stellentausch für die Ausbildungsleitung
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1150; Stellentausch für die Ausbildungsleitung
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1100; Übertragung der Geschäftsfelder Personal und Organisation von der Senatskanzlei an das Personalamt

Vemerkeänderungen

Wertigkeit	Vemerke gültig ab 2007/08	alter Vemerke 2006
A 12	7) kw: 5,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt nach Beendigung des Projekts Interner Arbeitsmarkt (PIA)	

Einzelplan 1.1
Kapitel 1140

Senat und Senatsämter
Personalamt

. Stellenbestand

Wertigkeit	2007/08		Vermerk Nr.	2006	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
eamtinnen/ Beamte anstellen					
11	15,50			19,50	
10	3,75			5,00	
9	1,00			5,00	
9	14,00	10,00	8)	16,00	Für Teilnehmerinnen/ Teilnehmer am prüfungsgebundenen Aufstieg vom mittleren in den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst aus besonders belasteten Behörden
8	0,00			2,00	
7	2,00			2,00	
Summe:	133,25			173,50	

- 11 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (15,50)
- 10 Bibliotheksoberspezialistin/ Bibliotheksoberspezialist (0,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (3,75)
- 9 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
- 9 Amtsinspezialistin/ Amtsinspezialist (14,00)
- 8 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
- 7 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (2,00)

Wertigkeit	2007/08		Vermerk Nr.	2006	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
erstellen (kw) *					
16	0,00			1,00	
14	0,00			4,00	
13	1,00			1,00	
13	2,00			2,00	
12	3,00			2,00	
11	7,00			6,00	
10	0,00			1,00	

- 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
- 14 Oberregierungsdirektorin/ Oberregierungsdirektor (0,00)
- 13 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
- 13 Oberamtsdirektorin/ Oberamtsdirektor (2,00)
- 12 Amtsdirektorin/ Amtsdirektor (3,00)
- 11 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (7,00)
- 10 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)

Einzelplan 1.1
Kapitel 1140

Senat und Senatsämter
Personalamt

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		2,00	-13,00	5,00	-20,00	-1,00			-27,00	
A 11					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 1146; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1146; Stellentausch
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1150; Stellentausch für die Ausbildungsleitung
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1146; Stellentausch für die Ausbildungsleitung
A 11				1,50					1,50	Verlagerung von Kapitel 1100; Übertragung der Geschäftsfelder Personal und Organisation von der Senatskanzlei an das Personalamt
A 10			-1,00						-1,00	Verlagerung an Kapitel 3526; Übertragung des Fachbereichs Allgemeine Verwaltung der FHÖV an die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1145; Stellentausch im Entbündelungsbereich
A 10						-1,75			-1,75	Verlagerung an Kapitel 1146; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
A 9						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1145; Stellentausch im Entbündelungsbereich
A 9			-1,00						-1,00	Verlagerung an Kapitel 3526; Übertragung des Fachbereichs Allgemeine Verwaltung der FHÖV an die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg
A 9						-2,60			-2,60	Verlagerung an Kapitel 1146; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	2,00	-15,00	8,50	-31,35	-1,00	0,00	0,00	-36,85	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	1,75	-2,25	1,10	-0,50	-0,50	0,00	0,00	-0,40	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,00	0,00	0,00	-3,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	0,00	3,75	-17,25	9,60	-31,85	-4,50	0,00	0,00	-40,25	

Einzelplan 1.1
Kapitel 1140

Senat und Senatsämter
Personalamt

. Stellenbestand

Wertigkeit	2007/08			2006	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Andere Amtsstellen					
13	6,00			6,00	
umme:	6,00			6,00	

13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (6,00)

Wertigkeit	2007/08			2006	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
achwuchskräfte (Beamtinnen/eamte)*					
achwuchs hD	16,00			16,00	
achwuchs gD	265,00			310,00	
achwuchs mD	115,00			131,00	
umme:	396,00			457,00	

achwuchs hD Referendarin/ Referendar (16,00)
 achwuchs gD Regierungsinspektor-Anwärterin/ Regierungsinspektor-Anwärter (265,00)
 achwuchs mD Regierungssekretär-Anwärterin/ Regierungssekretär-Anwärter (115,00)

Wertigkeit	2007/08			2006	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
AV Ang.hD	1,50	1,50	9)	1,50	kw: 1,50 VergGr. SAV Ang.hD nach Beendigung des Projekts Interner Arbeitsmarkt (PIA), Bezüge nach A 15
a	1,00			1,00	
l a/ a	19,00			17,00	
b	2,18	1,00	10)	2,00	kw: 1,00 VergGr. l b nach Beendigung des Projekts Interner Arbeitsmarkt (PIA)

Einzelplan 1.1	Senat und Senatsämter
Kapitel 1140	Personalamt

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2007/08				2006	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 16	0,00			1,00	Nr. 5	
A 14	0,00			3,00	Nr. 5	
A 14	0,00			1,00	Nr. 6	
A 13	1,00			1,00	Nr. 7	
A 13	2,00			2,00	Nr. 5	
A 12	3,00			2,00	Nr. 5	
A 11	2,00			2,00	Nr. 5	
A 11	2,00			2,00	Nr. 6	
A 11	3,00			2,00	Nr. 7	
A 10	0,00			1,00	Nr. 7	
gesamt:	13,00			17,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Nachwuchs gD			-45,00						-45,00	Reduzierung der Ausbildungskapazitäten
Nachwuchs mD			-16,00						-16,00	Reduzierung der Ausbildungskapazitäten
Summe Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*										
	0,00	0,00	-61,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-61,00	
I a			-1,50						-1,50	Anpassung der arbeitsmedizinischen Betreuung
II a/ a			-2,00						-2,00	Anpassung der arbeitsmedizinischen Betreuung
II a/ a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2300; Stellentausch
II a/ a						3,00			3,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
II a/ a						2,00			2,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/08	alter Vermerk 2006
II a hD	11) weggefallen	kw: 0,50 VergGr. II a hD nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)

Einzelplan 1.1
Kapitel 1140

Senat und Senatsämter
Personalamt

. Stellenbestand

Wertigkeit	2007/08			2006	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I a hD	2,00	0,50	11)	4,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
Richtl. Ang.hD	0,00			5,72	
V a	9,00	2,00	12)	11,00	<i>kw: 2,00 VergGr. IV a nach Beendigung des Projekts Interner Arbeitsmarkt (PIA)</i>
V b	3,00	1,00	13)	3,00	Freigestelltes Personalratsmitglied
b gD	4,00			5,00	
Richtl. Ang.gD	0,00			1,48	
c	17,43	1,00	14)	20,28	<i>kw: 1,00 VergGr. V c nach Beendigung des Projekts Interner Arbeitsmarkt (PIA)</i>
I b	6,80			7,80	
II	25,85			26,85	
X b/VII	4,75	1,00	15)	9,75	<i>Vermerk weggefallen</i>

**Einzelplan 1.1
Kapitel 1140**

**Senat und Senatsämter
Personalamt**

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-3,50		-1,00	5,00			0,50	
II a hD II a hD Richtl. Ang.hD			-5,72		-1,26	-1,00			-1,00 -1,26 -5,72	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss Verlagerung an Kapitel 1146; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg Verlagerung an Kapitel 3526; Übertragung des Fachbereichs Allgemeine Verwaltung der FHÖV an die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg
IV a IV a Richtl. Ang.gD				1,00	-1,48	-3,00			-3,00 1,00 -1,48	für Beraterfunktionen im Projekt Interner Arbeitsmarkt (PIA) Verlagerung von Kapitel 1146; Stellentausch Verlagerung an Kapitel 1146; Gründungs des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
Vc Vc Vc Vc Vc			-1,00 -1,00			-2,50 -2,00			-1,00 -1,00 -2,50 -2,00	Aufgabenstraffung im Bereich Revision für Personalausgaben Straffung der Aufgabenwahrnehmung im Bereich Allgemeines Beamtenrecht Verlagerung an Kapitel 1146; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg Verlagerung an Kapitel 1146; Gründungs des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
Vc				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1100; Übertragung der Geschäftsfelder Personal und Organisation von der Senatskanzlei an das Personalamt
VI b VI b			-1,00			-1,00			-1,00 -1,00	Verlagerung an Kapitel 3526; Übertragung des Fachbereichs Allgemeine Verwaltung der FHÖV an die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg Verlagerung an Kapitel 1146; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
VII		1,00							1,00	Für eine Seminarassistentz im Bereich Zentrale Aus- und Fortbildung
VII						-2,00			-2,00	Verlagerung an Kapitel 1146; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
IX b/VII			-1,00						-1,00	Neuorganisation des Arbeitsmedizinischen Dienstes
IX b/VII			-1,00						-1,00	Rationalisierung im Arbeitsmedizinischen Dienst

Vemerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/08	alter Vermerk 2006
IV a	12) kw: 2,00 VergGr. IV a nach Beendigung des Projekts Interner Arbeitsmarkt (PIA)	kw: 5,00 VergGr. IV a nach Beendigung des Projekts Interner Arbeitsmarkt (PIA)

Einzelplan 1.1
Kapitel 1140

Senat und Senatsämter
Personalamt

. Stellenbestand

Wertigkeit	2007/08			2006	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
III	3,00			5,00	
X b	0,50			0,50	
r. I/IV a	1,00			1,00	
umme:	102,01			125,38	
achwuchskräfte (Angestellte)*					
achwuchs mD	140,00			200,00	
umme:	140,00			200,00	
arbeiterinnen/ Arbeiter					
	1,00			1,00	
	0,00			0,38	
umme:	1,00			1,38	
umme (ohne *) nsgesamt	242,26			306,26	

Einzelplan 1.1
Kapitel 1140

Senat und Senatsämter
Personalamt

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		1,00	-14,22	2,00	-11,24	1,00			-21,46	
IX b/VII	-1,00								-1,00	Straffung der Aufgabenwahrnehmung im Arbeitsmedizinischen Dienst
VIII					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 1146; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
Summe Angestellte	-1,00	1,00	-14,22	2,00	-13,24	1,00	0,00	0,00	-24,46	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	2,92	-3,70	0,00	-1,63	0,50	0,00	0,00	-1,91	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	0,00	0,00	3,00	
Summe Angestellte insgesamt	-1,00	3,92	-17,92	2,00	-14,87	4,50	0,00	0,00	-23,37	
Nachwuchs mD			-60,00						-60,00	Reduzierung der Ausbildungskapazitäten
Summe Nachwuchskräfte (Angestellte)*	0,00	0,00	-60,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-60,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,38	0,00	0,00	0,00	-0,38	
Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,38	0,00	0,00	0,00	-0,38	
Summe (ohne*) insgesamt	-1,00	7,67	-35,17	11,60	-47,10	0,00	0,00	0,00	-64,00	

Einzelplan 1.1
Kapitel 1150

Senat und Senatsämter
Staatsarchiv (alt)

. Stellenbestand

Wertigkeit	2007/08		Vermerk Nr.	2006	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
eamtinnen/ Beamte anstellen					
3	0,00			1,00	
15	0,00	1,00	1)	3,00	Vermerk weggefallen
14	0,00			1,00	
13	0,00			2,00	
13	0,00			2,00	
12	0,00			2,00	
11	0,00			4,00	
10	0,00			2,00	
9	0,00			2,00	
9	0,00			2,00	
umme:	0,00			21,00	

- 3 Direktorin/ Direktor des Staatsarchives (0,00)
- 15 Archivdirektorin/ Archivdirektor (0,00)
- 14 Oberarchivrätin/ Oberarchivrat (0,00)
- 13 Archivrätin/ Archivrat (0,00)
- 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (0,00)
- 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00)
- 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00)
- 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)
- 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)
- 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)

Wertigkeit	2007/08		Vermerk Nr.	2006	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
erstellen (kw) *					
13	0,00			1,00	
11	0,00			1,00	
umme:	0,00			2,00	

- 13 Archivrätin/ Archivrat (0,00)
- 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00)

Einzelplan 1.1	Senat und Senatsämter
Kapitel 1150	Staatsarchiv (alt)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2007/08				2006	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 13	0,00			1,00	Nr. 6 Nr. 6	
A 11	0,00			1,00		
gesamt:	0,00			2,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen	
				Zu-gang	Ab-gang						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
B 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 3750; Eingliederung des Staatsarchivs in die Kulturbehörde	
A 15					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 3750; Eingliederung des Staatsarchivs in die Kulturbehörde	
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 3750; Eingliederung des Staatsarchivs in die Kulturbehörde	
A 13					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 3750; Eingliederung des Staatsarchivs in die Kulturbehörde	
A 13					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 3750; Eingliederung des Staatsarchivs in die Kulturbehörde	
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1140; Stellentausch für die Ausbildungsleitung	
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 3750; Eingliederung des Staatsarchivs in die Kulturbehörde	
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1140; Stellentausch für die Ausbildungsleitung	
A 11					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 3750; Eingliederung des Staatsarchivs in die Kulturbehörde	
A 10					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 3750; Eingliederung des Staatsarchivs in die Kulturbehörde	
A 9					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 3750; Eingliederung des Staatsarchivs in die Kulturbehörde	
A 9					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 3750; Eingliederung des Staatsarchivs in die Kulturbehörde	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>		0,00	0,00	0,00	1,00	-22,00	0,00	0,00	0,00	-21,00	

Vemerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/08	alter Vermerk 2006
A 15	1) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 15 Archvidirektorin/ Archvidirektor Stellenstreichungen 2003, spätestens zum 1.4.2007

Einzelplan 1.1
Kapitel 1150

Senat und Senatsämter
Staatsarchiv (alt)

. Stellenbestand

Wertigkeit	2007/08			2006	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I a hD	0,00			1,00	
V a	0,00			2,00	
b gD	0,00			3,00	
c	0,00			4,00	
I b	0,00			9,50	
II	0,00			2,94	
X b/VII	0,00			1,00	
III	0,00	1,00	2)	1,50	Vermerk weggefallen
III	0,00			1,00	
umme:	0,00			25,94	
umme (ohne *) nsgesamt	0,00			46,94	

Einzelplan 1.1 **Senat und Senatsämter**
Kapitel 1150 **Staatsarchiv (alt)**

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
II a hD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 3750; Eingliederung des Staatsarchivs in die Kulturbehörde
IV a					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 3750; Eingliederung des Staatsarchivs in die Kulturbehörde
V b gD					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 3750; Eingliederung des Staatsarchivs in die Kulturbehörde
V c					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 3750; Eingliederung des Staatsarchivs in die Kulturbehörde
VI b					-9,50				-9,50	Verlagerung an Kapitel 3750; Eingliederung des Staatsarchivs in die Kulturbehörde
VII					-2,94				-2,94	Verlagerung an Kapitel 3750; Eingliederung des Staatsarchivs in die Kulturbehörde
IX b/VII					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 3750; Eingliederung des Staatsarchivs in die Kulturbehörde
VIII					-1,50				-1,50	Verlagerung an Kapitel 3750; Eingliederung des Staatsarchivs in die Kulturbehörde
VIII					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 3750; Eingliederung des Staatsarchivs in die Kulturbehörde
<i>Summe Angestellte</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	-25,94	0,00	0,00	0,00	-25,94	
Summe (ohne*) insgesamt	0,00	0,00	0,00	1,00	-47,94	0,00	0,00	0,00	-46,94	

Stellenveränderungen zum Stellenplan 2007

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung ^{*)}
Stellenneuschaffungen				
1	1140	2,00	Oberregierungsrätin/Oberregierungsrat A 14	Verlagerung der Gesetzgebungskompetenz im Besoldungs- und Versorgungsrecht (Föderalismusreform)
		2,00	Amtsärztin/Amtsarzt A 12	
Stellenhebungen				
2	1140	1,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10 nach Regierungsamtfrau/Regierungsamtman A 11	Sachbearbeitung im Personalmanagement
3	1140	1,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10 nach Regierungsamtfrau/Regierungsamtman A 11	Sachbearbeitung für Ernennungen
Sonstige Stellenveränderungen				
4	1100	1,00	Baudirektorin/Baudirektor A 15 in Regierungsdirektorin/Regierungsdirektor A 15	aus laufbahnrechtlichen Gründen
5	1100	1,00	Oberbaurätin/Oberbaurat A 14 in Oberregierungsrätin/Oberregierungsrat A 14	aus laufbahnrechtlichen Gründen
6	1140	1,00	Angestellte/Angestellter IV a in Regierungsamtfrau/Regierungsamtman A 11	für die Sachbearbeitung in der Revision für Personalausgaben

^{*)} bei Stellenhebungen und -umwandlungen soweit Planstellen der Besoldungsgruppe A 11 und höher sowie der Besoldungsordnungen B, R und W oder Stellen der Vergütungsgruppe IV a und höher betroffen sind

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg für die Haushaltsjahre 2007/2008

Wirtschaftsplan Landesbetrieb Rathaus-Service (§ 26 Abs. 1 LHO)

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Minderausgaben bei Investitionen dürfen nicht zur Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan verwandt werden.
2. Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan einzeln veranschlagten Investitionsmaßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 250.000 EUR steigen. Bei laufenden Bauvorhaben können die Mehrkosten aufgrund von vertraglich vereinbarten Lohn- und Materialpreiserhöhungen der Bürgerschaft mit den nächstjährigen Erläuterungen nachgewiesen und begründet werden.
3. Investitionsausgaben für Zwecke, für die im Finanzierungsplan keine Mittel veranschlagt sind, bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme die Höhe von 250.000 EUR übersteigen.
4. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Jahresfehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.
5. Die Verwendung nicht veranschlagter Einnahmen aus der Abgabe von Grundstücken bedarf der Einwilligung der Bürgerschaft.

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2005	2006	2007	2008
	– in Tsd. EUR –			
1	2	3	4	5
A. ERFOLGSPLAN				
<u>Erträge</u>				
1. Umsatzerlöse				
4010 Bauunterhaltung u. Bewirtschaftung für die Bürgerschaftskanzlei	472		697	697
4020 Dienstleistungen Interner-Service	203		1.012	1.009
4030 Dienstleistungen Haustechnik	4		497	495
4040 Dienstleistungen Veranstaltungsmanagement	242		1.263	1.242
4050 Trauungen	3		3	3
4060 Führungen	105	54	102	100
4070 Turm auf Neuwerk	10		10	10
4080 Sonstige Erträge	45			
4110 Verfügungsmittel der Senatskanzlei	157		160	160
4120 Tagungsmittel der Senatskanzlei	132		130	130
4130 Bauunterhaltung für die Senatskanzlei	228		884	884
4140 Geschäftsbedarf	144		240	240
4150 Bewirtschaftung	683		623	623
4160 Dataport	92		92	92
Summe 1.	2.519	54	5.714	5.685
2. Sonstige betriebliche Erträge				
4960 Periodenfremde Erträge	0	0	0	
Summe 2.	0	0	0	0
3. Außerordentliche Erträge				
4830 Gewährleistung der Versorgungszusagen durch die FHH (Zuführung)	187	45	40	35
4831 Gewährleistung der ATZ-Zusagen durch die FHH	83	121	80	70
Summe 3.	270	166	120	105
<u>Gesamterträge</u>	2.789	220	5.834	5.790

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2008
	– in Tsd. EUR –			
1	2	3	4	5
A. ERFOLGSPLAN				
<u>Aufwendungen</u>				
1. Materialaufwendungen				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren				
...				
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen				
5900 Fremdleistungen	309	221	280	280
Summe 1.	309	221	280	280
2. Personalaufwendungen				
2.1 Gehälter und Löhne				
6010 Angestelltenvergütungen	1.723	1.723	1.697	1.674
6020 Beamtenbezüge	82	79	92	92
6030 Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	53	57	32	32
Summe 2.1	1.857	1.859	1.821	1.797
2.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung				
6110 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte	359	366	361	356
6130 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Arbeiter	10	12	7	7
6050 Versorgungsaufwendungen - Beamte	25	24	25	25
6055 Versorgungsaufwendungen - Angestellte	189	188	158	156
6060 Versorgungsaufwendungen - Arbeiter	6	5	4	4
6170 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	1	3	3	3
6180 Pensionsrückstellung (Zuführung)	187	45	40	35
6190 Rückstellung für Altersteilzeit	83	121	80	70
6120 Beiträge zur Landesunfallkasse	1	10	2	2
Summe 2.2	861	774	679	657
Summe 2.	2.719	2.633	2.500	2.455
3. Abschreibungen auf Anlagevermögen				
6220 Abschreibungen auf Sachanlagen	28	37	23	23
Summe 3.	28	37	23	23
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen				
4.1 Personalbedingte Aufwendungen				
6090 Aus- und Fortbildung	6	10	10	10
6650 Reisekosten	0	2	1	1
6835 Dienstkleidung	11	9	11	11
6840 Reinigung Wäsche	28	36	30	30
Summe 4.1	45	57	52	52
4.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung				
6310 Heizung/Gas	170		175	175

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2005	2006	2007	2008
	– in Tsd. EUR –			
1	2	3	4	5
6315 Strom	231		235	235
6320 Wasser/Abwasser	35		37	37
6325 Müll/Gehwegreinigung	25		28	28
6330 Reinigung	323		323	323
6335 Bauunterhaltung	364		1.186	1.186
6345 Wartung	102	1	102	102
6350 Notrufanlagen	12		14	14
6355 Mieten Kopierer	216	100	216	216
6390 Sonstige Bewirtschaftung	109		110	110
67300 Instandhaltung von Grundstücken und Gebäuden			0	0
Summe 4.2	1.586	101	2.426	2.426
4.3 Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb				
6400 Versicherungen	0			
6800 Portokosten	2	5	38	38
6805 Telefon	142	16	147	147
6815 Geschäftsbedarf	144	20	155	155
6820 Zeitschriften, Bücher	1		1	1
6825 Aufwand für Sachverständige und Gutachter	9		9	9
6830 Speisen und Getränke in Veranstaltungen	333		301	301
6831 Fahnen und Blumenschmuck	35		25	25
6832 Essensmarken	1			
6833 Technischer Aufwand in Veranstaltungen	20		30	30
6834 Wein	2		5	5
6845 Instandhaltung (Betriebs- und Geschäftsausstattung)	13	2	15	15
6850 Sonstiger Betriebsbedarf	3		3	3
6855 Wartung Software	0	16	16	16
6860 Dienstleistungen der FHH für den Rathaus-Service	36	35	26	26
6865 Organisationsentwicklung	3	14	7	7
6870 Fahrtkosten				
6880 Kontoführung			1	1
6895 Anlagenabgänge von Sachanlagen	1			
Summe 4.3	745	108	779	779
Summe 4.	2.376	266	3.257	3.257
<u>Gesamtaufwendungen</u>	5.432	3.157	6.060	6.014
<u>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</u>	-2.643	-2.936	-226	-224

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2008
	– in Tsd. EUR –			
1	2	3	4	5
B. Finanzierungsplan				
I. <u>Finanzbedarf</u>				
1. Investitionen				
... Bebaute Grundstücke				
... Gebäude				
... Maschinen und Anlagen				
... Fahrzeuge				
0650 Betriebs- und Geschäftsausstattung	30	14	20	20
Summe 1.	30	14	20	20
2. Sonstiger Finanzbedarf				
... Abdeckung des im Vorjahr nicht gedeckten Finanzbedarfs				
... Ablieferung an den Haushalt				
33500 Jahresfehlbetrag	2.643	2.936	226	224
Summe 2.	2.643	2.936	226	224
<u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u>	2.673	2.950	246	244
II. <u>Deckungsmittel</u>				
6220 Abschreibungen auf Sachanlagen	27	37	23	23
... Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel			0	
2925 Betriebszuschuss aus dem Haushalt (Titel 1100.682.01)	2.684	2.666		
2920 Investitionszuschuss aus dem Haushalt (Titel 1100.891.01)	28	14	20	20
2920 Betriebszuschuss für IUK-Ausgaben (Titel 1100.682.56)		16	16	16
" 2530 Investitionszuschuss für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik"				
" 2920 Zuweisung für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne Titel (1100.632.91)"	219	217	187	185
<u>Summe Deckungsmittel</u>	2.958	2.950	246	244
III. Noch verfügbare Deckungsmittel (+)	285	0	0	0
Nicht gedeckter Finanzbedarf (-)				

Erläuterungen zu den Wirtschaftsplänen 2007 und 2008 des Landesbetriebes
Rathaus-Service**A. Erfolgsplan****Einnahmen**1. Umsatzerlöse

- Konto 4010: Es handelt sich um eine Erstattung der Bürgerschaftskanzlei für die Durchführung der Bauunterhaltung und Bewirtschaftung im Rathaus und der Alten Post (Ansatz der Bürgerschaftskanzlei).
- Konto 4020: Veranschlagt sind Erträge für die Dienstleistungen des Internen-Service. Hierzu zählen die Poststelle, die Druckerei sowie die Registratur. Im Unterschied zum Ergebnis 2005 werden ab 2007 auch die Personalkosten des Rathaus-Service in Rechnung gestellt.
- Konto 4030: Veranschlagt sind Erträge für die Dienstleistungen der Haustechnik. Hierzu zählen die Bauunterhaltung, die Bewirtschaftung und die Bereitstellung von Veranstaltungstechnik im Rathaus, der Alten Post und des Gästehaus des Senats. Im Unterschied zum Ergebnis 2005 werden ab 2007 auch die Personalkosten des Rathaus-Service in Rechnung gestellt.
- Konto 4040: Veranschlagt sind Erträge für die Dienstleistungen des Veranstaltungs-Management. Hierzu zählen die Durchführung von Veranstaltungen und Führungen sowie der Dielendienst. Im Unterschied zum Ergebnis 2005 werden ab 2007 auch die Personalkosten des Rathaus-Service in Rechnung gestellt.
- Konto 4050: Erträge für die Begleitung von Trauungen im Rathaus durch Ratsdiener.
- Konto 4060: Erträge aus Führungen im Rathaus. Mehr in Anpassung an das Ergebnis 2005.
- Konto 4070: Eintrittsgelder für die Besichtigung des Turmes auf Neuwerk.
- Konto 4110: Erstattung für Cateringleistungen des Rathaus-Service aus dem entsprechenden Titel der Senatskanzlei.
- Konto 4120: Erstattung für Cateringleistungen des Rathaus-Service aus dem entsprechenden Titel der Senatskanzlei.
- Konto 4130: Es handelt sich um eine Erstattung der Senatskanzlei für die Durchführung der Bauunterhaltung und Bewirtschaftung im Rathaus, der Alten Post und dem Gästehaus des Senats durch den Rathaus-Service (Ansatz der Senatskanzlei).
- Konto 4140: Es handelt sich um eine Erstattung der Senatskanzlei für die Beschaffung des Geschäftsbedarfs durch den Rathaus-Service (Ansatz der Senatskanzlei).
- Konto 4150: Es handelt sich um eine Erstattung der Senatskanzlei für die Bewirtschaftung des Rathauses, der Alten Post und des Gästehaus des Senats durch den Rathaus-Service (Ansatz der Senatskanzlei).
- Konto 4160: Es handelt sich um eine Erstattung der Senatskanzlei für die Kosten von Dataport.

3. Außerordentliche Erträge

- Konto 4830: Es handelt sich um eine werthaltige Forderung gegenüber der FHH. Der Ansatz ergibt sich auf Grund von Erfahrungswerten.
- Konto 4831: Es handelt sich um Rückstellungen für Mitarbeiter/Innen, deren Anträge auf Gewährung von Altersteilzeit im Blockmodell genehmigt wurden. Der Ansatz ergibt sich auf Grund von Erfahrungswerten.

A. Erfolgsplan

Aufwendungen

1. Materialaufwendungen

Konto 5900: Aufwendungen für Fremdleistungen für den Rathaus-Service. Weniger durch Einsparungen.

2. Personalaufwendungen

Konto 6010: Aufwendungen für die Angestellten des Rathaus-Service. Im Vergleich zum Ergebnis 205 weniger durch das Bewirtschaften von Stellen.

Konto 6020: Aufwendungen für die Beamten des Rathaus-Service. Mehr (10 Tsd. EUR) auf Grund von Dienstpostenhebungen.

Konto 6030: Aufwendungen für Arbeiter des Rathaus-Service. Im Vergleich zum Ergebnis 205 weniger durch das Bewirtschaften von Stellen.

Konto 6110, 6130: Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung der Angestellten und Arbeiter.

Konto 6050, 6055, 6060: Veranschlagt sind Versorgungsaufwendungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter.

Konto 6180: Die Zuführung zu der Pensionsrückstellung ergibt sich auf Grund von Erfahrungswerten.

Konto 6190: Die Zuführung zu den Rückstellungen für Altersteilzeit ergibt sich auf Grund von Erfahrungswerten.

Konto 6120: Versicherungsbeiträge an die Landesunfallkasse für die Beschäftigten des Rathaus-Service. Weniger durch Korrektur des Ansatzes 2005/2006.

3. Abschreibungen auf das Anlagevermögen

Konto 6220: Die Abschreibungen ergeben sich anhand des bilanzierten Anlagevermögens und der Investitionen 2007/2008.

4. Sonstige betriebliche Aufwendungen

4.1 Personalbedingte Aufwendungen

Konto 6090: Mehr (4 Tsd. EUR) im Vergleich zum Ergebnis 2005, auf Grund eines höheren Schulungsbedarfs.

Konto 6835: Aufwendungen für die Dienstkleidung der Ratsdiener sowie der Haustechniker.

Konto 6840: Aufwendungen für die Reinigung der Tischwäsche und der Dienstkleidung. Weniger in Anpassung an das Ergebnis 2005.

4.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung

Konto 6310: Heizkosten für das Rathaus und das Gästehaus des Senats. Ansatz der Senats- und Bürgerschaftskanzlei.

Konto 6315: Stromkosten für das Rathaus, die Alte Post und das Gästehaus des Senats. Ansatz der Senats- und Bürgerschaftskanzlei.

Konto 6330: Reinigungskosten für das Rathaus und die Alte Post. Ansatz der Senats- und Bürgerschaftskanzlei.

Konto 6335: Kosten für die Bauunterhaltung des Rathauses und des Gästehauses des Senats. Ansatz der Senats- und Bürgerschaftskanzlei.

Konto 6345: Kosten für die Wartung von technischen Anlagen. Ansatz der Senats- und Bürgerschaftskanzlei.

Konto 6350: Kosten für Alarmanlagen u. a. für Aufschaltgebühren.

Konto 6355:	Mietkosten für die Kopierer des Rathaus-Service.
Konto 6390:	Betriebskosten für das Gebäude Alte Post, Leuchtmittel sowie diverse weitere Kosten. Ansatz der Senats- und Bürgerschaftskanzlei.

4.3 Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb

Konto 6800:	Portokosten laut Ansatz der Senatskanzlei sowie 5 Tsd. EUR für den Rathaus-Service.
Konto 6805:	Telefonkosten der Senatskanzlei und des Rathaus-Service. Ansatz der Senats- und Bürgerschaftskanzlei. Hiervon entfallen 5 Tsd. EUR auf den Rathaus-Service.
Konto 6815:	Geschäftsbedarf laut Ansatz der Senatskanzlei. Enthalten sind Kosten in Höhe von 25 Tsd. EUR für den Rathaus-Service.
Konto 6825:	Kosten für Sachverständige u. a. zur Überprüfung der Brandmeldeanlagen im Rathaus.
Konto 6830:	Kosten für Speisen und Getränke der unterschiedlichen Veranstaltungen im Rathaus und dem Gästehaus des Senats.
Konto 6831:	Kosten für Fahnen und Blumenschmuck in Verbindung mit Veranstaltungen im Rathaus und dem Gästehaus des Senats.
Konto 6833:	Kosten für technische Unterstützung bei Veranstaltungen im Rathaus und Gästehaus des Senats. Mehr (10 Tsd. EUR) im Vergleich zum Ergebnis 2005, da der Bedarf für Technikausstattung steigt.
Konto 6834:	Ersatzbeschaffungen von Getränken für Veranstaltungen.
Konto 6845:	Kosten für die Reparatur technischer Geräte.
Konto 6855:	Weniger (16 Tsd. EUR) in Anpassung an das Ergebnis 2005.
Konto 6860:	Kosten für die Dienstleistungen unterschiedlicher Dienststellen der FHH. Korrektur des Ansatzes auf Grund des voraussichtlichen Ergebnisses 2006.
Konto 6865:	Kosten für Organisationsentwicklung im Rahmen weiterer struktureller Anpassungen des Rathaus-Service.
Konto 6880:	Kosten des Geldverkehrs.

A. Finanzierungsplan

I. Finanzbedarf

Konto 0650:	Investitionen für die Betriebs- und Geschäftsausstattung des Rathaus-Service.
-------------	---

Lagebericht des Landesbetriebes Rathaus-Service 2005

1. Aufgaben und Dienstleistungen des Landesbetriebes

Der Rathaus-Service ist ein Dienstleistungsunternehmen der Freien und Hansestadt Hamburg. Er wurde durch Senatsbeschluss vom 17. November 2004 und mit Zustimmung der Bürgerschaft zum 01. Januar 2005 als Landesbetrieb gegründet. Mit diesem Lagebericht wird der 1. Jahresabschluss für das Jahr 2005 vorgelegt. Der Landesbetrieb wird nach der Landeshaushaltsordnung (LHO) geführt. Die Bilanzierung erfolgt gemäß Handelsgesetzbuch (HGB) und speziellen Verwaltungsvorschriften. Die Prüfung wird durch die Vorprüfstelle der Finanzbehörde vorgenommen.

Der Rathaus-Service erbringt unterschiedliche Dienstleistungen für den Senat, die Senatskanzlei, die Bürgerschaftskanzlei, Fachbehörden und externe Nutzer des Rathauses.

Das Dienstleistungsspektrum des Rathaus-Service umfasst die Bauunterhaltung und Pflege des Rathauses sowie des Gästehauses des Senats. Neben dem Rathaus, dem Gästehaus des Senats und dem Turm auf Neuwerk werden auch die angemieteten Räume in der Alten Post bewirtschaftet. Für Veranstaltungen stellt der Bereich Facility-Management des Rathaus-Service die Technik im Rathaus und Gästehaus des Senats zur Verfügung. Zu den Veranstaltungen zählen u. a. Sitzungen von Senat und Bürgerschaft, Senatsempfänge, Staatsbesuche, Konferenzen, Tagungen sowie Ausschusssitzungen.

Das Veranstaltungs-Management ist für die Termin- und Raumkoordination aller Veranstaltungen im Rathaus und Gästehaus des Senats und deren Planung, Vorbereitung, Durchführung sowie Nachbereitung verantwortlich. Hierzu zählt auch der Dielendienst im Rathaus, der Abgeordneten der Bürgerschaft, Gästen und Besuchern des Rathauses Auskünfte erteilt. Im Jahr 2005 wurden 3.551 Veranstaltungen im Rathaus und Gästehaus des Senats durchgeführt. Hiervon entfielen 2.056 Veranstaltungen auf die Senatskanzlei und 1.495 Veranstaltungen auf die Bürgerschaftskanzlei. Gegenüber dem Vorjahr sind dies 691 zusätzliche Veranstaltungen und entspricht einer Steigerung von rd. 24 %. Neben den Veranstaltungen finden im Rathaus auch Führungen statt, soweit die betrieblichen Abläufe dies erlauben. Im Jahr 2005 wurden insgesamt 3.485 Führungen durchgeführt. Hiervon entfielen 1.104 auf angemeldete Führungen. Im Vergleich zum Jahr 2004 (973 Führungen) war dies eine Steigerung von 13,5 %

Der Interne Service des Rathaus-Service stellt die Infrastruktur im Rathaus bereit. So wird der Postein- und -ausgang der Senatskanzlei, der Bürgerschaftskanzlei und teilweise des Personalamtes über die Poststelle des Rathaus-Service abgewickelt. Die Druckerei des Rathaus-Service erstellt diverse Druckerzeugnisse unter anderem Senatsdrucksachen, Stellenausschreibungen der Freien und Hansestadt Hamburg und Pressespiegel.

Die zentrale Telefonvermittlung leitet Anrufer an die zuständigen Stellen weiter oder versucht direkt mit Sachauskünften zu helfen. Der Rathaus-Service führt außerdem die zentralen Beschaffungen für die Senatskanzlei durch und ist ebenfalls verantwortlich für die Registratur, die mit einem elektronischen Archivierungssystem (Eldorado) arbeitet. Zu diesem Bereich einige Kennzahlen:

	2004	2005
Registrierte Dokumente in Eldorado	16.000	16.000
Druckvolumen	13.400.000	12.700.000
Auftragsvolumen für Beschaffungen	346.000 EUR	430.000 EUR
Beschaffungsvorgänge	396	640

2. Ziele des Landesbetriebes

Ziel des Landesbetriebes Rathaus-Service ist es, der Senats- und Bürgerschaftskanzlei, den Fachbehörden sowie den sonstigen Kunden ein leistungsstarker Partner zu sein, der seine Dienstleistungen nutzen- und kundenorientiert erbringt. In einem ersten Schritt hat der Landesbetrieb Budgets für die Senats- und Bürgerschaftskanzlei für die Jahre 2005 und 2006 ermittelt und durch die Einführung einer doppelten Buchführung und einer Kosten- und Leistungsrechnung die Kosten verursachergerecht den Budgets zugeordnet. Weiter Ziele sind u. a.:

Die Kommunikation unter den Serviceeinheiten soll optimiert werden. Durch die Ressourcenverantwortung für den Personalbereich wird die Identifikation mit dem Landesbetrieb gestärkt und die innerbetriebliche Mobilität verbessert. Hierzu zählt auch der Einsatz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in anderen Bereichen des Rathaus-Service bei entsprechender ressortübergreifender Ausbildung.

Die Optimierung der Qualität soll durch eine Verbesserung der Ablauforganisation und der Arbeitsabläufe erreicht werden. Arbeitsabläufe in der Ablauforganisation wurden der neuen Struktur angepasst, finanzielle Mittel können bedarfsorientierter eingesetzt werden. Die dadurch erreichbare größere Effizienz und Flexibilität führt zu einer Optimierung der Geschäftsprozesse.

3. Verlauf des Geschäftsjahres 2005

Im Geschäftsjahr 2005 hat der Rathaus-Service die in der Drucksache formulierten Ziele verfolgt und einen Standardkatalog mit allen Produkten definiert. Den Produkten wurden in einem ersten Schritt die jeweiligen geschätzten Zeiteinheiten zugeordnet. Der Standardkatalog bildet in Abstimmung mit der Senats- und Bürgerschaftskanzlei die Arbeitsgrundlage.

Um die Ergebnisse des Standardkatalogs zu überprüfen wurde eine projektbezogene, kontinuierliche Zeitaufschreibung durchgeführt. Mit ihrer Hilfe sind die bislang überwiegend prozentual zugeordneten Kosten für die Dienstleistungen des Rathaus-Service konkretisiert worden.

Darüber hinaus ist durch mehrfache, auf verschiedenen Ebenen geführte Mitarbeitergespräche die Entwicklung eines Kosten- und Servicebewusstseins erzielt worden.

Im Verlauf des Geschäftsjahres ist deutlich geworden, dass sich die Nachfrage nach Dienstleistungen insbesondere im Bereich der Ratsdiener und der Haustechnik im Vergleich zu den Vorjahren verschoben hat. So ist die Nachfrage insbesondere nach Leistungen der Haustechnik deutlich gestiegen. Wurden beispielsweise im Jahr 2004 noch 13 Ausschusssitzungen im Kaisersaal durchgeführt waren dies 2005 bereits 20 Ausschusssitzungen. Im Vergleich zu den standardisierten Ausschusssitzungen ist hiermit ein erheblicher Mehraufwand bei der Haustechnik und den Ratsdienern verbunden. Daher wird der Rathaus-Service seine Kostenstruktur der veränderten Nachfrage anpassen.

Der Landesbetrieb Rathaus-Service hat ab dem Wirtschaftsjahr 2005 damit begonnen die Kosten für die Bauunterhaltung und Bewirtschaftung des Rathauses, der Alten Post sowie des Gästehauses des Senats für die Senats- und Bürgerschaftskanzlei über den Wirtschaftsplan abzurechnen. Die entstandenen Kosten sind der Senats- und Bürgerschaftskanzlei in Rechnung gestellt worden. Über den Wirtschaftsplan abgerechnet hat der Rathaus-Service außerdem die Verfügungsmittel des Senats, die Tagungsmittel des Senats und den Geschäftsbedarf für die Senatskanzlei. Somit standen den höheren Aufwendungen Erträge in entsprechender Höhe gegenüber. Ein weiteres Ergebnis des Geschäftsjahres 2005 ist eine europaweite Ausschreibung der Unterhaltsreinigung für das Rathaus unter Mitwirkung der Finanzbehörde. Der bisherige Anbieter wurde unterboten. Ergebnis der Ausschreibung ist, dass rd. 40% der bisherigen Kosten eingespart werden können.

Der Rathaus-Service hat im Vergleich zum Ansatz 2005 auch Erträge im Veranstaltungsbereich erwirtschaftet. Es wurden im Jahr 2005 erstmalig Dienstleistungen (Catering, Getränke, Veranstaltungstechnik) angeboten und bestimmten Nachfragern (Fachbehörden) in Rechnung gestellt. Im Bereich Eintrittsgelder für Führungen, Trauungen und Eintrittsgelder für die Besteigung des Turmes auf Neuwerk konnten die Erträge durch eine Erhöhung der Eintrittspreise für Führungen des Rathauses verdoppelt werden. Daneben konnten Einsparungen in diversen Aufwandspositionen realisiert werden.

Für das abgelaufene Wirtschaftsjahr stehen aufgrund der Entwicklung des Wirtschaftsjahres 2005 noch Deckungsmittel in Höhe von 285 TEUR zur Verfügung. Das Eigenkapital betrug am 31.12.2005 rd. 412 TEUR. Bilanziert hat der Landesbetrieb außerdem die folgenden Rückstellungen:

	Versorgungsrückstellungen	Sonstige Rückstellungen	Summe
	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR
Spalte	1	2	3
Stand: 31.12.2005	291	143	434

4. Entwicklung des Betriebes

Der Rathaus-Service wird auch im Wirtschaftsjahr 2006 die Budgets der Senats- und Bürgerschaftskanzlei bewirtschaften. Ab dem Wirtschaftsjahr 2007 wird der Rathaus-Service dann auch alle Personalkosten für Dienstleistungen der Senats- und Bürgerschaftskanzlei sowie den Fachbehörden und Externen Nutzern des Rathauses in Rechnung stellen. Hierfür soll in 2006 eine aktualisierte Preisliste erstellt werden. In einem weiteren Schritt soll die Abrechnung mit den Kunden des Rathaus-Service optimiert werden. Das Raumbuchungsprogramm soll mit der Finanzbuchhaltung über eine Schnittstelle verbunden werden. Ziel ist eine weitere Optimierung der Arbeitsabläufe.

Für den Bereich der Führungen soll in den nächsten Jahren der Deckungsbeitrag weiter verbessert werden. Hierbei ist nicht nur an eine Entgelterhöhung gedacht, sondern es soll auch versucht werden die Kosten für Fremdpersonal zu senken.

Die Telefonzentrale des Rathaus-Service soll im Laufe des Jahres 2006 in den telefonischen Hamburg Service verlagert werden. Der Rathaus-Service wird die entsprechende Anzahl an Stellen an das Bezirksamt Wandsbek übertragen.

Geplant ist weiterhin zwei Ausbildungsplätze im Bereich Veranstaltungsmanagement als Restaurantfachfrau/-mann anzubieten. Die Ausbildungsplätze sollen ausschließlich an Hauptschulabsolventen vergeben werden.

5. Künftige Risiken

Obwohl das Jahr 2005 mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen werden konnte, zeichnen sich für die Zukunft Risiken ab. Der Krankenstand des Rathaus-Service liegt deutlich über dem Krankenstand der FHH. Eine wesentliche Ursache hierfür ist die überdurchschnittliche Quote von Beschäftigten, die schwerbehindert sind (17%). Von daher ist auch in Zukunft mit einer höheren Ausfallquote zu rechnen.

Eine neue Herausforderung wird die Umsetzung der im Arbeitszeitgesetz geregelten Höchstarbeitszeit von zehn Stunden täglich sein. Diese Regelung ist mit dem Veranstaltungsbetrieb und den pauschal vergüteten 47 Überstunden der Ratsdiener nicht vereinbar. Im Jahr 2006 muss deshalb in Abstimmung mit dem Personalrat ein neues Arbeitszeitmodell entwickelt werden.

Darüber hinaus ergeben sich Risiken durch bereits erfolgte Zusagen zur Altersteilzeit bzw. künftiger Anträge auf Altersteilzeit. Da die Personalkosten auch in der Ruhephase vom Landesbetrieb zu tragen sind, können die Stellen nicht nach besetzt werden. Trotzdem muss es dem Rathaus-Service gelingen seine Dienstleistungen im bisherigen Umfang mit gleich bleibender Qualität zu erbringen.

Einzelplan LAN
Kapitel 1105

Landesbetriebe
Rathaus-Service

. Stellenbestand

kw 2007/ 08	kw 2009	kw 2010	kw 2011	kw >2011	kw o.T.	Vermerke
					1,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Wertigkeit	2007/ 08			2006	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
eamtinnen/ Beamte lanstellen					
12	1,00			0,00	
11	1,00			0,00	
umme:	2,00			0,00	

12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00)
11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)

Wertigkeit	2007/ 08			2006	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
a	1,00			0,00	
b	0,00			0,00	
V a	0,50			0,00	
V b	1,00			0,00	
b gD	2,00			0,00	
b mD	2,00			0,00	
c	6,50			0,00	
I b	6,00			0,00	
II	7,00	1,00	1)	0,00	<i>kw: 1,00 VergGr. VII nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
III	5,00			0,00	
sonderregel.mD	19,00			0,00	
Richtl. Ang.eD	0,00			0,00	
umme:	50,00			0,00	
rbeiterinnen/ Arbeiter					
(R)	1,00			0,00	
ichtl. Arb.	1,00			0,00	
umme:	2,00			0,00	
umme (ohne *) nsgesamt	54,00			0,00	

Einzelplan LAN	Landesbetriebe
Kapitel 1105	Rathaus-Service

II. Erläuterungen**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 12					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 1100; Stellentausch
A 11					2,00				2,00	Verlagerung von Kapitel 1100; Gründung des Landesbetriebs Rathaus-Service
A 11						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1100; Stellentausch
Summe Beamtinnen/ Beamte		0,00	0,00	0,00	3,00	-1,00	0,00	0,00	2,00	
I a							1,00		1,00	Für die Leitung des Rathaus-Service
I b					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 1100; Gründung des Landesbetriebs Rathaus-Service
I b							-1,00		-1,00	Stellenneubewertung
IV b					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 1100; Gründung des Landesbetriebs Rathaus-Service
V b g D					2,00				2,00	Verlagerung von Kapitel 1100; Gründung des Landesbetriebs Rathaus-Service
V b m D					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 1100; Gründung des Landesbetriebs Rathaus-Service
V c					6,50				6,50	Verlagerung von Kapitel 1100; Gründung des Landesbetriebs Rathaus-Service
VI b					7,00				7,00	Verlagerung von Kapitel 1100; Gründung des Landesbetriebs Rathaus-Service
VII					6,50				6,50	Verlagerung von Kapitel 1100; Gründung des Landesbetriebs Rathaus-Service
VII					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 1100; Rathaus Service LHO
VIII					5,00				5,00	Verlagerung von Kapitel 1100; Gründung des Landesbetriebs Rathaus-Service
Sonderregel.mD					19,00				19,00	Verlagerung von Kapitel 1100; Gründung des Landesbetriebs Rathaus-Service
Summe Angestellte		0,00	0,00	0,00	50,00	0,00	0,00	0,00	50,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	0,00	0,68	-0,68	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Angestellte insgesamt		0,00	0,00	0,00	50,68	-0,68	0,00	0,00	50,00	
2					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 1100; Gründung des Landesbetriebs Rathaus-Service
1 (R)					2,02				2,02	Verlagerung von Kapitel 1100; Gründung des Landesbetriebs Rathaus-Service
Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter		0,00	0,00	0,00	3,02	0,00	0,00	0,00	3,02	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	0,00	0,05	-1,07	0,00	0,00	0,00	-1,02	
Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt		0,00	0,00	0,00	3,07	-1,07	0,00	0,00	2,00	
Summe (ohne *) insgesamt		0,00	0,00	0,00	56,75	-2,75	0,00	0,00	54,00	

Stellenveränderungen zum Stellenplan 2007

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung ^{*)}
Stellenhebungen				
1	1105	1,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11 nach Amtsrätin/Amtsrat A 12	Leitung des Referates Ver- anstaltungsservice

^{*)} bei Stellenhebungen und -umwandlungen soweit Planstellen der Besoldungsgruppe A 11 und höher sowie der Besoldungsordnungen B, R und W oder Stellen der Vergütungsgruppe IV a und höher betroffen sind

Haushaltsplan-Entwurf der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2007/2008

Wirtschaftsplan Landesbetrieb Zentrum für Personaldienste (§ 26 Abs. 1 LHO)

zugleich als Erläuterung zu den Titeln:

1140.632.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an den Wirtschaftsplan ZPD
1140.682.01	Zentrale Erstattung für Leistungen des Wirtschaftsplans ZPD
1140.682.56	Zentrale Erstattung für Leistungen des Wirtschaftsplans ZPD (IuK)
1140.891.01	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan ZPD
1140.891.56	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan ZPD für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Minderausgaben bei Investitionen dürfen nicht zur Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan verwandt werden.
2. Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan einzeln veranschlagten Investitionsmaßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 250 000 Euro steigen. Bei laufenden Bauvorhaben können die Mehrkosten aufgrund von vertraglich vereinbarten Lohn- und Materialpreiserhöhungen der Bürgerschaft mit den nächstjährigen Erläuterungen nachgewiesen und begründet werden.
3. Investitionsausgaben für Zwecke, für die im Finanzierungsplan keine Mittel veranschlagt sind, bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme die Höhe von 250 000 Euro übersteigen.
4. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Jahresfehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2008
	In Tsd. Euro			
1	2	3	4	5
A. ERFOLGSPLAN				
<u>Erträge</u>				
1. Zentrale Erstattungen für Pflichtleistungen	0	0	18.148	18.140
2.1 Umsatzerlöse				
50xx00 Erlöse aus Kundenzahlungen	1.274	1.125	1.060	1.060
50xx00 Erlöse von Einrichtungen gem. § 15 LHO	1.756	0	1.770	1.770
50xx00 Sonstige Erlöse	354	0	690	740
2.2 50xx00 Sonstige betriebliche Erträge	291	0	60	60
Summe 1.	3.675	1.125	21.728	21.770
6. Außerordentliche Erträge				
581000 Gewährleistung der Versorgungszusage durch die FHH	158	163	180	180
582000 Eigenbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Zusatzversorgung nach Ruhegeldrecht	82	57	70	70
583000 Gewährleistung der ATZ-Zusage durch die FHH	57	0	0	0
584000 Sonstige a.o. Erträge	5	0	2	2
Summe 6.	302	220	252	252
<u>Gesamterträge</u>	3.977	1.345	21.980	22.022

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2008
	In Tsd. Euro			
1	2	3	4	5
A. ERFOLGSPLAN				
<u>Aufwendungen</u>				
1. Materialaufwendungen				
Aufwendungen für bezogene Leistungen				
61xx00 Erstattung der Dienstleistungen von dataport (Rechenzentrum)	4.016	4.458	3.965	3.965
61xx00 Aufwendungen für verschiedene Fremdleistungen	97	0	406	406
Summe 1.	4.113	4.458	4.371	4.371
2. Personalaufwendungen				
2.1 Gehälter und Löhne				
620000 Beamtenbezüge	4.596	4.716	4.721	4.745
630000 Angestelltenvergütungen	6.363	6.032	6.038	6.045
639000 Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehalts- charakter	155	25	145	145
Summe 2.1	11.114	10.773	10.904	10.935
2.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung				
640000 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte	1.310	1.296	1.283	1.285
641000 Versorgungsaufwendungen – Beamte	1.414	1.396	1.344	1.344
642000 Versorgungsaufwendungen – Angestellte	690	661	687	687
643000 Pensionsrückstellung (Zuführung)	240	220	250	250
644500 Rückstellung AN-Eigenbeteiligung nach ZVG ohne Anspruch	0	18	18	18
646000 ATZ-Rückstellung (Zuführung)	57	22	22	22
645x00 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	354	190	350	350
648000 Beiträge zur Landesunfallkasse	1	9	2	2
Summe 2.2	4.066	3.812	3.956	3.958
Summe 2.	15.180	14.585	14.860	14.893
3. Abschreibungen auf Anlagevermögen	821	0	760	832
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen				
4.1 Personalbedingte Aufwendungen				
661000 Fahrtkosten, Reisekosten	12	10	10	10
662000 Dienst- und Schutzkleidung	0	1	1	1
663000 Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	25	85	79	79
Summe 4.1	37	96	90	90
4.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung				
67xx00 Mieten und Leasing	978	1.002	1.002	1.002
677000 Bewirtschaftung, Entsorgung, Bauunterhaltung	776	241	309	309
Summe 4.2	1.754	1.243	1.311	1.311

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2008
	In Tsd. Euro			
1	2	3	4	5
4.3 Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb				
676000 Rechts- und Beratungskosten	51	41	45	54
680000 Büromaterial und Ausstattung, Fachliteratur	80	88	93	93
683000 Porto, Fernmeldekosten	509	415	472	472
684000 IuK-Betriebskosten	277	109	597	597
687000 Marketing	13	20	20	20
Summe 4.3	930	673	12277	1.236
4.4 Übrige sonstige Aufwendungen				
699000 Sonstige betriebliche Aufwendungen	280	20	31	31
69xx00 nicht abziehbare Vorsteuer	93	0	90	90
6xx000 Abführungen an den Haushalt (Einrichtungen § 15 LHO)	1.756	0	0	0
Summe 4.4	2.129	20	121	121
Summe 4.	4.888	2.032	2.749	2.758
<u>Gesamtaufwendungen</u>	24.964	21.075	22.740	22.854
<u>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</u>	-20.987	-19.730	-760	-832

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
	2005	2006	2006	2007	2007	2008	2008
	– in Tsd. Euro –						
1	2	3	4	5	6	7	8
B. Finanzierungsplan							
I. Finanzbedarf							
1. Investitionen							
Gebäude (Um- und Ausbau, Ausstattung)	85	0		39		39	
Immaterielle Wirtschaftsgüter / Software /Hardware	856	2.765		623		244	
Summe 1.	941	2.765		662		283	
2. Sonstiger Finanzbedarf							
Jahresfehlbetrag	20.987	19.730		760		832	
Summe 2.	20.987	19.730		760		832	
<u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u>	21.928	22.495		1.422		1.115	
II. Deckungsmittel							
Abschreibungen	821	0		760		832	
Versorgungszuschuss aus dem Haushalt	2.163	2.057					
Betriebszuschuss aus dem Haushalt	13.727	13.145					
Betriebszuschuss aus dem Haushalt im Zusammenhang mit IuK-Technik	4.528	4.528					
Investitionszuschuss aus dem Haushalt für IuK-Maßnahmen	1.000	2.765		623		244	
Investitionszuschuss aus dem Haushalt für Gebäude (Um- und Ausbau, Ausstattung)	0	0		39		39	
<u>Summe Deckungsmittel</u>	22.239	22.495		1.422		1.115	
III. <u>Noch verfügbare Deckungsmittel (+)</u>	311	0		0		0	
<u>Nicht gedeckter Finanzbedarf (-)</u>	0	0		0		0	

ERLÄUTERUNGEN

1. Erträge

Zentrale Erstattungen für Pflichtleistungen:

Für die Pflichtleistungen des ZPD (Bezügeabrechnung für Beschäftigte und Versorgungsempfänger, Bereitstellung von IT-Verfahren, Abrechnung von Beihilfen, Leistungen der Familienkasse u.a.) ggü. den Behörden erhält das ZPD eine zentrale Erstattung. Diese umfasst die

- Zuweisung für Versorgungszuschläge: 2.031 Tsd. EUR (2007)
- Zentrale Erstattung für Leistungen des ZPD: 11.559 Tsd. EUR (2007)
- Zentrale Erstattung für Leistungen des ZPD (IuK): 4.558 Tsd. EUR (2007)

Neu veranschlagt sind die dezentralen Erstattungen von Einrichtungen gem. §15 LHO.

Umsatzerlöse:

Die Summe der Erlöse ergibt sich aus den erwarteten Zahlungen der Kunden (insbesondere von Landesbetrieben gem. § 26 LHO, Anstalten öffentlichen Rechts und den §15 LHO-Betrieben).

Gewährleistung der Versorgungszusage und der ATZ- Zusage durch die FHH:

Der Ansatz ergibt sich auf der Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens unter Verwendung des Steuerbilanzansatzes.

2. Aufwendungen:

Aufwendungen für bezogene Leistungen:

Der Ansatz beinhaltet im Wesentlichen die Erstattung für Leistungen von Dataport. Die Veränderungen ergeben sich aus Verlagerungen zu den IuK-Betriebskosten und der Einbeziehung neu eingesetzter Programme.

Personalaufwendungen:

Veranschlagt sind die Beamtenbezüge und Angestelltenvergütungen für die Beschäftigten des ZPD.

Versorgungsaufwendungen Beamte, Versorgungsaufwendungen Angestellte:

Veranschlagt sind die Versorgungsanteile für Beamte und Angestellte auf Grundlage des anteiligen Personalbudgets.

Pensionsrückstellungen (Zuführung), ATZ-Rückstellung (Zuführung):

Die Rückstellungen ergeben sich aus dem versicherungsmathematischen Gutachten.

Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen:

Die Veranschlagung der Beihilfe erfolgt auf Grundlage der Beihilfeaufwendungen des Jahres 2005.

Mieten und Leasing:

Der Ansatz wurde anhand der Miet- und Leasingverträge ermittelt.

Rechts- und Beratungskosten:

Der Ansatz ist unter anderem für die vorgeschriebene Bilanzprüfung, das versicherungsmathematische Gutachten sowie externen Rechts- und Beratungskosten bestimmt.

IuK-Betriebskosten:

Der Ansatz der laufenden Betriebskosten erhöht sich durch von Verlagerungen aus den Aufwendungen für bezogene Leistungen sowie den Einsatz neuer IT-Verfahren.

3. Abschreibungen

Die Abschreibungen ergeben sich aus dem fortgeführten Anlagenspiegel 2004.

4. Investitionen

Ausgewiesen sind die geplanten Investitionen in das Gebäude und die geplanten IuK-Investitionen lt. IuK-Planung.

5. Deckungsmittel

Betriebszuschuss aus dem Haushalt:

Der bisherige Betriebs- bzw. Versorgungszuschuss wird ab 2007 / 2008 durch eine zentrale Erstattung ersetzt.

Der Investitionszuschuss aus dem Haushalt für IuK-Maßnahmen ist entsprechend der IuK-Planung veranschlagt.

Lagebericht

1. Lage des Landesbetriebes und Unternehmensziele

Mit Senatsbeschluss vom 19.11.2002 wurde der Landesbetrieb Zentrum für Personaldienste (ZPD Hamburg) nach § 26 Landeshaushaltsordnung (LHO) gegründet. Das ZPD leistet für die hamburgische Verwaltung eine Vielzahl von Personaldienstleistungen. Pflichtaufgaben für die hamburgische Kernverwaltung sind:

- die Personalverwaltung für Versorgungsberechtigte (Beamten-, Zusatzversorgung),
- die Versorgungsberatung (in gegebenem Umfang),
- die Bearbeitung von Beihilfeleistungen,
- die zentrale Bearbeitung von Pfändungen,
- die Festsetzung von Kindergeld (Familienkasse der FHH),
- die zentrale Durchführung der Bezügeabrechnung für die Beschäftigten der FHH,
- die Bereitstellung und Fortentwicklung von IT-Verfahren für die dezentrale Personalverwaltung und zentrale Bezügeabrechnung inklusive des Personalportals und
- die Erstellung von Personalberichten und –kostenanalysen sowie
- die Entwicklung und Bereitstellung dezentral nutzbarer IT-Verfahren zur Unterstützung des Personalcontrollings.

Gegen Kostenerstattung bietet das ZPD diese Leistungen auch anderen öffentlichen Organisationen sowie Kommunen an. Zusätzlich nimmt das ZPD weitere, für alle Empfänger kostenpflichtige Aufgaben wahr wie die Einrichtung und Pflege von speziellen dezentralen Personalberichtsdatenbanken, fachliche Qualifizierung auf dem Gebiet des Personalwesens, Organisations- und Technikberatung, Unterstützung bei Personalverwaltungsaufgaben, institutionelle Versorgungsberatung sowie neue personalwirtschaftliche IT-Funktionalitäten (z.B. Zeitwirtschaft) und personalwirtschaftliche IT-Projekte.

Auf Basis dieses Leistungsspektrums verfolgt das ZPD das übergeordnete und langfristige Ziel, im Sinne „best practice“ der führende Anbieter im Bereich der Personaldienstleistungen im öffentlichen Sektor in Norddeutschland zu werden. Dieses strategische Ziel ist dabei definiert als Anspruch, im Vergleich zu anderen öffentlichen Anbietern dieser Dienstleistungen hinsichtlich Qualität und Kosten die besseren Leistungen zu bieten.

Um dieses Ziel zu erreichen setzt sich das ZPD die folgenden strategischen Unterziele:

- Im Bereich der Finanzen sollen die jährlichen Budgetvorhaben eingehalten, der finanzielle Spielraum und die Wirtschaftlichkeit erhöht werden, um damit die Voraussetzungen für eine Wachstumsstrategie zu legen.
- Für die Kunden soll eine hohe Produkt- und Servicequalität gewährleistet und ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis geboten werden, um die Attraktivität zu steigern, Kunden langfristig zu binden und zum Renommee als Produktinnovator beizutragen.
- Im Bereich der Internen Prozesse sollen Kernprozesse klar definiert und eine geringe Fehleranfälligkeit der Produktionsprozesse erreicht werden, um die Produktivität zu steigern und Produktinnovationen zügig umzusetzen.
- Durch eine Optimierung von Führung und Zusammenarbeit sollen die Mitarbeiterzufriedenheit sichergestellt, die Leistungsbereitschaft erhalten und die Innovationsfähigkeit erhöht werden.

Die Realisierung dieser Ziele wird soweit möglich durch ein regelmäßiges Benchmarking überprüft.

2. Erläuterungen zum Verlauf des Geschäftsjahres 2005

2.1 Jahresergebnis

Im Geschäftsjahr 2005 betragen die Gesamterträge einschließlich der außerordentlichen Erträge insgesamt 3.977 Tsd. EUR. Im Vergleich zum Vorjahr wurde bei den Gesamterträgen somit ein Plus von 1.342 Tsd. EUR (51 %) realisiert. Zum Ergebnis trugen die erstmalige Vereinnahmung von Erstattungsbeträgen der Einrichtungen gem. § 15 LHO (1.756 Tsd. EUR) und der Rückgang der außerordentlichen Erträge um 1.298 Tsd. EUR (auf der Basis des versicherungsmathematischen Gutachtens nur noch Finanzierung des Zuwachses) bei. Demgegenüber standen Gesamtaufwendungen von 24.964 Tsd. EUR (2004 23.284 Tsd. EUR), so dass sich ein Jahresfehlbetrag von 20.987 Tsd. EUR (2004: 20.649 Tsd. EUR) ergab. Dieser wird durch Zuschüsse aus dem Haushalt sowie weitere Deckungsmittel (s. 2.5) ausgeglichen.

2.2 Umsatzerlöse

Im Wirtschaftsplan 2005 waren Umsatzerlöse von 1.088 Tsd. EUR geplant. Die tatsächlich realisierten Umsatzerlöse lagen jedoch bei 3.384 Tsd. EUR, so dass sich ein Mehrertrag von 2.296 Tsd. EUR ergab. Dies resultiert aus den neuen Erstattungen, aus Abschlusszahlungen für 2004, aus nicht veranschlagten Einmal-Zahlungen der Hansestadt Lübeck für die Übernahme von PAISY-Archiv sowie des Dezentralen Berichtswesens sowie aus weiteren nicht oder nicht in voller

Höhe veranschlagten Einnahmen für personalwirtschaftliche Dienstleistungen. Aus den Umsatzerlösen von 3.384 Tsd. EUR bei Aufwendungen von 24.964 Tsd. EUR ergibt sich ein Kostendeckungsgrad von rund 14 %.

2.3 Aufwendungen

Die Gesamtaufwendungen für das Jahr 2005 lagen bei 24.964 Tsd. EUR, im Wirtschaftsplan 2005 waren dagegen Aufwendungen von 21.203 Tsd. EUR vorgesehen, so dass sich Mehraufwendungen von insgesamt 3.761 Tsd. EUR ergaben. Den größten Anteil hieran haben der haushaltsneutrale Ausgleich für neue Erstattungen von §15-Einrichtungen, die (nicht veranschlagten) Abschreibungen auf das Anlagevermögen sowie die Rückstellungen.

Für Gehälter, Löhne und soziale Abgaben, Versorgungsaufwendungen sowie Beihilfen wurden 2005 insgesamt rd. 385 Tsd. EUR mehr aufgewendet als geplant. Ursache hierfür waren ein geringerer Abbau von im Zuge des Projekts Personalwesen entbehrlich gewordenen Personals als ursprünglich geplant, die temporäre Verstärkung von Personalressourcen im Bereich der Beihilfe sowie die Aufwendungen für Beihilfe an Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des ZPD, die den Ansatz (ermittelt auf der Ist-Basis des Jahres 2002) um 165 Tsd. EUR überstiegen.

2.4 Rückstellungen

Wie im Wirtschaftsplan vorgesehen wurden auch in 2005 Pensionsrückstellungen, Rückstellungen für die Arbeitnehmer-Eigenbeteiligung nach dem hamburgischen Zusatzversorgungsgesetz (ZVG) ohne Anspruch und Altersteilzeit-Rückstellungen gebildet. Zusätzlich hierzu hat das ZPD Rückstellungen gebildet für nicht genommenen Urlaub, für bestehende Renovierungsverpflichtungen, für Jubiläumsaufwendungen sowie für die Archivierung gesetzlich aufbewahrungspflichtiger Unterlagen.

2.5 Deckungsmittel

Im Wirtschaftsplan 2005 waren als Deckungsmittel 20.390 Tsd. EUR veranschlagt, die sich aus Versorgungs-, Betriebs- und Investitionszuschüssen zusammensetzten. Inklusive der Abschreibungen sowie unterjährigen Übertragungen umfassten die verfügbaren Deckungsmittel 22.239 Tsd. EUR. Die Steigerung um 1.849 Tsd. EUR resultiert aus vorgezogenen IuK-Investitionen (rd. 360 Tsd. EUR, insbesondere im Zusammenhang mit der Zeitwirtschaft), aus den Abschreibungen in Höhe von 823 Tsd. EUR und aus einem erhöhten Betriebs- bzw. Versorgungszuschuss, der Personalkostenerstattungen und rückzahlbare Mittel im Zusammenhang mit dem Projekt „Kooperation der Personaldienste Hamburg / Schleswig-Holstein“ beinhaltet.

2.6 Jahresabschluss 2005 – Gesamtwürdigung

Das ZPD hat trotz weiterhin schwieriger Bedingungen insgesamt die Planansätze des zweiten Geschäftsjahres als Landesbetrieb im Wesentlichen erfüllen können. Die Umsatzerlöse lagen um 30 % über dem Planansatz. Dieses insgesamt sehr befriedigende Ergebnis ist auch in einer überdurchschnittlichen Leistungsbereitschaft vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter begründet.

3. Erläuterungen zur Entwicklung des Betriebes in 2007 und 2008

Schwerpunkt der Tätigkeit des ZPD wird auch weiterhin die Erfüllung der Pflichtaufgaben sein. Dabei werden die anstehenden Veränderungen im Bereich der Bezügeabrechnung (Umsetzung der Reformen in der Besoldungs- und Tarifstruktur und des Versorgungsnachhaltigkeitsgesetzes) sowie die Fortführung der letzten Konsolidierungsschritte (Abschluss 2007) einen Schwerpunkt unserer Innovationsleistungen ausmachen, um die (Pflicht-) Kunden zufrieden zu stellen. Die notwendige Migration auf eine neue Beihilfe-Software, die erhebliche personelle Ressourcen binden wird, wird die volle Konzentration der Kräfte im Landesbetrieb erfordern.

Daneben wird sich das ZPD weiterhin darum bemühen, freiwillige Kunden (Anstalten des öffentlichen Rechts, Stiftungen, GmbHs und sonstige „Externe“ wie die Hansestadt Lübeck) zu gewinnen, um durch Steigerung der Fallzahlen die Wirtschaftlichkeit seiner Dienstleistungen zu erhöhen. Da wir auf diesem Gebiet der freiwilligen Leistungen in der Lage sind, einen Baukasten von Produkten aus dem gesamten Leistungsspektrum anzubieten, wird eine hohe Attraktivität für freiwillige Kunden erreicht. Auf diese Weise können ggf. auch ehemalige Pflichtkunden zurück gewonnen werden, welche durch ihre rechtliche Verselbstständigung nicht mehr verpflichtet sind, personalwirtschaftliche Dienstleistungen über das ZPD abzuwickeln.

Ein besonderes Interesse potentieller freiwilliger Kunden besteht an den Dienstleistungen Berichtswesen und Berichtsdatenbank, an der Einführung von Komponenten einer Zeitwirtschaft sowie an dem Angebot spezialisierter Dienstleistungen im Sinne von „shared services“. So konnten im Bereich der Zeitwirtschaft bereits zahlreiche Einführungsprojekte abgeschlossen werden; im Bereich der Vollzugsdienste von Polizei, Feuerwehr und Strafvollzug befinden sich größere Vorhaben in der Durchführung bzw. Vorbereitung. Unabhängig davon bereitet sich das ZPD (gestützt u.a. auf Berichte des Rechnungshofes) auf die Übernahme von besonderen Dienstleistungen vor, bei denen das erforderliche Know-how nicht in jeder Personalabteilung vorgehalten werden kann; auch die Personaladministration für kleinere Einheiten und spezielle Aufgaben der Personalverwaltung sollen ausgeweitet werden.

Die Tabelle zeigt die Entwicklung des Erfolgs- und Finanzierungsplans in 2007 und 2008 im Vergleich zum Ist 2005 und zum Ansatz 2006.

	2004 Ist	2005 Ist	2006 Ansatz	2007 Plan	2008 Plan
	in Tsd. EUR				
Gesamterträge	2.635	3.977	1.345	21.980	22.022
davon Umsatzerlöse	1.035	3.384	1.125	3.520	3.570
davon außerordentl. Erträge	1.600	302	220	252	252
davon zentrale Erstattungen	0	0	0	18.148	18.140
Gesamtaufwendungen	23.284	24.964	21.075	22.740	22.854
Finanzbedarf (gesamt)	21.075	21.928	22.495	1.422	1.115
davon Jahresfehlbetrag (Finanzbedarf ohne Investitionen)	20.649	20.987	19.730	760	832
davon Investitionen	426	941	2.765	662	283
Deckungsmittel	21.353	22.239	22.495	1.422	1.115
noch verfügbare Deckungsmittel	278	311	0	0	0

Die Gesamterträge (incl. der Umsatzerlöse) steigen 2007 und 2008 deutlich an: Ursachen hierfür sind die geänderte Veranschlagungstechnik, nach der künftig das ZPD für seine Pflichtleistungen zentrale Erstattungen erhält, die die bisherigen Verlustzuweisungen (als Betriebs- bzw. Versorgungszuschuss) ablösen, sowie die neuen Erstattungen der Einrichtungen gem. §15 LHO, die bei der Ermittlung der zentralen Erstattung gegengerechnet werden (Ansatz 2007 / 2008: 1.769 Tsd. EUR).

Die Aufwendungen des ZPD steigen im Bereich der bezogenen Leistungen im Zusammenhang mit ESARI und aufgrund des Betriebs der Zeitwirtschaft. Bei den Personalaufwendungen sind sowohl bestehende Einsparverpflichtungen berücksichtigt als auch die Finanzierung von Stellen für die Weiterentwicklung der Zeitwirtschaft und für die Weiterentwicklung und den Betrieb der Schnittstelle zu den ressourcensteuernden Verfahren (PAISAP). Eine Steigerung der geplanten Aufwendungen folgt auch aus der erstmaligen Berücksichtigung der Abschreibungen im Ansatz, der Einbeziehung von weiteren Bewirtschaftungskosten im Dienstgebäude, zusätzlichen IuK-Betriebskosten sowie einem neuen Ansatz für nicht abziehbare Vorsteuer. Der gesamte Finanzbedarf wird somit 2007/2008 gegenüber 2006 aufgrund der Berücksichtigung zentraler Erstattung deutlich sinken, der Jahresfehlbetrag sinkt auf die Höhe der Abschreibungen.

Die noch verfügbaren Deckungsmittel aus 2004 und 2005 werden benötigt für den Ausgleich von Personalkosten in Verbindung mit dem Projekt „Kooperation der Personaldienste Hamburg / Schleswig-Holstein“ und mittelfristig für die Rückzahlung der hierfür erhaltenen Deckungsmittel, die Finanzierung noch nicht durchgeführter Investitionen, den Ausgleich des Mehraufwands für Beihilfezahlungen an Mitarbeiter, für die Finanzierung von temporärer Mehrarbeit im Bereich der Beihilfe im Zusammenhang mit der Einführung der Kostendämpfungspauschale und der zwingend erforderlichen Ablösung des bestehenden Beihilfeverfahrens sowie für die interne Finanzierung von Personal zum Erhalt und Ausbau der erforderlichen Innovationsfähigkeit.

3.1 Umsatzerlöse

Ab dem Haushaltsplan 2007 / 2008 werden auch für Pflichtleistungen des ZPD Mittel in die Wirtschaftspläne der Einrichtungen gemäß § 15 LHO eingestellt und hieraus entsprechende Erstattungen an das ZPD vorgenommen; diese reduzieren die neu berücksichtigte zentrale Erstattung an das ZPD.

3.2 Aufwendungen

Im Wirtschaftsplan 2007 und 2008 werden die Personalaufwendungen wie im Vorjahr die größte Position ausmachen; 2007 sind hierfür 14.860 Tsd. EUR vorgesehen, 2008 sollen es 14.893 Tsd. EUR sein. Diese Ansätze berücksichtigen dabei einerseits die erforderliche Umsetzung von strukturellem Mobilitätsbedarf, andererseits sind erhöhte Personalaufwendungen für die Umsetzung des Projekts Zeitwirtschaft in die Linienorganisation, die Betreuung externer Kunden sowie die Fachliche Gestaltung der Buchungsschnittstellen (PAISAP) bzw. die Buchung der Personalausgaben berücksichtigt. Die Aufwendungen für Fremdleistungen (vor allem Leistungen von dataport) werden in beiden Jahren bei 4.371 Tsd. EUR liegen, worin ggü. den Vorjahren Aufwendungen im Zusammenhang mit ESARI sowie für den einnahmefinanzierten Betrieb des Zeitwirtschaftsystems enthalten sind. Insgesamt betragen die Aufwendungen 22.740 Tsd. EUR in 2007 und 22.854 Tsd. EUR in 2008.

3.3 Rückstellungen

2007 und 2008 sind Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von jeweils 250 Tsd. EUR vorgesehen, dieser Betrag kann sich – wie bereits in 2004 und 2005 – aufgrund der jeweils aktuellen versicherungsmathematischen Gutachten noch ändern. Zu den ATZ-Rückstellungen werden in 2007 / 2008 je 22 Tsd. EUR zugeführt.

3.4 Personal

Das ZPD hat aus der Umsetzung des Projekts Personalwesen noch die Verpflichtung zu Stelleneinsparungen; insgesamt sind derzeit noch 26 Stellen zu streichen. Das entsprechende Personalbudget wird letztmalig zum Wirtschaftsplan 2007 abgesenkt.

Die personelle Umsetzung dieser Streichverpflichtung wird im Rahmen der Laufzeit des Wirtschaftsplans 2007 / 2008 voraussichtlich nicht vollständig gelingen; das ZPD ist hier auch weiterhin auf die organisatorische und finanzielle Hilfe zentraler Stellen (Modernisierungsfonds) angewiesen.

4. Künftige Entwicklung / Risiken

4.1 Haftungsverpflichtungen

Bei Schlechterfüllung von Leistungen aufgrund grober Fahrlässigkeit kann das ZPD mit Schadensersatzansprüchen konfrontiert werden. Zwar ist innerhalb der öffentlichen Verwaltung bislang kein Schadensersatz zu leisten, gleichwohl gibt es auch hier bereits Akzeptanzprobleme. Bei externen / freiwilligen Kunden dagegen können Haftungsverpflichtungen des ZPD auftreten. Somit bedeutet die Zunahme freiwilliger Kunden Chancen hinsichtlich der Erzielung zusätzlicher Erlöse, birgt aber auch erhöhte Risiken an Haftungsverpflichtungen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist das Haftungsrisiko des ZPD aus dem Bestand freiwilliger Kunden als gering einzuschätzen und stellt kein wesentliches Risiko für die Finanzlage dar. Allerdings ist bei einer steigenden Anzahl freiwilliger Kunden das Risiko von Haftungsverpflichtungen neu zu bestimmen und zu prüfen, ob zukünftig eine entsprechende Risikorückstellung zu bilden ist.

4.2 Kundenbindung

Zunehmende rechtliche Verselbstständigungen innerhalb der hamburgischen Verwaltung führen zu einer sinkenden Anzahl von Pflichtkunden des ZPD. Das ZPD bemüht sich, diese Kunden zu halten, kann dies aber nicht gewährleisten. Hierdurch besteht das Risiko, durch geringere Fallzahlen bei zumindest kurzfristig in großen Teilen fixen Kostenstrukturen (beispielsweise IT-Kosten und Personal) steigende Fallkosten zu erzielen und so weniger konkurrenzfähig zu werden. Diesem Risiko wird das ZPD entgegenzusteuern versuchen durch laufende Verbesserung der Produktqualität bei marktgerechten Preisen.

4.3 Kundengewinnung

Vor dem Hintergrund der positiven Erfahrungen mit der Hansestadt Lübeck bietet das Zentrum für Personaldienste (ZPD) auch der Metropolregion die Zusammenarbeit bei Personalabrechnung, Personaladministration und der IT-Unterstützung für Personalmanagementaufgaben sowie Personalcontrolling an. Im Benchmarking-Projekt der fünf norddeutschen Länder ist festgestellt worden, dass Hamburg das wirtschaftlichste Verfahren zur Bezügeabrechnung anbietet. Unter der Voraussetzung, dass der potenzielle Kunde in der Region das Dienst- oder Tarifrecht des Öffentlichen Dienstes anwendet, ist das ZPD mit seinem flexiblen Baukastensystem IT-gestützter Personalprozesse in der Lage, auf unterschiedliche Anforderungen einzugehen und ein wirtschaftlich attraktives Angebot zu unterbreiten.

4.4 Personalbudget

Aufgrund des Problems, strukturell überzähliges Personal in neue Verwendung zu bringen, besteht die Gefahr eines Defizits im Personalbudget. Dies wird verstärkt durch die fachliche Notwendigkeit, freie Stellen aufgrund entsprechender Aufgabenstellungen qualifiziert zu besetzen. Die Möglichkeiten des ZPD, hier erfolgreich gegenzusteuern, sind eng begrenzt; längere Vakanzen aus Bewirtschaftungsgründen gehen dabei zu Lasten der erforderlichen Innovationsfähigkeit und berühren auch die Möglichkeit, das auf dem Gebiet der Kernaufgaben erforderliche Leistungsniveau hinsichtlich Qualität und Terminzielen einzuhalten.

Es ist daher erforderlich, dass zur teilweisen Abdeckung der Budgetrisiken, welche das ZPD derzeit für die hamburgische Verwaltung trägt, der Modernisierungsfonds genutzt wird. Es ist außerdem erforderlich, die aus 2004 / 2005 verfügbaren Deckungsmittel auf 2006 zu übertragen.

4.5 Kooperation der Personaldienste Hamburg / Schleswig-Holstein

Für die IT-Unterstützung der Personalverfahren besteht ein erheblicher Modernisierungsbedarf, der als Ersatzinvestition geplant wird. Um Synergieeffekte zu ermöglichen wird im Rahmen des Projekts „Kooperation der Personaldienste Hamburg / Schleswig-Holstein“ geprüft, welche technischen und organisatorischen Potenziale [Stichwort: Einführung einer Personalmanagement-Software (PMS)] sich durch eine engere Zusammenarbeit der beiden Länder realisieren lassen. Mit ersten Festlegungen ist im Herbst 2006 zu rechnen; Investitions-, Personal- und Betriebsmittel für ein derartiges Vorhaben sollen zunächst zentral im Einzelplan der Finanzbehörde eingeplant werden.

Einzelplan LAN
Kapitel 1145

Landesbetriebe
Zentrum für Personaldienste

. Stellenbestand

kw 2007/ 08	kw 2009	kw 2010	kw 2011	kw >2011	kw o.T.	Vermerke
					5,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Beamtinnen/ Beamten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Wertigkeit	2007/ 08			2006	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
eamtinnen/ Beamte lanstellen					
2	1,00			1,00	
15	4,00			4,00	
14	5,00	1,00	1)	4,00	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat nach Beendigung des Projektes Personalportal
13	1,00	1,00	2)	1,00	kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach Beendigung der Konzeption und Erstellung des dezentralen Berichtswesens
13	4,00			4,00	
12	18,00	1,00	3)	15,00	ku: 1,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Freiwerden der Stelle
11	30,00	1,00	4)	27,00	kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Beendigung der Konzeption und Erstellung des dezentralen Berichtswesens
		1,00	5)		kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Beendigung des Projektes Personalportal
		1,00	6)		kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Beendigung des Projektes PAISY-Archiv
10	16,50	3,00	7)	22,00	Vermerk weggefallen
9	11,50			8,00	
9	13,00			12,00	
8	38,00			41,00	
7	3,00			2,00	
umme:	145,00			141,00	

- 2 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (4,00)
- 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (5,00)
- 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
- 13 Oberamtsärztin/ Oberamtsarzt (4,00)
- 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (18,00)
- 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (30,00)
- 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (16,50)
- 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (11,50)
- 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (13,00)
- 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (38,00)
- 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (3,00)

Einzelplan LAN
Kapitel 1145

Landesbetriebe
Zentrum für Personaldienste

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 14		1,00							1,00	Teamleitung Globalsteuerung und Unternehmensplanung im Geschäftsbereich Planung und Steuerung
A 12							1,00		1,00	Teamleitung Steuer und Sozialversicherung
A 12		1,00							1,00	Sachbearbeitung Controlling im Geschäftsbereich Planung und Steuerung
A 12		1,00							1,00	Leitung des Teams Kundenberatung und Support im Geschäftsbereich Personal/Controlling
A 11							1,00		1,00	Teamleitung Serviceline
A 11							-1,00		-1,00	Teamleitung Steuer und Sozialversicherung
A 11							1,00		1,00	Sachbearbeitung Fachgestaltung für Beihilfefestsetzung und -zahlung
A 11		1,00							1,00	Fachdienstleitung Personaladministration im Geschäftsbereich Personalservice
A 11		2,00							2,00	Sachbearbeitung Qualitätsmanagement im Geschäftsbereich Planung und Steuerung
A 11						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 10						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1140; Stellentausch im Entbündelungsbereich
A 10		1,00							1,00	Teamleitung Personaladministration im Geschäftsbereich Personalservice
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1140; Stellentausch im Entbündelungsbereich
A 9		1,00							1,00	Teamleitungsvertretung Personaladministration im Geschäftsbereich Personalservice
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	8,00	0,00	1,00	-1,00	-1,00	2,00	0,00	9,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,50	-0,50	0,50	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,00	-2,00	0,00	-5,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	0,00	8,50	-0,50	1,50	-1,50	-4,00	0,00	0,00	4,00	

Einzelplan LAN
Kapitel 1145

Landesbetriebe
Zentrum für Personaldienste

. Stellenbestand

Wertigkeit	2007/08		Vermerk Nr.	2006	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
erstellen (kw) *					
14	1,00			0,00	
13	1,00			1,00	
12	0,00			1,00	
11	1,00			1,00	
10	1,00			1,00	
9	1,00			1,00	
8	3,00			6,00	
7	0,00			1,00	
umme:	8,00			12,00	

- 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
- 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
- 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00)
- 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (1,00)
- 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)
- 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
- 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (3,00)
- 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (0,00)

Wertigkeit	2007/08		Vermerk Nr.	2006	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Angestellte					
a	1,00			0,00	
b	1,80			2,80	
I a hD	2,00			2,00	
V a	29,00	1,00	8)	22,00	Freigestelltes Personalratsmitglied
V b	14,00			16,00	
b gD	25,00			28,00	
c	79,50			80,50	
I b	3,00			3,00	
II	2,00			2,00	
X b/VII	1,87			2,50	
III	7,00			8,00	
umme:	166,17			166,80	
umme (ohne *) nsgesamt	311,17			307,80	

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2007/08				2006	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 14	1,00			0,00	Nr. 1	H.Beschl.
A 13	1,00			1,00	Nr. 7	
A 12	0,00			1,00	Nr. 7	
A 11	1,00			1,00	Nr. 7	
A 10	1,00			1,00		
A 9	1,00			1,00	Nr. 6	
A 8	2,00			1,00	Nr. 6	
A 8	1,00			5,00	Nr. 7	
A 7	0,00			1,00	Nr. 6	
gesamt	8,00			12,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I a							1,00		1,00	Geschäftsbereichsleitung Personalservice
I b							-1,00		-1,00	Geschäftsbereichsleitung Personalservice
IV a						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
IV a							1,00		1,00	Sachbearbeitung Finanz- und Rechnungswesen
IV a						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
IV a						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
IV a							1,00		1,00	Fachgestaltung für Personalverwaltung und Lohnbuchhaltung
IV a							1,00		1,00	Teamleitung Pfändungen
IV a							1,00		1,00	Sachbearbeitung IT-Schnittstellen, Produktionssteuerung
IV b			-1,00						-1,00	Umsetzung des Projektes Reorganisation der Personalverwaltungen
V b gD			-1,00						-1,00	Umsetzung des Projektes Reorganisation der Personalverwaltungen
V c			-1,00						-1,00	Umsetzung des Projektes Reorganisation der Personalverwaltungen
VIII			-1,00						-1,00	Umsetzung des Projektes Reorganisation der Personalverwaltungen
Summe Angestellte	0,00	0,00	-4,00	0,00	0,00	3,00	4,00	0,00	3,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,50	-1,13	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,63	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	-4,00	0,00	-3,00	
Summe Angestellte insgesamt	0,00	0,50	-5,13	0,00	0,00	4,00	0,00	0,00	-0,63	
Summe (ohne*) insgesamt	0,00	9,00	-5,63	1,50	-1,50	0,00	0,00	0,00	3,37	

Stellenveränderungen zum Stellenplan 2007

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung ^{*)}
Stellenneuschaffungen				
1	1145	1,00	Oberamtsrätin/Oberamtsrat A 13	Koordination und Qualitätsmanagement IT-Verfahren
2	1145	1,00	Amtsärztin/Amtsrat A 12	Personenzahlungs- und Buchungsschnittstellen
3	1145	1,00	Amtsärztin/Amtsrat A 12	Teamleitung ZEITWIRTSCHAFT
4	1145	2,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtman A 11	Sachbearbeitung ZEITWIRTSCHAFT
5	1145	1,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtman A 11	Betreuung und Fachgestaltung IT-Verfahren für Lohnbuchhaltung externer Kunden
6	1145	1,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtman A 11 Die Stelle erhält den Haushaltsvermerk „kw nach Wegfall der Aufgabe“.	Organisation DOMEA
7	1145	2,00	Amtsinspektorin/Amtsinspektor A 9	Sachbearbeitung Finanzbuchhaltung
8	1145	2,00	Amtsinspektorin/Amtsinspektor A 9	Sachbearbeitung und Zahlungsmanagement AOB 97
9	1145	5,00	Regierungshauptsekretärin/Regierungshauptsekretär A 8	Sachbearbeitung Personaladministration
Stellenhebungen				
10	1145	1,00	Amtsärztin/Amtsrat A 12 nach Oberamtsrätin/Oberamtsrat A 13	Leitung des Fachbereichs Fachliche Leitstelle
11	1145	1,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtman A 11 nach Amtsärztin/Amtsrat A 12	Leitung des Fachbereichs Personal- und Organisationsmanagement
12	1145	1,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10 nach Regierungsamtfrau/Regierungsamtman A 11	Sachbearbeitung und Vertretung der Fachbereichsleitung Anordnung und Haushalt

^{*)} bei Stellenhebungen und -umwandlungen soweit Planstellen der Besoldungsgruppe A 11 und höher sowie der Besoldungsordnungen B, R und W oder Stellen der Vergütungsgruppe IV a und höher betroffen sind

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung *)
Sonstige Stellenveränderungen				
13	1145	1,00	Regierungsrätin/Regierungsrat A 13	
		1,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11	Der Haushaltsvermerk „kw nach Beendigung der Konzeption und Erstellung des dezentralen Berichtswesens“ wird aufgehoben.
14	1145	1,00	Amtsärztin/Amtsarzt A 12	Der Haushaltsvermerk „ku nach Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11 nach Freiwerden der Stelle“ wird aufgehoben.

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2007/2008 Wirtschaftsplan

für das „Zentrum für Aus- und Fortbildung (ZAF)“
(§ 15 Abs. 2 LHO)

zugleich auch als Erläuterung zu den Titeln

1140.632.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an den Wirtschaftsplan des „Zentrums für Aus- und Fortbildung (ZAF)“
1140.685.02	Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan des „Zentrums für Aus- und Fortbildung (ZAF)“
1140.685.56	Betriebszuschüsse für IuK-Ausgaben an den Wirtschaftsplan des „Zentrums für Aus- und Fortbildung (ZAF)“
1140.892.56	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan des „Zentrums für Aus- und Fortbildung (ZAF)“ für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Die Ansätze für Ausgaben (Personal- und Sachausgaben) sind je für sich gegenseitig deckungsfähig.
2. Minderausgaben bei Investitionen dürfen nicht zur Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan verwandt werden.
3. Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan einzeln veranschlagten Investitionsmaßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 250.000 EUR steigen. Bei laufenden Bauvorhaben können die Mehrkosten aufgrund von vertraglich vereinbarten Lohn- und Materialpreiserhöhungen der Bürgerschaft mit den nächstjährigen Erläuterungen nachgewiesen und begründet werden.
4. Investitionsausgaben für Zwecke, für die im Finanzierungsplan keine Mittel veranschlagt sind, bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme die Höhe von 250.000 EUR übersteigen.
5. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Jahresfehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.
6. Die Verwendung nicht veranschlagter Einnahmen aus der Abgabe von Grundstücken bedarf der Einwilligung der Bürgerschaft.

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2008
	– in Tsd. EUR –			
1	2	3	4	5
A. ERFOLGSPLAN				
<u>Einnahmen</u>				
1. Betriebseinnahmen				
1190 Finanzierungsbeiträge Behörden, LHO-Betriebe	639	1.450	1.630	1.630
Summe 1.	639	1.450	1.630	1.630
2. Sonstige Einnahmen				
1191 Zusätzliche Einnahmen	207	0	120	120
1192 Sonstige zusätzliche Einnahmen	0	0	30	30
Summe 2.	207	0	150	150
3. Zinseinnahmen oder ähnliche Einnahmen	0	0	0	0
Summe 3.	0	0	0	0
<u>Gesamteinnahmen</u>	846	1.450	1.780	1.780

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2008
	– in Tsd. EUR –			
1	2	3	4	5
A. ERFOLGSPLAN				
<u>Ausgaben</u>				
1. Materialausgaben (entspricht „Sächliche“ Ausgaben)				
5250 Budget zentrale Fortbildung (ohne IuK)	1.043	1.773	1.905	1.818
5251 Budget Ausbildung	0	0	185	185
5350 Budget IuK– Fortbildung	141	400	375	375
Summe 1.	1.184	2.173	2.465	2.378
2. Personalausgaben				
2.1 Gehälter und Löhne				
4110 Beamtenbezüge	583	1.559	1.410	1.402
4120 Angestelltenvergütungen	304	453	586	583
4130 Arbeiterlöhne	6	9	10	10
4140 Sonstige Ausgaben mit Lohn- und Gehaltscharakter	13	21	21	21
Summe 2.1	906	2.042	2.027	2.016
2.2 Soziale Abgaben und Ausgaben für Altersversorgung und für Unterstützung				
4210 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte	81	122	158	157
4220 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Arbeiter	2	3	3	3
4231 Versorgungszuschläge für Beamte	175	468	423	421
4232 Versorgungszuschläge für Angestellte	35	52	67	67
4233 Versorgungszuschläge für Arbeiter	1	1	2	2
4240 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	14	62	56	56
4250 Beiträge zur Landesunfallkasse	0	4	4	4
Summe 2.2	308	712	713	710
Summe 2.	1.214	2.754	2.740	2.726
3. Sonstige betriebliche Ausgaben				
3.1 Personalbedingte Ausgaben				
5256 Aus- und Fortbildung	2	36	16	16
5276 Dienstreisen	2	4	4	4
Summe 3.1	4	40	20	20
3.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung				
5176 Bewirtschaftung	45	121	101	101
5186 Mieten und Pachten	105	156	228	228
5196 Bauunterhaltung	21	59	59	59
Summe 3.2	171	336	388	388
3.3 Ausgaben für den Geschäftsbetrieb				
5116 Geschäftsbedarf	21	49	52	52
5355 IuK-Ausgaben	7	93	93	93

Kontenbezeichnung	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz
	2005	2006	2007	2008
	– in Tsd. EUR –			
1	2	3	4	5
5395 Personalwerbung	2	50	5	5
5396 Sonstige Ausgaben des Geschäftsbetriebes	115	3	3	3
6451 Gebühren für Kassenleistungen	0	2	2	2
6452 Prüfungsgebühren	0	21	16	16
6715 Telefongebühren	7	16	16	16
6716 IuK- Betriebskosten (dataport)	45	81	81	81
6717 Leistungen ZPD	1	12	12	12
6718 Leistungen AMD	0	1	1	1
6885 Verwaltungsdienstleistung Personalamt	0	0	219	218
Summe 3.3	198	328	500	499
3.4 Übrige sonstige Ausgaben				
Summe 3.4	0	0	0	0
Summe 3.	373	704	908	907
4. Zinsausgaben und ähnliche Ausgaben	0	0	0	0
Summe 4.	0	0	0	0
5. Steuern	0	0	0	0
Summe 5.	0	0	0	0
<u>Gesamtausgaben</u>	2.771	5.631	6.113	6.011
<u>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</u>	-1.925	-4.181	-4.333	-4.231

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2008
	– in Tsd. EUR –			
1	2	3	4	5
B. Finanzierungsplan				
I. <u>Finanzbedarf</u>				
1. Investitionen				
Gebäude	0	0	0	0
Maschinen und Anlagen	0	0	0	0
IuK- Investitionen	0	0	0	0
Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	0	0	0
Summe 1.	0	0	0	0
2. Sonstiger Finanzbedarf				
Abdeckung des im Vorjahr nichtgedeckten Finanzbedarfs	0	0	0	0
Ablieferung an den Haushalt	0	0	0	0
<u>Jahresfehlbetrag</u>	-1.925	-4.181	-4.333	-4.231
Summe 2.	-1.925	-4.181	-4.333	-4.231
<u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u>	-1.925	-4.181	-4.333	-4.231
II. <u>Deckungsmittel</u>				
<u>Jahresüberschuss</u>	0	0	0	0
Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	0	0	0	0
Investitionszuschuss für IuK- Technik	350	0	0	0
Versorgungszuschläge (Titel:1140.632.91)	275	521	492	490
Betriebszuschuss für IuK- Ausgaben (Titel 1140.685.56)	54	107	107	107
Betriebszuschuss aus dem Haushalt (Titel 1140.685.02)	1.713	3.553	3.734	3.634
<u>Summe Deckungsmittel</u>	2.392	4.181	4.333	4.231
III. Noch verfügbare Deckungsmittel (+)	467	0	0	0
Nicht gedeckter Finanzbedarf (-)	0	0	0	0

Erläuterungen zu den Konten des Wirtschaftsplanes

Vorbemerkung:

1. Für den Bereich der Aus- und Fortbildung sind seitens des Personalamtes im Haushaltsplan 2005/2006 Einsparungen in Höhe von 320 TSD. EUR veranschlagt worden (Reduzierung des Budgets sowie Synergieeffekte durch Zentralisierung der Fortbildung in der FHH). Im Haushaltsplan des Personalamtes bzw. Wirtschaftsplan des ZAF 2005/2006 wurden davon Einsparungen von 264 TSD. EUR umgesetzt. Weitere strukturelle Einsparungen von 132 TSD. EUR werden durch das ZAF ab dem Geschäftsjahr 2007 erbracht. Das Personalamt bzw. das ZAF realisiert damit insgesamt in den Jahren 2005 bis 2008 strukturelle Einsparungen in Höhe von 396 TSD. EUR. Wenn es für den Einspartermin (Zeitpunkt der Umsetzung der Einsparungen) gleiche Bedingungen wie für die Behörden und Ämter gegeben hätte, hätte das ZAF diese Einsparungen erst zum Geschäftsjahr 2007 erbringen müssen.
2. Während die Finanzierungsbeiträge der Behörden und Ämter zum Wirtschaftsplan 2007/2008 1.630 TSD. EUR (ca. 28%) betragen, umfasst der Finanzierungsbeitrag des Personalamtes im Jahr 2007 4.333 Tsd EUR (ca. 72%) und im Jahr 2008 4.231 Tsd. EUR (ca. 72 %).
Des Weiteren haben sich gegenüber dem Wirtschaftsplan 2005/2006 insbesondere folgende inhaltliche Veränderungen ergeben:

Ansatzreduzierung durch Abführung von Finanzmitteln an das Referat P31 des Personalamtes (aus Konto 1190):	- 35	- 35
Zuführung für die Finanzierung der Semesterbeiträge sowie die Weiterentwicklung des Studiengangs an der HAW finanziert durch einen Zuschuss, der ausgabenneutral durch Umschichtung im Haushaltsansatz des Personalamtes erreicht wird:	+ 120	+ 120
Zuschuss für Verwaltungsdienstleistungen des Personalamtes, der durch haushaltsneutrale Umschichtung innerhalb des Personalamtes finanziert wird:	+219	+218
Ansatzreduzierung im Konto Bewirtschaftung (Konto 5176) durch Zuführung von Bewirtschaftungsmitteln an die HAW gemäß Drs. 18/996:	- 20	- 20

Trotz der gestiegenen Deckungsmittel werden die o.g. Einsparungen realisiert.

1. **Erfolgsplan**

1.1 Einnahmen

Konto 1190:

In diesem Konto sind die Einnahmen aus den Finanzierungsbeiträgen der Behörden und Ämter für das Zentrum für Aus- und Fortbildung (ZAF) veranschlagt. Im Rumpfsjahr 2005 (Beginn zum 1.7.2005) betragen die Einnahmen 639 TSD. EUR. Die Einnahmen aus 2005 sind um 77 TSD. EUR geringer als veranschlagt, weil für einen Teil der Leistungen aus 2005 erst Anfang 2006 Einnahmen verbucht werden konnten. Die Ansätze für die Einnahmen aus Finanzierungsbeiträgen der Behörden und Ämter für die Jahre 2007 und 2008 betragen jeweils 1.630 TSD. EUR.

Konto 1191:

Im Wirtschaftsjahr 2005 konnten 207 TSD. EUR Einnahmen zusätzlich für ungeplante Maßnahmen (z. B. Veranstaltungen zum Thema „Doppik“) erwirtschaftet werden. Diese Maßnahmen wurden nicht über die Finanzierungsbeiträge der Behörden und Ämter, sondern aus anderen Behördentiteln finanziert. – Für die Ansätze 2007 und 2008 wurden mit der notwendigen Vorsicht zusätzliche Einnahmen von jeweils 120 TSD. EUR eingeplant, weil die Überrollung des obigen Ansatzes nicht realistisch wäre.

Konto 1192:

Der Ansatz für das neu angelegte Konto „Sonstige zusätzliche Einnahmen“ beträgt jeweils 30 TSD. EUR für die Wirtschaftsjahre 2007 und 2008. Diese Einnahmen erhält das ZAF für die Leistungen eines Mitarbeiters, der neben seiner Tätigkeit im ZAF zusätzlich die Funktion der Ausbildungsleitung für die Senatskanzlei und das Personalamt (einschließlich Zentrum für Personaldienste und ZAF) wahrnimmt. Dies entlastet zumindest monetär den Stellenplan des ZAF um ca. 1/3 Stelle A12.

1.2 Ausgaben

Konto 5250:

Die geplanten Ausgaben für das Programmbudget der zentralen Aus- und Fortbildung betragen (ohne IuK) für das Jahr 2007 1.905 Tsd. EUR und für 2008 1.818 Tsd. EUR. Hierin sind bereits fest eingestellte Ausgaben im Rahmen der Verwaltungsreform berücksichtigt worden. Entsprechende Mittel sind dem ZAF über den Zuschusstitel 1140.685.02 (Drs. 18/5198) zur Verfügung gestellt worden (2007: 175 TSD. EUR / 2008: 75 TSD. EUR). Korrigiert um diese zusätzlichen Ausgaben im Rahmen der Verwaltungsreform sind die grundsätzlichen Ausgaben für das Programmbudget um 43 TSD. EUR bzw. 30 TSD. EUR geringer als der Ansatz 2006 (1.773 TSD. EUR), weil bei identischer Mengeplanung an Seminaren und Teilnehmertagen u. a. mehr preisgünstigere Tagesveranstaltungen und weniger Veranstaltungen im Kupferhof geplant sind. Dies entspricht der Entwicklung der Nachfrage. – In 2005 wurden 158 TSD. EUR mehr aufgewendet als geplant (1.043 TSD. EUR); diese Mehrausgaben korrespondieren mit den zusätzlichen Einnahmen (siehe Konto 1191).

Konto 5251:

In diesem neu eingerichteten Konto werden die Ausgaben für die Ausbildung gebündelt. Sie setzen sich aus Beiträgen für die Semesterbeiträge sowie die Weiterentwicklung des Studiengangs (gehobener allgemeiner Verwaltungsdienst) an der HAW (120 TSD. EUR), Marketingausgaben (45 TSD. EUR) und sonstigen Ausbildungsmitteln (z.B. Lehr- und Lernmittel) der Verwaltungsschule zusammen. Die hier veranschlagten Ausgaben für die Weiterentwicklung des Studiengangs an der HAW werden durch einen Zuschuss finanziert, der ausgabenneutral durch Umschichtung im Haushaltsansatz des Personalamtes erreicht wird. Die Marketingausgaben und die sonstigen Ausbildungsmittel (20 TSD. EUR) werden ebenfalls ausgabenneutral durch Umschichtung im Ausgabenplan des ZAF (siehe Konten 5395 und 5256) finanziert. Nicht berücksichtigt wurden bisher ESARI-Ausgaben, die zukünftig von dataport für Serviceleistungen in Rechnung gestellt werden. Nach vorläufiger Kalkulation sind für den Bereich der Ausbildung (360 PC-Anschlüsse) für diese Dienstleistung rund 164 TSD. EUR zusätzlich erforderlich. Dieser Betrag wird unterjährig von der Finanzbehörde durch Umschichtung im Haushalt finanziert.

Konto 5350:

Die geplanten Ausgaben für das Programmbudget der zentralen IuK-Fortbildung betragen für die Jahre 2007 und 2008 375 TSD. EUR. – Für das Rumpfgeschäftsjahr 2005 wurde der Ansatz (200 TSD. EUR) um knapp 59 TSD. EUR (141 TSD. EUR) unterschritten. Dies erklärt sich aus dem Umstand, dass dieser neue Geschäftsbereich zunächst aufgebaut und organisiert werden musste. Die hohe Nachfrage nach IuK-Schulungen rechtfertigt jedoch einen Ansatz von 375 TSD. EUR für die Geschäftsjahre 2007/2008. Diese Veranschlagung ist um 25 TSD. EUR geringer als der Ansatz von 2006 (400 TSD. EUR).

Konten 4110 – 4140 und 4210 – 4250:

Der Ansatz für das Jahr 2005 wurde um rund 271 TSD. EUR unterschritten. Die zusätzlichen Stellen für die neue Einrichtung ZAF konnten erst nach und nach im Laufe des 2. Halbjahres 2005 besetzt werden. – Für den Ansatz 2007/2008 dient als Basis der Ansatz 2006. Es gibt im Wesentlichen nur Verschiebungen in den verschiedenen Konten der Kategorien „2.1 Gehälter und Löhne“ bzw. „2.2 Soziale Abgaben und Ausgaben für die Altersversorgung und für Unterstützung“, weil mehr Angestellte und weniger Beamte neu eingestellt wurden als geplant.

Unter dem Konto 4140 „Sonstige Ausgaben mit Lohn- und Gehaltscharakter“ sind insbesondere Honorarmittel für die Verwaltungsschule veranschlagt. Im Ergebnis 2005 (13 TSD. EUR) wurde der Ansatz leicht um knapp 2 TSD. EUR überzogen; dies wurde jedoch mehr als kompensiert durch Vakanzhaltung im Personalbereich. Der Ansatz 2006 wird auf die Ansätze 2007/2008 überrollt (jeweils 21 TSD. EUR).

Für 2007 beträgt der Ansatz 2.740 TSD. EUR, für 2008 ist der Ansatz 2.726 TSD. EUR. Die Ansätze sind damit geringfügig geringer (- 14 TSD. EUR bzw. -28 TSD. EUR) als die Veranschlagung für 2006 (2.754 TSD. EUR).

Zur Kontengruppe 3 „Sonstige betriebliche Ausgaben“:

In der Kontengruppe „Sonstige betriebliche Ausgaben“ ist die kalkulatorische Miete für das Gebäude der Verwaltungsschule „Schwenckestraße 98-100“ nicht berücksichtigt. Der Verkehrswert des Objekts beträgt 5.440.739 EUR. Daraus ergibt sich eine kalkulatorische Miete in Höhe von 447.990 EUR p. a. Aus der Aufgabe des Standortes „Schwenckestraße 100“, die auch im Zusammenhang mit der bereits erfolgten Verlagerung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in die HAW (Drucksache 18/2302 vom 24.05.05) möglich wird, soll der zukünftige city-nahe Standort für das „Zentrum für Aus- und Fortbildung“ finanziert werden.

Zu weiteren Konten im Einzelnen:

Konto 5256:

Die Ansatz 2005 für die Aus- und Fortbildungsausgaben von 18 TSD. EUR wurde nicht ausgeschöpft (weniger: 16 TSD. EUR). Die Ursachen lagen zum einen in der besonderen Arbeitsbelastung während der Gründungsphase des ZAF und zum anderen in der Abarbeitung von Zusatzaufträgen (siehe dazu Zusatzeinnahmen im Konto 1191). Es besteht also Nachholbedarf. – Zukünftig werden 20 TSD. EUR aus dem bisherigen Ansatz dieses Kontos im Konto 5251 ausgabenneutral veranschlagt. Diese Finanzmittel sind für die Verwaltungsschule bestimmt (u. a. zur Finanzierung von Projekten, Fachbüchern und Unterrichtsmaterialien). Für die Aus- und Fortbildung der Beschäftigten des ZAF werden für 2007 und 2008 jeweils 16 TSD. EUR veranschlagt, so dass der Ansatz des Jahres 2006 in der Summe (36 TSD. EUR) überrollt wird.

Konto 5276:

Im Rumpfgeschäftsjahr 2005 wurden knapp 2 TSD. EUR für Dienstreisen aufgewendet. Für die Ansätze 2007/2008 wird der Ansatz für 2006 (4 TSD. EUR) fortgeschrieben.

Konto 5176:

Die Bewirtschaftungsausgaben beliefen sich im Jahr 2005 auf 45 TSD. EUR (Ansatz 60 TSD. EUR); allerdings war der dem Rumpfgeschäftsjahr 2005 zuzurechnende Aufwand noch um 5 TSD. EUR höher, führte jedoch erst Anfang 2006 zur Ausgabe. Für 2007/2008 werden im Vergleich zur Veranschlagung 2006 (120 TSD. EUR) 101 TSD. EUR veranschlagt; 20 TSD. EUR der Bewirtschaftungsmittel werden dem aus der Verwaltungsschule „Schwenckestraße“ in die HAW ausgegliederten Bereich (ehemals Fachhochschule für öffentliche Verwaltung) zugewiesen.

Konto 5186:

Der Mietansatz für 2005 wurde im Ergebnis um rund 27 TSD. EUR überzogen (insgesamt 105 TSD. EUR). Der Grund liegt im Wesentlichen in der zusätzlichen Anmietung von Seminarräumen im Gotenhof, die sich für die Aufrechterhaltung eines geordneten Seminarbetriebes als absolut erforderlich erwies, jedoch bei der Aufstellung des Wirtschaftsplans 2005/2006 noch nicht voraus gesehen werden konnte. – Der endgültige city-nahe Standort (siehe dazu auch Drucksache 2005/0288) soll erst mit der Aufgabe der „Verwaltungsschule Schwenckestraße“ und der Zusammenlegung des ZAF geschaffen werden; der Veräußerungserlös der Immobilie soll dazu dienen, ein geeignetes Objekt zu finanzieren. – Für 2007 und 2008 sind jeweils 228 TSD. EUR veranschlagt worden. Dieser Betrag liegt 46 % über dem Ansatz von 2006 (156 TSD. EUR), wird jedoch in anderen Positionen des Ausgabenplans eingespart. – Die Refinanzierung erfolgt aus Einnahmen, die aus dem Seminarbetrieb erwirtschaftet werden.

Konto 5196:

Veranschlagt sind die Bauunterhaltungsausgaben für das Objekt „Schwenckestraße“ und die anteiligen Ausgaben für den „Gotenhof“. Die Bauunterhaltungsausgaben für das Gebäude „Schwenckestraße“ werden bis zur Aufgabe des Objekts hier veranschlagt. Danach wird dieser Betrag zwischen der HAW und dem ZAF aufgeteilt. – Im Jahr 2005 konnte der Ansatz (30 TSD. EUR) um 9 TSD. EUR unterschritten werden (21 TSD. EUR). Mit Hinblick auf den zurzeit noch ungewissen Zeitpunkt der Veräußerung des Objekt „Schwenckestraße“ wird für 2007 und 2008 der Ansatz von 2006 fortgeschrieben (jeweils 59 TSD. EUR).

Konto 5116:

Die Ausgaben für den Geschäftsbedarf betragen für 2005 21 TSD. EUR (4 TSD. EUR weniger als in der Veranschlagung). Die tatsächlichen (auf das Rumpfgeschäftsjahr 2005 abgegrenzten) Aufwendungen lagen jedoch bei knapp 26 TSD. EUR. Daher werden für 2007 und 2008 jeweils 52 TSD. EUR veranschlagt. Dies entspricht dem Ansatz 2006 zuzüglich der neu eingestellten Beträge zum Zwecke der Kostenerstattung ggü. dem Behörden-Transport-Service (BTS) in Höhe von 3 TSD. EUR pro Jahr. Auch diese Mittel sind dem ZAF über den Zuschusstitel 1140.685.02 (Drs. 18/5198) zur Verfügung gestellt worden.

Konto 5355:

Im Ansatz für 2005 sind die kalkulierten Betriebskosten für eine neue Personalsoftware „CLIX“ in Höhe von 36 TSD. EUR enthalten. Diese Mittel konnten eingespart werden, weil sich das Verfahren noch in der Testphase befindet. „CLIX“ löst das veraltete Verfahren „Seminaroffice“ ab. Das neue Verfahren wird sowohl als Lernplattform als auch zur Seminarverwaltung eingesetzt und ermöglicht die Online-Anmeldung von Seminarteilnehmern. Damit wird dieses Verfahren zu einer wesentlich effizienteren Teilnehmer- und Seminaradministration beitragen. – Für die Jahre 2007/2008 werden jeweils 93 TSD. EUR veranschlagt (Überrollung des Ansatzbetrages von 2006). - Nicht berücksichtigt wurden ESARI-Ausgaben, die zukünftig von dataport für Serviceleistungen in Rechnung gestellt werden. Nach vorläufiger Kalkulation sind für den Bereich des ZAF im Gotenhof und in der Verwaltungsschule (84 PC-Anschlüsse, davon 24 in den Schulungsräumen der Verwaltungsschule) für diese Dienstleistung rund 38 TSD. EUR zusätzlich erforderlich. Dieser Betrag wird unterjährig von der Finanzbehörde durch Umschichtung im Haushalt finanziert.

Konto 5395

2005 wurden 2 TSD. EUR verausgabt. Dieser geringe Betrag ist nicht realistisch für die zukünftigen Jahre und entspricht auch nicht den Ausgaben der Vorjahre. Der Grund liegt darin, dass Werbungsausgaben i. d. R. im ersten Halbjahr eines Wirtschaftsjahres abfließen, das ZAF aber erst zum 01.07.05 seinen Betrieb aufgenommen hat. - Zukünftig werden die Finanzmittel für die Nachwuchswerbung und Nachwuchsauswahl im Konto 5251 veranschlagt (45 TSD. EUR jeweils für 2007 und 2008). Für den Bereich des ZAF werden 2007 und 2008 im Konto 5395 für Zwecke der Werbung jeweils 5 TSD. EUR veranschlagt.

Konto 5396:

Im Konto „sonstige Ausgaben des Geschäftsbetriebes“ waren für das Jahr 2005 einmalig zusätzlich 150.000 EUR Ausstattungsausgaben veranschlagt. Diese Mittel sind für die Herrichtung und Ausstattung der zusätzlich angemieteten Büro- und Seminarräume im Gotenhof verwendet worden. Davon wurden in 2005 115 TSD. EUR verausgabt und Anfang 2006 weitere 51 TSD. EUR, so dass der Ansatz 2005 leicht überzogen wurde. Die Mehrausgaben wurden innerhalb der Gesamtausgaben an anderer Stelle eingespart. – Für 2007 und 2008 werden jeweils 3 TSD. EUR veranschlagt. Dies entspricht der Veranschlagung 2006.

Konto: 6452:

Mit Schreiben vom 16.2.2006 hat die Vorprüfungsstelle 2 der Finanzbehörde die Prüfungskosten für die Wirtschaftsjahre 2007 und 2008 konkretisiert. Für beide Jahre werden 16 TSD. EUR veranschlagt. – Für 2005 sind keine Prüfungsausgaben angefallen.

Konto 6717:

Veranschlagt sind Ausgaben für Leistungen des Landesbetriebes „Zentrum für Personaldienste“. Im Jahr 2005 sind knapp 1 TSD. EUR verausgabt, jedoch Leistungen für rund 4 TSD. EUR in Anspruch genommen worden. Die Differenz zum Ansatz 2005 (6 TSD. EUR) erklärt sich durch die zeitlich verzögerte Einstellung der zusätzlichen Mitarbeiter des ZAF, die zum Teil erst im letzten Quartal 2005 eingestellt wurden. Deshalb wird für 2007 und 2008 jeweils ein Betrag von 12 TSD. EUR veranschlagt (Überrollung des Ansatzes 2006).

Konto 6885:

Erstmalig für die Jahre 2007 und 2008 wurde für die Verwaltungsdienstleistungen des Personal-amtes an das ZAF eine Verwaltungsdienstleistungspauschale vereinbart. Sie beträgt für das Jahr 2007: 219 TSD. EUR und für das Wirtschaftsjahr 2008: 218 TSD. EUR und wird über eine haushaltsneutrale Umschichtung innerhalb des Personalamtes finanziert.

Ferner sind im Jahr 2005 für die Einführung der Personalsoftware „CLIX“ Investitionen in Höhe von 350.000 EUR veranschlagt worden. Die Investitionsleistungen des Jahres 2005 führten erst Anfang 2006 zu ersten Ausgaben (210 TSD. EUR). Das ZAF geht davon aus, dass die Restmittel für die noch ausstehenden Arbeiten am Verfahren ausreichen. - Das Verfahren befindet sich bereits in erster Stufe im Testbetrieb.

Produktinformationen**Produktbereich:** 01 Personalamt**Produktgruppe 06:** Zentrum für Aus- und Fortbildung (ZAF)**Kapitel 1146**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Förderung der Wissens-, Handlungs- und Führungskompetenz der Beschäftigten
Z 2: Ausbildung/Einführung der Nachwuchskräfte für den allgemeinen mittleren und gehobenen Verwaltungsdienst
Z 3: Fachlich-methodische Beratung des Senats und der Behörden und Ämter in Fragen der Aus- und Fortbildung
Entwicklung: Das Kompetenzzentrum soll die klare inhaltliche Ausrichtung der fach- und ressortübergreifenden Aus- und Fortbildung an den strategischen Zielen des Senats einerseits und den sich aus der Praxis ergebenden Anforderungen andererseits leisten. Die konsequente Weiterentwicklung zu einem internen Dienstleister ist beabsichtigt.

<i>Haushaltsdaten</i>	1.7. - 31.12.05 Ergebnis 2005	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	846	1.780	1.780
- Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	639	1.630	1.630
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.771	6.113	6.011
<u>Personalausgaben in Tsd. EUR</u>	1.214	2.740	2.726
Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.557	3.373	3.285
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	0	0	0
Aufschlüsselung der Personalausgaben:			
davon Lehr- und Verwaltungspersonal für den Ausbildungsträger Verwaltungsschule in Tsd. EUR	486	1.002	1.003
davon Personal für die übrigen Geschäftsbereiche des ZAF in Tsd. EUR	728	1.738	1.723

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	1.7. - 31.12.05 Ergebnis 2005	Plan 2007	Plan 2008
Verwaltungsdienstleistung Personalamt in Tsd. EUR	0	219	218

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte:

<i>Quantitätskennzahlen</i>	1.7. - 31.12.05 Ergebnis 2005	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	48,10	48,10	48,10
davon Lehr- u. Verwaltungspersonal für den Ausbildungsträger Verwaltungsschule	16,27	16,27	16,27
davon Personal für die übrigen Geschäftsbereiche des ZAF	31,83	31,83	31,83

Produktbezogene Kennzahlen	1.7. - 31.12.05 Ergebnis 2005	Plan 2007	Plan 2008
Produkt 1: Berufliche Fort- und Weiterbildung			
Anzahl Teilnahmetage (TNT) an Seminaren, Workshops	9.956	16.000	16.000
<i>davon TNT Fortbildung für Führungskräfte</i>	1.923	4.000	4.000
<i>davon TNT Fortbildung für Beschäftigten ohne Führungsverantwortung</i>	6.408	8.500	8.500
<i>davon TNT Fortbildung für Zielgruppen in Querschnittsfunktionen</i>	1.099	2.000	2.000
<i>davon TNT Einführungsfortbildung</i>	492	1.000	1.000
<i>davon TNT Schulungs- und Bildungsveranstaltungen</i>	34	500	500
Qualifizierungsmaßnahmen (Anzahl)	4	20	20
Abendkurse (Anzahl)	20	20	20
örtliche Verteilung der Veranstaltungen in Prozentanteilen:	9.956	16.000	16.000
<i>davon: Kupferhof</i>	30,8%	30,0%	30,0%
<i>davon: City-nah</i>	22,6%	40,0%	40,0%
<i>davon: direkt vor Ort</i>	46,6%	30,0%	30,0%
Anzahl Teilnahmetage (TNT) an IuK-Fortbildung	1.339	4.500	4.500
Durchschnittliche Kosten der Seminare pro Seminartag und Teilnehmerin bzw. Teilnehmer in EUR			
<i>davon: Kupferhof (für 2005 nach vorläufiger Kalkulation)</i>	125	125	125
<i>davon: City-nah (für 2005 nach vorläufiger Kalkulation)</i>	90	90	90
<i>davon: direkt vor Ort (für 2005 nach vorläufiger Kalkulation)</i>	90	90	90
Durchschnittliche Auslastung der Seminare der zentralen Fortbildung in %	86,0%	85,0%	85,0%
Durchschnittliche Dauer der Seminare in Tagen			
<i>für Seminare der fach- und ressortübergreifenden Fortbildung</i>	2,2	2,0	2,0
<i>für Veranstaltungen zur Bürokommunikation (IuK)</i>	1,5	1,5	1,5
Produkt 2: Berufliche Ausbildung			
Anzahl der betreuten Nachwuchskräfte im mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst	175	160	160
Anzahl der betreuten Nachwuchskräfte im gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst	237	200	200
Produkt 3: Personalauswahl			
Bewerbungen pro Einstellungen im Auswahlverfahren des mittleren allgemeinen Verwaltungsdienstes	15	15	15
Bewerbungen pro Einstellungen im Auswahlverfahren des gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes	14	17	17
Anzahl der Einstellungen auf Grundlage der Nachwuchsbedarfsplanung im mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst	62	60	60
Anzahl der Einstellungen auf Grundlage der Nachwuchsbedarfsplanung im gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst	63	60	60

Einzelplan WI
Kapitel 1146

Wirtschaftspläne
Zentrum für Aus- und Fortbildung Hamburg

. Stellenbestand

Wertigkeit	2007/ 08			2006	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
eamtinnen/ Beamte anstellen					
16	2,00	1,00	1)	0,00	<i>ku: 1,00 BesGr. A 16 Direktorin/ Direktor der Verwaltungsschule nach BesGr. A 15 Studiendirektorin/ Studiendirektor nach Freierwerden der Stelle</i>
15	1,00			0,00	
14	4,00			0,00	
13	10,00			0,00	
13	1,00			0,00	
12	2,00			0,00	
11	4,00			0,00	
10	1,75			0,00	
9	1,00			0,00	
9	2,60			0,00	

16 Direktorin/ Direktor der Verwaltungsschule (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 15 Studiendirektorin/ Studiendirektor (1,00)
 14 Oberstudienrätin/ Oberstudienrat (3,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (1,00)
 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00), Studienrätin/ Studienrat (7,00), Studienrätin/ Studienrat an der Volkshochschule (2,00)
 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (1,00)
 12 Amtsrätin/ Amtsrat (2,00)
 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (4,00)
 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,75)
 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (2,60)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1140; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1140; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1140; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
A 14				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 1140; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1140; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1140; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
A 13				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 1140; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 3210; Personalwirtschaftliche Maßnahme
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1140; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1140; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1140; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1140; Stellentausch für die Ausbildungsleitung
A 11				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 1140; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1140; Stellentausch
A 11						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1140; Stellentausch für die Ausbildungsleitung
A 10				1,75					1,75	Verlagerung von Kapitel 1140; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
A 9				2,60					2,60	Verlagerung von Kapitel 1140; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg

Vemerkeänderungen

Wertigkeit	Vemerke gültig ab 2007/08	alter Vemerke 2006
A 16	1) ku: 1,00 BesGr. A 16 Direktorin/ Direktor der Verwaltungsschule nach BesGr. A 15 Studiendirektorin/ Studiendirektor nach Freiwerden der Stelle	

. Stellenbestand

Wertigkeit	2007/08			2006	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
eamtinnen/ Beamte lanstellen					
7	1,00			0,00	
6	1,00	1,00	2)	0,00	<i>ku: 1,00 BesGr. A 6 Regierungssekretärin/Regierungssekretär nach VergGr. VII</i>
umme:	31,35			0,00	

7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)
6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

Wertigkeit	2007/08			2006	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I a hD	1,26			0,00	
V a	0,00			0,00	
V b	0,63			0,00	
b gD	2,00			0,00	
Richtfl. Ang.gD	1,48			0,00	
c	5,50			0,00	
I b	1,00			0,00	
II	2,00			0,00	
X b/VII	1,00			0,00	
III	1,50			0,00	
umme:	16,37			0,00	
rbeiterinnen/ Arbeiter					
	0,38			0,00	
umme:	0,38			0,00	
umme (ohne *) nsgesamt	48,10			0,00	

Einzelplan WI
Kapitel 1146

Wirtschaftspläne
Zentrum für Aus- und Fortbildung Hamburg

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	0,00	0,00	29,35	-1,00	0,00	0,00	0,00	28,35	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	0,00	0,00	3,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	29,35	-1,00	3,00	0,00	0,00	31,35	
II a hD				1,26					1,26	Verlagerung von Kapitel 1140; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
IV a		1,00							1,00	Für die Programmplanung im Geschäftsbereich Fortbildung
IV a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1140; Stellentausch
V b gD		1,00							1,00	Für die Programmplanung im Geschäftsbereich Fortbildung
V b gD		1,00							1,00	Für eine Seminarassistentin im Geschäftsbereich Fortbildung
Richtl. Ang.gD				1,48					1,48	Verlagerung von Kapitel 1140; Gründungs des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
V c				2,50					2,50	Verlagerung von Kapitel 1140; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
V c				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 1140; Gründungs des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
V c		1,00							1,00	Für eine Seminarassistentin im Geschäftsbereich Fortbildung
V c		1,00							1,00	Für eine Seminarassistentin im Bereich Aufbau der IuK-Fortbildung
VI b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1140; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
VI b		1,00							1,00	Für die Geschäftsstelle in der Betrieblichen Steuerung
VII				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 1140; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
VII		1,00							1,00	Für eine Assistentin in der Betrieblichen Steuerung
VIII				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 1140; Gründung des Zentrums für Aus- und Fortbildung Hamburg
Summe Angestellte										
	0,00	7,00	0,00	12,24	-1,00	0,00	0,00	0,00	18,24	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	-0,50	0,50	-0,50	1,63	0,00	0,00	0,00	0,00	1,13	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,00	0,00	0,00	-3,00	
Summe Angestellte insgesamt										
	-0,50	7,50	-0,50	13,87	-1,00	-3,00	0,00	0,00	16,37	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	0,00	0,38	0,00	0,00	0,00	0,00	0,38	
Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	0,38	0,00	0,00	0,00	0,00	0,38	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-0,50	7,50	-0,50	43,60	-2,00	0,00	0,00	0,00	48,10	

Stellenveränderungen zum Stellenplan 2007

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung ^{*)}
Sonstige Stellenveränderungen				
1	1146	1,00	Studiendirektorin/Studiendirektor A 15 in Regierungsdirektorin/Regierungsdirektor A 15	aus laufbahnrechtlichen Gründen
2	1146	1,00	Studienrätin/Studienrat A 13 in Regierungsrätin/Regierungsrat A 13	aus laufbahnrechtlichen Gründen
3	1146	2,00	Studienrätin/Studienrat an der Volkshochschule A 13 in Regierungsrätin/Regierungsrat A 13	aus laufbahnrechtlichen Gründen
4	1146	1,00	Angestellte/Angestellter V b in Regierungsinspektorin/Regierungsinspektor A 9	
5	1146	1,00	Angestellte/Angestellter VI b in Regierungsobersekretärin/Regierungsobersekretär A 7	

^{*)} bei Stellenhebungen und -umwandlungen soweit Planstellen der Besoldungsgruppe A 11 und höher sowie der Besoldungsordnungen B, R und W oder Stellen der Vergütungsgruppe IV a und höher betroffen sind

Liste der Zuwendungsempfänger, die Zuwendungen (bis zu 100.000 Euro im Einzelfall) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten (§ 26 Abs. 3 Nr. 2 LHO)

Kapitel/Titel	Zuwendungsempfänger	Art der Zuwendung	Höhe der Zuwendung	Höhe der Zuwendung	Höhe der Zuwendung	Höhe der Zuwendung
			2005	2006	2007	2008
<u>1100-Senat</u>			Tsd. Euro			
632.01		Europa-Union (Festbetrag)	17	17	17	17

Übersicht über die in den Deckungskreisen 01 und 02 veranschlagten Mittel
Deckungskreis 01 / Protokoll und Auswärtige Angelegenheiten

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2005		2006		2007		2008	
		Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
<u>1100</u>	<u>Senat</u>								
534.03	Pflege der Beziehungen zu verfolgten ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs sowie ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern	341	60	210	150	210	150	210	150
542.01 ¹	Durchführung der Veranstaltung zum 3. Oktober 2008						1.000	1.000	-
543.02 ¹	Veranstaltungen					837	-	837	-
547.01	Städtepartnerschaften	336	176	420	256	440	200	440	200
547.02	Maßnahmen der Internationalen Zusammenarbeit	87	15	-	-	150	75	150	75
547.03	Maßnahmen der Ostseekooperation	331	125	330	150	330	150	330	150
632.01	Europapolitische Interessenvertretung	468	72	448	120	469	200	469	200
681.02	Ehrenrenten und dgl.	11	7	12	-	12	-	12	-
681.03	Förderung der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsändern	409	76	360	304	440	220	440	220
684.01	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	92	1	92	-	92	-	92	-
685.91	Mitgliedsbeiträge	345	26	358	-	358	-	358	-
686.05	Förderungen von Tagungen und sonstigen Veranstaltungen	337	116	352	200	100	100	100	100
Summe	Deckungskreis 01	2.757	674	2.582	1.180	3.438	2.095	4.438	1.095

¹ Titel neu ab 2007

Anlage 4

Deckungskreis 02 / Hochbauinvestitionen

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2005		2006		2007		2008	
		Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
<u>1100</u>	<u>Senat</u>								
701.01	Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	21	151	128	-	150	-	150	-
<u>1140</u>	<u>Personalamt</u>								
701.01	Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	0	102	78	-	39	-	39	-
Summe	Deckungskreis 02	21	253	206	-	189	-	189	-